

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Aboonementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenhefte Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., bei 1 Monat 70 Pf. (Bestellung vierjährl. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Reaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18698.
Sprechstunde: Montags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inserate lösen die 6 geplante Seite oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatschrift 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Laufend für die Gesamt-ausgabe, bei Teilauslage 4 M. — Der Vertrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 6 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Der Bundesrat beschloß eine Nachversteuerung der vor dem 1. August ausgegebenen Talons.

Dem Kabinett Briand wurde von der französischen Kammer ein Vertrauensvotum ausgestellt.

Die spanische Polizei veranstaltete blutige Massakres unter den Gegnern des Kolonialkrieges.

Die russische Regierung unternimmt einen neuen Vorstoß in Persien.

Der Luftschiffer Zathan fiel bei seinem erneuten Versuch, über den Kanal zu fliegen, wiederum ins Meer.

Der Triumphzug des häng-Zaren.

Leipzig, 28. Juli.

Am 27. d. Mts. ist Nikolaus II. auf deutschem Grund und Boden eingetroffen, wo er in strenger Abgeschiedenheit, von deutschen Kavallerie- und Infanterieabteilungen und der deutschen und russischen Spizelarmee bewacht, den Besuch des deutschen Kaisers in den finnischen Schären erwider, um die "traditionellen" Freundschaftsbande, die Russland an Deutschland knüpfen, zu festigen. Die Solidarität des Preußen-Deutschland beherrschenden Junkerregiments mit dem russischen Zaren ist trotz aller Wechselseitigkeit der auswärtigen Politik und des Säbelrassels der panslawistischen Expansionspolitiker alle diese Jahre so lebendig gewesen, daß der Zar nicht einmal das Bedürfnis empfindet, dem Kieler Besuch einen andern Charakter zu verleihen, als den eines freundnachbarlichen Zusammentreffens mit dem Oberhaupt des Deutschen Reiches.

Ganz anders liegen die Dinge in den wahrhaft konstitutionellen Staaten Europas, in Frankreich, England und Italien, die der Zar mit seinem Besuch beglückt will. Um der Geschäftsfreizeit des Zaren den Effekt zu sichern, den sie sich gestellt hat, muß dort den demokratischen Verhältnissen Rechnung getragen werden, und darum werden parlamentarische und kommunale Körperschaften zum feierlichen Empfang des häng-Zaren herangezogen. Dieser Umstand läßt den wahren Charakter der Europa-reise des Zaren greller hervortreten, als das in Deutschland möglich wäre. Die Europareise des Zaren ist der letzte Akt der Siegreichen russischen Konterrevolution; die Sanktionierung derselben auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Und die tiefe politische und gesellschaft-

liche Reaktion, die das kapitalistische Europa durchlebt, die tiefen Gegenläufe, die die europäische Politik beherrschen, geben dem bankrotten Herrscher Russlands erneut Gelegenheit, die einflußreiche Stellung in der europäischen Politik, die er dank dem japanischen Kriege und der russischen Revolution eingeblüft hatte, wieder zu gewinnen.

Aber nicht überall tritt der reaktionäre Zusammenschluß der Bourgeoisie so gress zutage. In England ist die Protestbewegung gegen den Zarenbesuch tiefgehend und keineswegs auf die Arbeiterklasse beschränkt. Unser Londoner Korrespondent schreibt uns darüber folgendes:

Die gewaltige Demonstration am Trafalgar Square am vergangenen Sonntag gegen den Zarenbesuch war eine gebührende Antwort des Londoner Volkes auf die Beleidigungen der offiziellen und offiziösen Kreise, die Sache so darzustellen, als ob die Protestbewegung gegen die russenfreundliche Politik des Herrn Grey nur von unbedeutenden Schichten der Bevölkerung unterstützt sei. Trotz des ungünstigen Zustands des Wetters hatte sich auf jenem klassischen Platze der revolutionären Kundgebungen eine Menge versammelt, wie sie London schon lange nicht gesehen hat, und es unterlag gar keinem Zweifel, daß, wenn das Wetter schön gewesen wäre, die Demonstration sich zu einer der gewaltigsten in der modernen Geschichte Londons gestaltet hätte. Auch sonst war der große Platz samt den umliegenden Straßen überschwoll, und wenn, zum Beispiel, die Times die Menge auf 6000 bis 7000 einschätzt, so zeigt sie damit nur, daß sie, mit dem Übergange in die Hände des Harmsworth-Syndikats, auch alle Eigenschaften der gelben Presse erworben hat. Es war eine imposante Kundgebung der sozialistischen und sonstigen Arbeiterdemokratie, die noch dadurch an Bedeutung gewann, als alle Arbeiterparteien an ihr teilgenommen haben. Sie war von der Arbeiterpartei veranstaltet, die aber das Trafalgar Square für den festgesetzten Tag bereits von der sozialdemokratischen Partei für eine andre Demonstration belegt worden war, konnte sie nur deshalb stattfinden, weil das Exekutivkomitee der S. D. P. aus eigener Initiative das Square der Arbeiterpartei abtrat. Die letztere konnte nicht umhin, dieses Entgegenkommen durch eine Einladung zur Demonstration zu quittieren, worauf auch andre Arbeiter- und sozialistische Organisationen eingeladen werden mußten. Dadurch war der Erfolg der Demonstration gesichert. Unter den 23 Rednern, die am Sonntag von vier Tribünen sprachen, konnte man alle bedeutenden Vertreter der sozialistischen Welt Londons finden, von Ramsay Macdonald bis Hyndman und von Bernard Shaw bis Quelch. Trotz des "aufreibenden" Tons der Reden verhielt sich die in großer Zahl anwesende Polizei ganz ruhig, nur daß sie den Verlauf der sozialdemokratischen Justice, die eine Karikatur auf den Zaren enthielt, verbot und sogar die verkauften und verteilten

Exemplare des Blattes beschlagnahmte. Da dieses Vor gehen geschwindig ist, wird die S. D. P. der Polizei daraus noch einen Prozeß machen.

Die Kundgebung am Trafalgar Square war hauptsächlich eine Kundgebung des Proletariats, die sich würdig den Protesten angereiht hat, die zwei Tage vorher, beim Etat des Auswärtigen Amtes, Keir Hardie, Grayson und der irische Nationalist Dillon im Unterhause erhoben hatten. Das Unbehagen, das die bürgerlichen Deputierten dabei gefühlt haben — ein Unbehagen, das daraus entstand, daß sie nicht wagten oder wollten, gegen das Ministerium zu stimmen, aber gleichzeitig mit der russenfreundlichen Politik Sir Edward Greys unzufrieden waren —, erhellt aus der Tatsache, daß sie sich an diesem Tage massenhaft vom Unterhause fernhielten, und als Grayson den Zaren als ein „außerordentliches Ungeheuer“ bezeichnete, tat der Vorsitzende so, als ob er falsch gehört habe. Er meinte, Grayson habe nicht das Wort „Ungeheuer“ (Monster), sondern „Monarch“ gebraucht — sonst hätte er ihn zur Ordnung gerufen!

Aber auch das Bürgertum macht von seinem Unmut über den bevorstehenden Besuch des Zaren kein Hehl. Als die edlen Herren aus der Reichsduma nach London kamen, scheute sich der Bischof von Hereford, Dr. Percival, in der Abtei von Westminster, der vornehmsten aller Kirchen Englands, keinen Augenblick, die gesamte Sonntagspredigt vom 27. Juni einer Anklage des tyrannischen Regimes des Zaren zu widmen. Darauf beschlossen die vereinigten dissidentischen Kirchen, am Sonntag, den 11. Juli, ein Gebet für die Märtyrer der russischen Revolution zu sprechen, was auch massenhaft in ganz England geschah. In Portsmouth, im Stadtrat, dauerte der Kampf darüber, ob der Bürgermeister dem Zaren bei seiner Ankunft in Cowes eine Begrüßungsadresse überreichen soll oder nicht, eine ganze Woche. Schließlich wurde die Frage bejaht, aber 24 Stadtverordnete verliehen den Saal, ebensoviel stimmten dafür und 8 dagegen. Selbst im Stadtrate der City of London, dieser Stätte der Großfinanz und Großreaktion, widelte sich die Entscheidung, dem Zaren nach Cowes eine Adresse zu bringen, nicht glatt ab. Da die Opposition gegen den Vorschlag des Lord Mayors ganz „unanständige“ Formen angenommen hatte, wurden die weiteren Beratungen darüber hinter verschlossenen Türen geführt, und die Opposition erklärte sich nur unter der Bedingung bereit, sich wenigstens den Stimme zu enthalten, wenn die Adresse kein Wort des Verdauens darüber enthalte, daß der Zar nicht nach London komme. Aber auch da weigerten sich noch mehrere Städteverordnete, an der Deputation teilzunehmen und die Reise des Bürgermeisters nach Cowes mitzumachen. Man denkt sich eine derartige Szene einmal unter den Berliner Stadtvätern!

Seuilleton.

„Soldaten sein schön!“

Bilder aus Kaserne und Lazarett.

Von Karl Döbler.

Nachdruck verboten.

Volters erste Krankenwache war bei einem Geisteskranken vom Festungsgefängnis.

Das Lazarett hatte eine Abteilung für Militärgefangene des in derselben Garnison liegenden Festungsgefängnisses.

Vor dem Zimmer, in dem derartige Kranke untergebracht werden, steht mit scharf geladenem Gewehr ein Wachtposten.

Polowksy, so hieß der Geisteskranke, hatte eine stark vergitterte Zelle für sich, die eigens für solche Fälle hergerichtet war. Der wachhabende Sanitätsoldat war von Patienten durch ein dielen, mit einer verschließbaren Tür versehenes Holzgitter getrennt.

Volter hatte ein beklemmendes Gefühl, wie er in diese Stube trat. Er erinnerte sich an seinen Rundgang im Festungshof vor dem Manöver, wo er noch als Musterteller mit dem Gewehr wachen mußte. Jetzt war er wieder in einem Käfig. Draußen vor der Tür ein Posten mit Gewehr — und er drinnen zur Beobachtung des Kranken. Neugierig blieb er durch eine Spalte des Holzgitters, um den Gefangenen zu sehen. Wie angewurzelt blieb er stehen — als er in dem Kranken den Gefangenen von damals wiedererkannte, der im Gefängnis in der Arrestzelle lagen mußte. Verstohlen forschend sah Volter des Kranken Augen auf die Spalte gerichtet, durch die er lugte.

Was wird das nun wieder für einer sein, der bei mir heute Dienst hat?

Diese Frage las ihm Volter von seinem Gesicht.

Die Fenster waren sehr klein, ganz hoch angebracht und draußen mit fingerdicken Eisenstangen verschlagen, so daß das Sonnenlicht, nur gedämpft die Zelle erhellen konnte.

Seine Beklemmung wurde unwillkürlich größer, wie er des riesenhaften Menschen Augen starr forschend auf sich gerichtet sah. Volters Blick überflog die ganze Gestalt. Wie er dasaß in dem blaugestreiften Krankenrock, der ihm viel zu eng war, mit struppigem Haupt und Barthaar. Einen wütigen, wilden Eindruck machte er. Seine Augen verrieten nicht im geringsten, was in ihm vorgehen mochte. Sein fleischloses, knochiges Gesicht überspannte eine graublaue mürbe Haut. Finster waren seine Augenbrauen zusammengezogen, und etwas wie Trost lag Volter aus den scharfen Faltenzügen, die von der breiten Nase zu den Mundwinkeln herabflossen.

Der Moment aus dem Festungsgefängnis trat Volter wieder lebendig vor die Augen. Wenn er auch damals andre Kleidung trug und sein Haar nicht so lang war, sein Blick war derselbe. Daran hatte er ihn wieder erkannt. Unvergesslich waren ihm die Augen — so hilflos und glanzlos, wie die eines bis zur Ermattung gehetzten Tiers. In seinem während der Dienstzeit schon oft und leicht erregten Gemüt stieg ein tiefes Mitleid auf, das ihm das Herz zusammenpreßte.

Jahrelang war er vielleicht in der Festung inhaftiert, dachte Volter. Und nun war er frisch — geisteskrank! Was hat der wohl von seinem Leben gehabt? Und welche Marker muß es ihm gewesen sein?

Seufzend wandte sich Volter ab und nahm an dem Tische Platz, der für die wachhabenden Sanitätsoldaten bestimmt war. Lange saß er grübelnd da, die Hände auf die Bücher gestützt, die er sich zum Lesen mitgebracht hatte. Die Haut schauderte ihm, der ganze Militarismus erschien ihm als ein fleischlüsternes Ungeheuer, das alles ver-

nichtet, langsam aufzehrte, wer nicht schlau genug ist, der Gefahren zu entgehen, oder zu schwach, um genügend Widerstand zu leisten.

Seine bisherigen Erlebnisse durchwanderten hinter einander seine Erinnerung. Im Geiste las er aus jedem Auge der Gemeinen nur Unwillen, Zorn oder Schmerz — auf jede Stirn war der Stempel der Gewalt gedrückt. Seine Phantasie malte sich den fortwährenden Krieg aus, den die Mannschaften gegen ihre Feinde führen. — Freiheit gegen Zwang und Gewalt! — Freiheit! Freiheit! — Vielleicht auf Jahrhunderte noch Kampf...

Die Wache verließ ruhig und langweilig. Der Kranke sagte den ganzen Tag kein Wort. Entweder blieb er still auf seinem Bett liegen oder starnte zum vergitterten Fenster hinauf.

Während der Essenszeit ging Volter furchtlos in den vergitterten Bereich und reichte dem Kranken die vom Krankenwärter gebrachten Speisen. Automatisch schluckte dieser alles hinunter.

Aberends neun Uhr wurde Volter bis zum Morgen von der Nachtwache abgelöst, die aus zwei Sanitätschülern bestand.

Pünktlich früh sechs Uhr nahm für Volter die Wache ihren Fortgang.

Bis zur Besette verhielt sich der Kranke ebenso ruhig wie am Tag vorher.

Auf die Fragen des Arztes gab er verwirzte Antworten. Sein Organ war tief und heiser und klang so unrein wie bei einem schweren Lungentranke.

Nicht lange hielt sich der Arzt bei ihm auf. Volter fragte er, ob etwas während der Wache vorgefallen sei, was dieser verneinte.

Bis zur Ablösung, zwölf Uhr, ging die Zeit so monoton dahin wie vorher.

Bornemann hatte die nächste Wache.

Diese Vorgänge im Stadtrat der Londoner City sind für die Stimmung unter dem englischen Publikum höchst kennzeichnend. Wenn sogar der Geldfach den Besuch Wäterschens als eine Schmach empfindet, was dürften da erst die breiten Volksmassen fühlen!

Bericht des Zentralkomitees

für die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 20. Juni 1909.

Die lezte Tätigkeit des verflossenen Landtags.

Die lezte Landtagssession war von außerordentlich langer Dauer. Während früher in der Regel die Landtage im Mai, vielfach auch noch früher nach Hause gingen, weil sie das Plenum aufgearbeitet hatten, sahen sie im vorigen Jahr bis in den Juni hinein, und auch da waren sie bei weitem noch nicht fertig. Daher wurde der Landtag vertagt, was seit den sechziger Jahren, wo große Gesetzesvorlagen eine Vertagung erforderlich machen, noch nicht wieder vorgelommen ist. Ein großes Arbeitsplenum ließen die Abgeordneten im Juni noch halbfertig oder völlig unerledigt zurück. Von größeren Vorlagen war außer dem Etat, der vor der Vertagung mit Amt und Kraft verabschiedet wurde, nur die Beamtenbefördungsvorlage fertig. Doch soll es hier nicht unsere Aufgabe sein, auf den ersten Teil der verflossenen Landtagssession aufzusichtigen. Das hat bereits unser leider inzwischen verstorbener Genosse Goldstein, der als einziger Sozialdemokrat im Dreiklassenlandtag weder für unsere Forderungen getreten hat, auf der Landeskongress in Plauen ausführlich in einem vor trefflichen Referate getan. Nur die Nachsession, die von Anfang Oktober bis Ende Januar währt, soll hier einer kurzen Betrachtung unterzogen werden.

Wie schon angekündigt, war für die Nachsession viel Arbeit liegen geblieben. Vor allem war die völlig in den reaktionären Sumpf versunkene Wahlrechtsvorlage in einem trostlosen Zustand zurückgelassen worden, daneben hatten die Vergesetznovelle, das Forst- und Feldstrafgesetzbuch und die Anträge für die Volksschulreform noch der Erledigung. Zur Vorarbeitung dieser Vorlagen wurden einige Deputationen vier Wochen vor Zusammenritt des Landtages einberufen, darunter die Wahlrechtsdeputation. In dieser Periode intensiver Vorberatung wichtiger Gesetzesvorlagen enthaltete Genosse Goldstein eine Antragsliste, die offensichtlich ungültig war, aber äußerst rege und ebenso vielseitige wie aufreibende Tätigkeit. Die Wahlrechtsdeputation erforderte seine regelmäßige Anwesenheit, gleichzeitig mußte er auch in der Gesetzesvorlage der von den Bergarbeiter zur Vergesetznovelle eingereichten Verbesserungsanträge begründen und verfassen, soweit wie möglich davon zu retten. Zu gleicher Zeit wurde in der Petitionsdeputation, der ebenfalls angehörte, die wichtige Volksschulreform behandelt, wozu er ebenfalls Anträge vorbereitet und das umfassende Material sammeln mußte. Das sollte seine lezte Tätigkeit für Partei und Arbeiterschaft sein. Aus dieser Verantwortung riss ihn ein schwerer Nervenschlag, der nach monatelangem Leiden seinen Tod herbeiführte.

Es war unserem Genossen daher nicht mehr möglich, an den Ende Oktober einsetzenden Verhandlungen im Plenum der Zweiten Kammer teilzunehmen; auch die von ihm bei der Verhandlung über die Wahlrechtsfrage geplante Generalabrechnung mit den volkstümlichen Reaktionären war für ihn nicht mehr ausführbar.

In erster Linie konzentrierte sich das Interesse des Volkes trotz der Widerwärtigkeit des Schachters auf das Wahlrechtsgesetz. Monatlang zog sich der Kampf um die Wahlrechtsfrage noch hin, nachdem er bereits ein Jahr lang zuvor gewährt hatte. In erster Linie wurde es ja ein Kampf um die Wahlkreiseinteilung. Für etwas Wechsel in dem traurigen Handel sorgte die Regierung, die mit einer überraschenden Erklärung das bisherige Kompromiß, wonach im wesentlichen ein Pluralwahlsystem mit drei Zusatzstimmen eingeführt werden sollte, zum großen Teil über den Haufen warf, indem sie befürwortete, nur einem Pluralwahlsystem die Zustimmung geben zu können, daß allen Priviliegierter ohne Ausnahme vier Stimmen, den anderen aber nur eine Stimme gäbe. Diese Regierungserklärung wurde zum Panzer zwischen Konservativen und Nationalliberalen. Während erstere sich, weil sie eine Stärkung ihres Anhanges von der sogenannten Eventualvorlage — so hatte Hohenlohe seine Vorlage getauft — erwarteten, für diese erklärten, schrien die Nationalliberalen auch und sehr schlichtlich wurde mit Hilfe der konservativen Mehrheit das Eventualschauspiel knapp im Plenum durchgeführt; doch lange sollten sich die Konservativen ihres zweifelhaften Erfolges nicht erfreuen. Die Erste Kammer lehnte die Eventualvorlage platt ab. In dem nun folgenden Handel zwischen Vertretern der Ersten und Zweiten Kammer ist schließlich das Pluralwahlrecht zustande gekommen, wie es heute existiert. Für das wirkliche Volk ist dabei nicht das geringste gebessert worden, die Konservativen haben wohl auf die Form der von ihnen in

Un das Gleichmäßige des täglichen Dienstes hatten sich die Schüler bald gewöhnt.

Der Arzt der inneren Station stellte an die Kranken täglich fast dieselben Fragen. Die verschiedenen Arten der Untersuchungen boten für die Schüler fast nichts Neues mehr.

Neue Kranke kamen — Geheilte gingen.

Mit Weiner ging es immer schlechter. Das Fieber nahm beständig zu, und die körperlichen Kräfte immer mehr ab. Mit größter Erwartung sah Wolter stets der Besuch entgegen. Sollte er denn nun nicht bald Klarheit darüber bekommen, was seinem Freunde fehlte? Jede Untersuchung bereitete ihm eine neue Enttäuschung.

Die Diagnose konnte eben noch nicht gestellt werden.

Wie weh ihm diese Ungewissheit tat.

Weiner verhielt sich zu allem apathisch. Schon konnte ihn nichts mehr freuen. In den Büchern, die ihm sein Freund gebracht hatte, blätterte er interessiert herum.

Nur gesund' wollte er werden — um wieder frei zu sein!

Häßtige Schmerzen hatte er nicht. Nur eine entsetzliche Mattigkeit lähmte seinen Körper.

Seine Phantasie trieb mit ihm ein grausames Spiel. Wie glücklich wäre er, wenn er jetzt draußen lebte — gesund und arbeitend! So anspruchlos wollte er sein. Mit der Befriedigung der geringsten Bedürfnisse wollte er sich zufrieden geben! Hier lag er franz. Seine gleichaltrigen Kameraden hatten vielleicht schon das ganze Militärleben in den Armen der Eltern oder Liebsten vergessen. Nur er war an das Krankenlager gebannt. Dieser Gedanke markierte ihn, und machte ihn noch elender, als er schon war.

Fiebernd und schwitzend wälzte er sich im Bett. Mit Grauen sah er dem unfreundlichen, gezwungenen Besuch des Arztes entgegen.

Er bringt mir doch keine Gewissheit! fuhr es ihm durchs erhitzte Hirn.

Zum erstenmal fühlte er wahren Neid, wenn ihm die Entlassung eines schon Genesenen bekannt wurde.

Warum mußte er alles Schlimme erdulden? Seine zwei Jahre hatte er doch nun hinter sich. Warum fesselte das Schicksal gerade ihn an das Krankenbett? Sollte ihm

der Zweiten Kammer zurecht gemachten Wahlentscheidung verhindert müssen, sie erlangten aber durch das jeweilige Pluralwahlsystem fast alle einseitigen Begünstigungen ihrer Wählerschaft, besonders der Bauern und Bünstler wieder. Die Nationalliberalen fühlten sich ebenfalls als Sieger. Die nächsten Wahlen aber werden voraussichtlich zeigen, daß sie als betroffene Wahlrechtsverwerber den Schausatz des Wahlrechtschachters verlassen haben.

Auch die übrigen Beschlüsse des Landtages waren Aneignungen der herrschenden Reaktion. Dem Volke brachte sie nichts als Enttäuschungen und Anlaß zu neuer Unzufriedenheit. Das gilt besonders von der Vergesetznovelle. Von den gegen 40 sorgfältig vorbereiteten Anträgen der organisierten Bergarbeiter wurde kaum einer berücksichtigt. Nicht einmal die geistige Einführung der Arbeiterkontrolle wurde erreicht, obwohl die furchtbare Katastrophe in Nadobr aufdringlichst mahnte, die Grubenkontrolle nach Möglichkeit auszubauen. Sonwohl die Konservativen wie auch die Regierung wollten davon nichts wissen, die Bergarbeiter an der Grubenkontrolle teilnehmen zu lassen und dieses Recht gesetzlich zu schaffen. Die maßgebenden Faktoren knüpfen vor den Grubenbaronen zusammen.

Gegenstand langer Verhandlungen in der Zweiten Kammer war auch noch die Volksschulreform, die zweifellos zu den wichtigsten Aufgaben des kommenden Landtages gehört. Der verflossene hat sich damit begnügt, Grundsätze zu beschließen, die für die Regierung als Richtschnur bei Ausarbeitung eines neuen Volksschulgesetzes dienen sollen. Dabei sind aber gerade die Forderungen unerlässlich geblieben, auf die wir in erster Linie das größte Gewicht legen und die jeder wahre Freund der Volksschulen in den Vordergrund stellen muß, nämlich die Unentbehrlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, die Einheitschule und Befestigung der Schulprinzipien; andere Forderungen sind ungenügend berücksichtigt worden, wie die Herauslösung der Klassenfrequenz, Befestigung der geistlichen Schulauflauf und des Religionsunterrichts. Es wird zu den wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Landespolitik gehören, die Volksschulreform nach Möglichkeit vorwärts zu treiben.

Eine feudal-konservative Gesetzesmache schlimmster Art war das Feld- und Forststraßgesetz. Den Waldbesitzern und sonstigen Agraranten wurde dadurch bequeme Handhabe geboten, bei Vermeldung empfindlicher Strafen sowohl das Spazieren im Walde wie das Beerenpflücken, Pilzsuchen und Jagdfestmärsche zu verbieten. Ja man ging so weit, die Verhafung und die glockenweise sonst aus dem Strafrecht ausgemerzt sind, wieder einzuführen, indem nach dem erwähnten Gesetz Personen weiteres bestraft werden können, die außerhalb des Weges mit Werkzeugen im Walde betroffen werden.

Der konservative Plan, eine landesgesetzliche Anebaltung der Konsumvereine und Warenhäuser durch eine Umsatzsteuer herbeizuführen, scheiterte diesmal noch am Widerstande der Ersten Kammer, die eine ablehnende Haltung zu den konservativen Umsatzsteueranträgen einging, die die konservative Mehrheit des Dreiklassenhauses zum Scheitern gebracht hatte, während die Regierung zwar schwieg, aber doch bei weitem nicht mehr die ablehnende Haltung wie früher einnahm. Die Umsatzsteuerfrage blieb auch in den kommenden Landtagen noch eine Rolle spielen. Es wäre aber zu optimistisch geurteilt, wenn man die Gefahr einer landesgesetzlichen Umsatzsteuer als beseitigt ansäße. Zum Frohsinn liegt um so weniger Veranlassung vor, weil viele Gemeinden die Umsatzsteuer schon seit Jahren an Konsumvereinen praktisch erproben und andere sie einführen wollen, so daß eine fortwährende Bewirbung der Arbeitergenossenschaften sehr nachteilig bemerkbar macht. Die lezte Tat des verflossenen Landtages war es noch, durch ein neues Drätengesetz die Tagessolden der Abgeordneten neu zu regeln, nämlich ein Pauschalbetrag von 800 Mark einzuführen und dadurch gleichzeitig eine leichte Lohnzulage für die Abgeordneten zu gewähren.

Mit dem Schluß des letzten Landtages war zugleich die Periode des Dreiklassenparlaments zu Ende. Denn nach dem neuen Wahlgesetz bedeutet der Landtagsschluß beinahe so viel wie Landtagsauflösung. Bei den nächsten Wahlen müssen in allen Wahlkreisen Neuwahlen stattfinden. Die Dreiklassenparlamente werden zwar verschwinden, aber nur um durch das Vierklassenparlament abgelöst zu werden, das aus dem neuen Wahlrecht hervorgehen wird.

Die Volksschulreform in Württemberg.

Die Mühlen der Gesetzesgebung mahlen in Bundesstaaten, die unter dem Dach einer adeligen Privilegiertentube selten, langsam, besonders wenn es sich darum handelt, kulturellen Fortschritten den Weg zu ebnen. Nach langen Kämpfen geht nun auch die württembergische Volksschulreform ihren Vollendung entgegen. Ihrer Befolllung? Die Anwendung dieses Wortes ist sehr gewagt. Die Schulreform, die berufen sein soll,

denn nicht ein einziges Mal eine frohe Stunde schlagen? Wenn er nur wüßte, wohin als Kranke? Zu wem? Wie gern wäre er fort von hier, gleichgültig wohin, nur fort! fort! Nichts mehr vom Militär sehen und hören! Weinlich wurden ihm sogar die Besuche seines Freundes und dessen Braut.

Sie konnten ihn nicht trösten. Kein Mensch konnte es. Für die liebevolle Fürsorge war er dankbar — aber er war unzufrieden mit allem.

Sein Denken erschöpfte ihn bis aufs äußerste.

Die Aufopferung seines Freundes tat ihm weh, weil er das Kugellose fühlte. Er wollte seine Dankbarkeit gern bezeugen — nur gezwungen lämen ihm die Worte über die Lippen.

Er konnte es nicht! Trübselig vergrub er seinen glühenden Kopf in die Kissen.

Das ganze Dasein kam ihm so erbärmlich vor, so jämmerlich, alles ekelte ihn an, alles hier in diesen Räumen!

Wie oft versuchte er, gleichgültig zu sein — mit Geduld seine Genesung zu erwarten. Das verurteilte ihn zum Denken. Er mußte grübeln — verbiss sich in seine Gedanken, die ihn unsäglich unglücklich machen.

Vielleicht war es nicht so schlimm mit der Krankheit? Seine Ahnung sagte ihm das Gegenteil.

Klugwütiges Los, das ihn zum Soldaten gemacht.

Dann lag er wieder in völliger Apathie — wie geistesabwesend — auf seinem Lager. Neuherlich ruhig — doch in seinem Hirn trieb, wie im Traume, das grausame Spiel weiter.

Seitdem das Fieber bei Weiner immer mehr stieg, der ganze Krankheitszustand rätselhafter wurde, hatte sich auch das Benehmen des Stabsarztes ihm gegenüber etwas freundlicher gestaltet. Essen und trinken durfte er jetzt, was er wollte.

Was sollte ihm das? Es wollte ihm nichts schmecken.

Das Herz tat Wolter weh, wenn er bei der Besuchte die ratlosen Gesichter der Arzte und seinen Freund, kaum wiederzuerkennen, im Bett liegen sah.

„Wollen wir doch einmal den Chefarzt zu Rate ziehen!“ flüsterte Stabsarzt Renner seinem Missenten an. „Er wird doch jetzt da sein?“

die standösen Zustände im württembergischen Volksschulwesen zu mildern, ist ein sehr fragmentarisches Werk. Drei Hauptfragen ragten bei dem langwierigen Volksschulcampf in Württemberg hervor: Die Befestigung der in allen Instanzen noch rein geistlichen Aufsicht, der starre konfessionelle Charakter der Volksschule, die Herabsetzung der Maximalschülerzahlen. In einem dieser Punkte hatte die Regierung durchgreifende Reformvorschläge gemacht. In der untersten Aufsichtsinstanz, in der Ortsaufsicht, hatte die Regierung fast gar keine, in der obersten Aufsichtsinstanz überhaupt keine Änderungen vorgeschlagen. Nur die Bezirksschulaufsicht sollte hauptsächlich und weltlich werden. Und doch war gerade die geistliche Schulauflauf und die mit ihr verbundene tägliche Versehrung mit den geistlichen Borgeleben der Ausgangspunkt der bereitwilligen Klagen der Lehrerwelt. Zwischen der geistlichen Schulauflauf und dem starken Konfessionalismus besteht ein innerer Zusammenhang. Bleibt die erste in so weitem Umfang bestehen, dann wird auch der starre konfessionelle Charakter der Volksschule von der wünschenswerten Erziehung ferngehalten. Die Höchstschülerzahl, die jetzt 90, bzw. 120 und 180 Schüler bei Abteilungsunterricht und mehrklassigen Volksschulen beträgt, segnet der Entwurf auf 70, bzw. 80 und 90 Schüler fest.

Neben den paar zweifelhaften Fortschritten brachte der Regierungsentwurf aber auch einen schlimmen Altklass mit prinzipiell weittragender Bedeutung. Die Leitung und Beaufsichtigung des in der weltlichen Schule erzielten Religionsunterrichts soll — sowie die evangelischen Volksschulen in Bezug kommen — in Gegensatz zu bisher der Kirche übertragen werden. Für die Lehrer bedeutet diese Regelung eine Verdoppelung der Aufsicht, für die Schule eine gar nicht absehbende Verstärkung des kirchlichen Einflusses, der doch durch den Entwurf angeblich eingeschränkt werden sollte. Der Pfarrer, den man bei der Bezirksschulaufsicht mit viel Vorsicht und höflichen Verbeugungen zur Hinterlist hinauskomplimentiert hatte, führt man durch das Hauptportal der Volksschule, ausgestattet mit voller Amtsgehalt wieder herein. Es soll nicht verkannt werden, daß diese Frage der gordischen Knoten jeder Volksschulreform ist, der nicht gelöst und nicht gelöst werden kann, sondern der mit aller Härte angesetzten der Kirche gegenüber gebliebenen Mittelkampf durchgehalten werden muß. Die Befestigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule ist die vollkommenste Lösung. Auch in Württemberg hat nur die Sozialdemokratie den Mut dieser Konsequenz gefunden. Bleibt es beim Religionsunterricht, so kann dieses Schulstück natürlich nicht anders behandelt werden, wie jedes andere Fach der Staatschule auch. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch eine Wehrhaftigkeit der Zweiten Kammer diese Befestigung mit vollem Rechte gestrichen. Die Zweite Kammer hat auch in den übrigen oben erwähnten Fragen einige schwache Anläufe zur Verbesserung genommen. Die geistliche Ortschulaufsicht war auf ein Minimum beschränkt, die konfessionelle Oberschulbehörde durch die stimulante erweitert, die Höchstschülerzahl je um 10 heraufgesetzt worden. In einer Reihe anderer Fragen sorgten die Schulrechtschritter der Zweiten Kammer dafür, daß Differenzpunkte mit der Ersten Kammer nicht entstanden. So bleibt z. B. die Schmach einer 7-jährigen Schulbauer bestehen.

Was hat nun die Erste Kammer aus den sehr mäßigen Verbesserungen der Zweiten Kammer gemacht? Sie hat diese Verbesserungen einschließlich und fast durchweg die Regierungsvorlage wiederhergestellt. Die Höchstschülerzahl sind wieder hinausgelebt worden, der Ortsvorsteher wird als Vorsteher des Ortschulrates wieder beseitigt und durch den Pfarrer ersetzt. Die Wirkung dieses Beschlusses ist, daß der Geistliche mit Ausnahme von 50 Gemeinden wieder die persönliche Ortschulaufsicht im Namen des Ortschulrates ausüben darf. Die konfessionelle Oberschulbehörde wurde wieder hergestellt und ebenso unter der Führung des reaktionären Justizministers die Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts der Kirche aufgestanden. Das letztere hat die Regierung als eine conditio sine qua non für das Zustandekommen des Entwurfs bezeichnet.

Die Vorfälle der Privilegiertentube wirken wie bitterer Kahn auf die vom Volke gewählte Kammer. Nichts von ihren Befürwortern, die tiefe Bedeutung haben, ist übrig geblieben. Die Konservativen und Ultramontanen triumphieren. Die ultramontane Minderheit der Ersten Kammer hätte am liebsten den ganzen Entwurf mit der sachmännischen Bezirksschulaufsicht verworfen. Ihr Standpunkt hat auch in den Kreisen der Anhänger des Regierungsentwurfs Freunde. Diese führen aber die Wucht der Volksbewegung, die einsetzt, wenn die Reform abermals durch die Schul der „geborenen“ Gesetzegeber scheitert. In dieser Achilleuse der Ersten Kammer muß die weitere Behandlung des Entwurfs in der Zweiten Kammer einsetzen. Mit diesem liberal-konservativen Gesicht darf der Entwurf keine Mehrheit finden. Lieber mag ihn die Kammer zu seinen Börgern in Ortus werfen. Die Volksschulreform wird deswegen in Württemberg doch ihren Gang gehen. Der Wunsch nach einer Reform die diesen Namen verdient, ist so lebendig im Volke, daß er

„Gewiß, Herr Stabsarzt. Soll ich nach ihm schicken?“

„Sergeant Jacoby, geben Sie sofort zum Chefarzt ins Bureau und sagen Sie ihm, ich sehe Herrn Oberstabsarzt bitten, sich auf einen Augenblick herzubemühen.“

„Zu Befehl, Herr Stabsarzt!“ antwortete Sergeant Jacoby mit gedämpfter Stimme und begab sich eilig hinaus.

„Na, nun sagen Sie uns doch einmal recht ausführlich, Weiner, wie es mit Ihnen steht. Wie Sie sich fühlen, haben Sie Schmerzen?“

Gequält, mit müder Stimme, der man die Resignation anhörte, antwortete er: „Ich fühle nichts wie Mattigkeit und Schwäche. Jede Bewegung wird mir schwer.“

„Na, es wird schon besser werden. Nur nicht gleich den Mut verloren!“

Weiner verzog seine Lippen zu einem bitteren Lächeln. Er dachte in diesem Augenblide an die erste Untersuchung.

Lange unterhielt sich flüsternd der Stabsarzt mit dem erschienenen Chefarzt, den er bei Seite genommen hatte. Bedeutungsvoll warf ab und zu Oberstabsarzt Grenzel einen prüfenden Blick auf Weiner.

Interessiert trat er näher.

„Na, mein Freund, was machen wir denn da für Dummköpfe? Wills denn nicht besser werden? Zeigen Sie doch mal Ihre Zunge. — So — und wie ist der Stuhlgang?“

„Sehr schwer.“

„Wollen wir doch einmal!“ — sang er laut den Satz an, und flüsterte ihn fortwährend dem Stabsarzt zu.

„Zu Befehl, Herr Oberstabsarzt!“

„Weiter ist dann nichts zu machen. — Ja. — Ich hab's eilig! Will nun weiter sehen.“

„In der Tüt machte ihm der Stabsarzt eine tiefe militärische Verbeugung.

„Ja — also — hier wird Krankenwache eingerichtet! Sergeant Jacoby

dah zu einer verbesserten Vorlage führen müsste. Seht die Reaktion aber dennoch eine rücksichtliche Gestaltung des Entwurfs durch, dann müssen die Parteien, die es mit dem Schlußschrift ernst meinen, die Mitwirkung versagen.

Gewerkschaftsbewegung.

Maßnahmen gegen die Steuerwirkungen im Tabaksgewerbe.

Der Tabakarbeiterverband und der Verband der Zigarrensortierer haben in einer gemeinschaftlichen Konferenz Stellung genommen zu der Lage, in der sich die Tabakarbeiter durch die neue Steuergesetzgebung befinden. Bekanntlich ist im Reichstage eine Unterstellung der Arbeiter, die durch die Erhöhung des Tabakzolls arbeitslos werden, beschlossen worden. Der Bundesrat hat die näheren Ausführungsbestimmungen bereits zu einem Entwurf ausgearbeitet, der in einigen Orten auch den Vertrauenspersonen der Arbeiter vorgelegt worden ist. Die Vorstände der beiden Organisationen haben den Entwurf einer genauen Prüfung unterzogen und haben daran manches gefunden, was den Arbeitern sehr zum Nachteil gereichen, auch schwer oder gar nicht durchsetzt werden kann. Die beiden Organisationen wiesen in einer gemeinsamen Publikation auf diese Mängel hin und ermahnen die Tabakarbeiter, in Orten, wo die Arbeiter zur Begutachtung des Entwurfs noch nachträglich herangezogen werden, sollen sie die von den Organisationsleitungen gemachten Vorschläge den Behörden empfehlen.

Ferner werden den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen einige Verhaltensmaßregeln gegeben. Bei infolge der Zollerhöhung eingetretener Arbeitslosigkeit oder bei einer Arbeitszeitverkürzung in der Höhe eines Viertels ihres bisherigen Arbeitsverdienstes sollen sie sofort Unterstützungsansprüche geltend machen. Sie sollen sich vom Unternehmer eine Befreiung über ihre Lohnneinbuße ausspielen lassen und einen entsprechenden Antrag den Behörden einreichen. Werden sie mit ihren Unterstützungsansprüchen abgewiesen, so wird ihnen empfohlen, über die Gründe der Zurückweisung eine schriftliche Begründung zu verlangen und diese dem Bevollmächtigten des Verbandes einzureichen, der sie dann an die Zentralvorstände weitergeben muss. Die Vorstände entscheiden darauf, welche Mittel angewandt werden sollen, um den Arbeitern zu ihrem Rechte auf Unterstützung zu verhelfen. Nach dem Entwurf sollen zur Feststellung für Unterstützungen die Polizeibehörden in Anspruch genommen werden. Die Bevollmächtigten der Zahlstellen werden aufgefordert, den Behörden schriftlich ihre Bereitswilligkeit zu erklären, eine Kontrolle über die Arbeitslosen im Berufe und am Ort anzubringen. Mit aller Entschiedenheit abgeschnitten werden soll ein etwaiges Ausstossen von den Behörden, Arbeitslose zu Streikbrecherdiensten im Tabakarbeitergewerbe oder in anderen Gewerben zu bestimmen. Die Bevollmächtigten sollen dagegen sofort bei den Behörden sowie auch öffentlich Protest erheben.

Gegen den Versuch einer Lohnherabsetzung sollen sich die Tabakarbeiter allerorten wehren und für jeden Fall, daß sie zur Abwehr solcher Versuche zu Arbeitseinstellungen gezwungen werden und ihnen deshalb von den Behörden etwa die Unterstellung verweigert wird, dies sofort zur öffentlichen Kenntnis bringen. Die Vorstände der Verbände werden sich wegen solcher Unterstützungsverweigerung beschwerdebereitfinden an die Regierung, den Reichstag und den Bundesrat wenden. — Zur Überwindung der eintretenden Krise wird empfohlen, bei den Fabrikanten dahin zu wirken, daß Arbeiterentlassungen nicht vorgenommen werden, dagegen dafür einzutreten, daß die bei einer Firma beschäftigten umschichtig oder abwechselnd die Arbeit aussehen. Wo dies nicht durchführbar ist, soll auf eine Beschränkung der Arbeitszeit hingewirkt werden.

Böllberechtigte Verbandsmitglieder, denen Unterstützungsansprüche von den Behörden ohne berechtigten Grund zurückgewiesen werden, können von den Vorständen Darlehen aus der Verbandskasse bewilligt werden, die von den Betreffenden sofort nach Anerkennung ihres Anspruchs durch die Behörden zurückzuzahlen sind. Die Höhe der Darlehen bestimmt der Vorstand. Die Unterstellung dererjenigen Mitglieder, die keinen berechtigten Anspruch auf Unterstellung durch die Behörden haben, regeln die Vorstände nach den statutarischen Bestimmungen der Verbände. Die Mitglieder, die mit drei Vierteln ihres Arbeitsverdienstes von der Behörde unterstützt werden, oder deren Arbeitsverdienst sich nicht um mehr als ein Viertel vermindert hat, können in Berücksichtigung der abnormen Verhältnisse keine Unterstellung aus der Verbandskasse erhalten.

Leipzig und Umgebung.

Die Pläne der Unternehmer in der Damenschneiderei.

Eine weitere Schädigung für die Arbeiter und Arbeiterinnen würde der Stilklöhn bedeuten, wie er von den Unternehmern einzuführen beabsichtigt wird. Nach den vorgenommenen Erhebungen ist ein erheblicher Unterschied in der Bezahlung unter den verschiedenen Geschäften nicht vorhanden, weshalb eine weitgehende Klassifizierung abgelehnt werden muß. Die Vertreter sind der Auffassung, daß eine Klasse für den Ort genügt und eine einheitliche Bezahlung durchgesetzt wird. Die Schädlichkeit der Stilklöhn für die Arbeiter und Arbeiterinnen ist außer jedem Zweifel. Zunächst ist es die fortgesetzte wachsende Mode in dieser Branche, die weitgehenden und verschiedenartigen Ansprüche der Kundenschaft, auch die Weisheitlichkeit der Stilklöhn an sich, die eine gerechte Normierung von Stilklöhnen unmöglich macht. Bei den eigenartigen Arbeitsverhältnissen, wo fast jedes Stück anders gearbeitet werden muss, fehlt die Gleichartigkeit, die Voraussetzung der Stilklöhnberechnungen sein muss. Damit fällt jeder vernünftige Grund, Stilklöhn tariflich festzulegen.

Aber warum wollen die Unternehmer Stilklöhne. Sie erklären, daß es ihnen dann besser möglich sei, Kalkulationen zu machen! Das heißt auf gut deutsch nichts anderes, als daß man auf Kosten der Arbeiter und Arbeiterinnen im Voraus den Profit mit mathematischer Sicherheit garantieren will. Also, damit die Unternehmer ihren Profit garantieren bekommen, glaubt man den Arbeitern und Arbeiterinnen das Stilklöhn aufzubinden zu können, denen könnte es sonst auch zu wohl werden bei den "hohen" Höhnen.

Der Stilklöhn würde weiter zu unendlichen Differenzen Anlaß geben. So bei Extraarbeiten, die nicht vorgesehen sind, bei den verschiedenen Anproben, Abänderungen usw. Auch zwischen den Arbeitern und Zuschneidern würde ein Stilklöhntarif Anlaß zu vielen Unannehmlichkeiten geben; wie der Stilklöhn für die Zuschneider überhaupt noch seine besonderen Schattenseiten hat.

Über die Höhe der Stilklöhne ist zu sagen, daß dieselben erschreckend niedrig sind, derartig, daß es jedem Fachmann unmöglich erscheint, daß die Arbeiter wie Arbeiterinnen auch nur annähernd imstande wären, einen einigermaßen annehmbaren Lohn zu erzielen. Die Löhne sind bedeutend niedriger, als wie sie in der Herrschneiderei am Orte im vorjährigen Jahre abgeschlossen sind. Es kommt dann noch hinzu, daß eine ganze Anzahl Arbeiten, die man überall als Extraarbeiten kennt und auch bezahlt, hier zum Stück rechnet, z. B. Schläge mit Scheren in Nerveln, zweite und weitere Proben, Faltenfältige im Paletot, in der 1. Klasse gänzlich und in der 2. Klasse eine ganze Reihe Nähe mit der Hand nähen und vergleichbar mehr.

Wenn unter solchen Umständen die Arbeiter und Arbeiterinnen sich einigermaßen schützen wollten, würde das zur Folge haben, daß die schon ohnehin sehr lange Arbeitszeit — denn auch diese ist in Leipzig die längste von allen Großstädten — noch mehr verlängert würde, indem Arbeit nach Feierabend mit nach Hause genommen werden müsste. Es würde

zur Heimarbeit gezwungen, um durch Mithilfe von Familienangehörigen das Manövriert etwas auszugleichen. Es würde auf die Arbeit nicht mehr die frühere Sorgfalt verwandt werden können. Die Kundinnen hätten zu erwarten, daß die Arbeiten schlechter ausgeführt sind. Die Aufträge würden nach auswärts gehen.

Zur Illustration wollen wir einige Positionen aus der Tarifvorlage der Unternehmer mitteilen.

	I	II	III	IV
	Mr.	Mr.	Mr.	Mr.
Jackett, Umsegelkragen, Nevers etc., Länge 55 cm	17.50	18.50	9.50	7.50
Paletot, Umsegelkragen, Nevers etc., Länge über 110 cm	24.50	19.75	10.50	13.—
Volero, einreihig glatt	14.50	11.50	9.50	7.50
Havelock mit Flügelpelzeline ohne Kermel	12.50	9.50	7.—	5.—
Havelock mit Flügelpelzeline mit Kermel	15.50	11.50	8.—	6.—
Kostümrock, 2-teilig m. Schuhborde, Tasche, Saum staffiert etc.	7.50	5.50	4.50	3.50
Kostümrock, 4-teilig m. Schuhborde, Tasche, Saum staffiert etc.	9.50	7.50	6.50	4.50
Kostümrock, 7-11 teil. m. Schuhborde, Tasche, Saum staffiert etc.	11.50	9.50	7.50	5.50

Aus all dem geht hervor, daß die Einführung der Stilklöhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen ungemein Nachteile zur Folge haben wird. Daß die Herren ihren Standpunkt nicht so leicht aufgeben werden, haben sie in der Verhandlung offen zum Ausdruck gebracht. Erklärte doch Herr Sperling, Petersstraße: "Wir lassen uns auf keinen Fall von den Arbeitnehmern in unserer Kalkulationen hineinreden. Mit andern Worten, der Standpunkt des Herrn im Hause soll auf jeden Fall anrecht erhalten werden. Über solche Einschätzungsversuche werden die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrem Bestreben, die Einführung der Stilklöhne mit allen Mitteln abzuwehren, nicht beinträchtigt. Wenn die Unternehmer nun durchaus eine derartige Einführung erzielen wollen, werden sie sehen, daß dies an der Einmündigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen scheitert. Die organisierte Arbeiterschaft wird die Schnelder in diesem Kampfe unterstützen. Weibliche Angehörige und Freunde — soweit bisher nicht geschehen — sind schon jetzt der Organisation in großer Anzahl angehört, sie werden nicht zum Verträter an ihren eigenen Interessen.

Es sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß heute abend im Sandouci eine öffentliche Versammlung stattfindet.

Deutschland Reich.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe.

In Essen a. d. Ruhr wurde zwischen dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der Tischlerinnung und den beteiligten Arbeiterorganisationen ein dreijähriger Vertrag laufend bis 15. April 1912, zum Abschluß gebracht. Der Vertrag bringt den Arbeitern anstatt der bisherigen 9½ Stunden, ab 1. Juli 1910 die tägliche neun Stunden 9½ Arbeitszeit, weiter eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pf. und am 1. Juli 1910 eine solche von 3 Pf. pro Stunde. — In Bochum wurden von den Tischlern Forderungen eingereicht. Ob es auch dort gelingt, in friedlicher Weise einen Vertrag zum Abschluß zu bringen, wird sich in den nächsten Tagen entscheiden.

Die Angst vor der Nebelkraft hat den Baugewerbeverband in Hamburg veranlaßt, Rundschreiben an die Unternehmerverbände zu erlassen, worin aufgesordert wird, keine ausgesperrten Bauhandarbeiter in Arbeit zu nehmen. Eingesetzte sollen sofort entlassen werden, damit die Maßregeln der Unternehmer von Hamburg und Umgebung gegen die Arbeiter zur Durchführung gelangen können. Demnach brennt den Unternehmern das Feuer auf den Nägeln; anstatt aber Frieden zu schließen, verstiegen sich die Herren zu dem Mittel der Aus hungerung der andernwo untergebrachten Bauarbeiter, was jedoch schwerlich gelingen wird. Die auswärtigen Unternehmer sind froh, im Bedarfsfall die Hamburger Arbeiter beschäftigen zu können.

A. Der Pforzheimer Maurerkreis dauert fort. Die vom Bürgermeister mit großer Hingabe und gerechter Objektivität geleisteten Verhandlungen schließen des Erfolges sicher. Da liegen die Unternehmer ihren Landesverbandsvorsitzenden, den Architekten Heypler aus Freiburg, kommen. Dieser Unternehmer distanzierte die bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter und ihre Demütigung. Die Maurer dagegen hatten die vom Bürgermeister in stipulierten Bedingungen zum Friedensschluß angenommen. Die sodann von den Unternehmern im Gegensaß zum Einigungsvorschlag gestellten Bedingungen, die auf keine Lohnverbesserungen im Jahre 1910 eingehen, wurden von den Streitenden in geheimer Abstimmung mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. In dem nun kommenden Entscheidungskampf wird die Pforzheimer Stadtbehörde nicht dafür eintreten können, daß die aus städtischen Gelben honorierte Staatspolizei sernerhin die Ablöse für brutalen Unternehmertum spielt. Deutlich steht die Sympathie aller anständigen Leute auf Seite der Arbeiter.

Streik der Schlosser in Breslau. Am Dienstag sind 100 Schlosser, Schmiede und deren Hilfsarbeiter in den Ausstand getreten. Verhandlung hierzu gab das brüskste Verhalten der Schlosserinnung, die in keine Verhandlung wegen Einführung eines Tarifes einzutreten wollte. Der Streikbeschuß wurde mit allen gegen drei Stimmen gefaßt. Der Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein gehen gemeinsam vor.

Ausland.

Die schwedische Aussperrung.

Die gestern gemeldete große Aussperrung in Schweden ist darauf zurückzuführen, daß neue Streitigkeiten in verschiedenen Arbeitszweigen, bei den Schmieden, Wagen- und Wasserbauern, Papierarbeitern usw., trotz langwieriger Versuche der amilieen Schiedsrichter nicht beigelegt werden konnten.

Meine Gewerkschaftsnachrichten. Tarifbruch. Die Firma Dykerhoff & Widmann, Biebrich a. Rh., Bahnhofsbau Nachen-Schierfeld, ist wegen Tarifbruch für Baggermeister, Ofenföhner, Maschinisten und Heizer gesperrt. Zugang ist zu vermeiden

Soziale Rundschau.

Die Ausführungsbestimmungen des italienischen Frauen- und Kinderschutzgesetzes.

Diese Bestimmungen sehen fest, daß Kinder im Sinne des Gesetzes die Personen sind, die das 15. Lebensjahr nicht überschritten haben; als minderjährige Frauen gelten weibliche Personen zwischen 15 und 21 Jahren. Dem Gesetz unterliegen alle Betriebe, in denen mehr als 5 Arbeiter gewerbsmäßig beschäftigt sind, sowie jene, die mechanische Kraft verwenden. Erziehungs- und Wohltätigkeitsanstalten, die Kinder zur Arbeit heranziehen, unterliegen dem Gesetz, wenn die gewerblichen Erzeugnisse Spekulationszwecken dienen oder die Handarbeit mehr Zeit in Anspruch nimmt als der Unterricht. Diese Bestimmung ist von Wichtigkeit, weil sie der vielfach unerhörten Ausbeutung in den künstlerischen Erziehungsinstituten den Biegel vorschreibt. Auch Bau- und Erdarbeiten, soweit sie nicht landwirtschaftlichen Zwecken dienen, unterliegen dem Gesetz.

Über das Arbeitsbuch sehen die Ausführungsbestimmungen fest, daß der Arzt darin erklären muß, ob das Kind oder die jugendliche Arbeiterin ohne Schaden für ihre Entwicklung industrielle Arbeit verrichten kann, und muß eventuell die Arbeiten angeben, für die die unterrichtete Person nicht geeignet hält. Was den Elementarunterricht betrifft, der bisher gar nicht berücksichtigt wurde, so darf den Kindern und Minderjährigen, die die Schulzettel nicht ablegen haben, das Arbeitsbuch nur ausgestellt werden, wenn der Unternehmer, der sie beschäftigt, sich verpflichtet, den Unterricht des Kindes zu vervollständigen. Natürlich besteht für jeden Unternehmer, der Arbeiter beschäftigt, die unter das Gesetz fallen, die Pflicht der Anzeige. Über den Arbeiterbestand muß ein Register geführt werden und die Arbeitszeit in den Betriebslokalen in deutlich sichtbarer Weise bekannt gegeben sein. Die Bestimmungen für die Sicherheit und Hygiene legen unter anderem fest, daß die geschulten Arbeiterkategorien nicht bei der Reinigung der Motoren und den Transmissionswellen verwendet werden dürfen, während diese in Bewegung sind.

Für die säugenden Frauen wird bestimmt, daß ihnen außer den vorgeschriebenen Pausen wenigstens eine Stunde täglich für das Stillen an gewährt ist, wenn das Kind außerhalb der Fabrik, und eine halbe Stunde, wenn es in den Säugungsräumen dieser gehalten wird. Selbstverständlich haben die Werbeinhaber jederzeit Antritt zu den Betrieben, wo geschulte Arbeiter beschäftigt sind, und können diesen eventuell durch Anziehung der bewaffneten Macht erzwingen. Nicht befriedigen sind die Strafen für Übertretung der Ausführungsbestimmungen; sie gehen von 5 bis 50 Pf. für jeden Fall. Schließlich ist den Bestimmungen eine Liste der ungefundene oder gefährlichen Industrien beigegeben, in denen die Beschäftigung geschult Arbeiter unter allen Umständen verboten ist. Es sind dies 25, fast ausschließlich chemische Industrien. Es folgt die Liste der Betriebe, wo Kinder und Jugendliche Frauen nur in einigen Verhältnissen und unter besonderen Vorsichtsmahrgeln verwendet werden dürfen. Sie begreift 25 Gewerbe.

Erfreulich ist, daß endlich die Gewinnung von Kindern und minderjährigen Frauen bei der Gewinnung des Gras in den Bergwerken verboten wird, was die schändlichen Zustände in den sizilianischen Schwefelbergwerken beseitigen soll. Auch von den meisten Bergwerken der Glasindustrie, denen der Arbeitgeberverein, der Kartellmühlen, dem Kämmen der Wolle, Baumwolle, des Hans, der Auto usw. sind die geschulten Kategorien ausgeschlossen. Die Fassung der Ausführungsbestimmungen ist leider nicht immer so klar, wie dies mit Absicht auf die Sicht, an ihnen zu drehen und zu beuteln, wohl wünschenswert wäre.

Gefährliches Holz aus deutschen Kolonien. In der Waggonfabrik in Wochberg bei Breslau sind 15 Holzarbeiter unter sonderbaren Erkrankungen heftig erkrankt. Sie verarbeiteten zum ersten Male eine Art Eisenholz aus Afrika, das zur inneren Versiegelung von nach China gehenden Waggons bestimmt ist. Bei allen Arbeitern stellte sich starkes Brennen der Haut, Ausschwellen des Gesichts und der Geschlechtsteile ein. Hinzu kommt noch eine Augenentzündung, so daß die bisher nicht erkrankten Arbeiter mit Schutzbrillen verlebt werden müssen.

Industrielle Entwicklung in Solingen. In Malancourt (Kreis Wetz) wurde für 465 000 Mark Gemeindewald an die Gesellschaft Jacobus verkauft, die in den benachbarten Orten St. Marie-aux-Chênes, St. Privat und Boncourt ebenfalls Ländereien erworb, um diese zu industriellen Unternehmungen und zum Bau von Arbeiterwohnungen zu verwenden.

Der Bergkonspekt in der Ortskasse Bischweiler wurde durch einen Vertrag beendet. Die Kasse, die pro Kopf im ersten Jahr 4 Mark, im zweiten 4.50 Mark und im dritten 5 Mark forderten, erhalten nach dem Vertrage im ersten Jahre 4 Mark, im zweiten und dritten 4.50 Mark pro Kopf und Jahr. Der Vertrag lautet auf drei Jahre. Wenn die Kasse diesen Forderungen genügen soll, muß sie die Beiträge erhöhen.

Von Nah und Fern.

Bergarbeiterlos.

Elbermond-Herrand, 27. Juli. Von den durch Explosion schlagender Bettler in einer Grube in Singles eingeschlossenen Bergleuten sind fünf erstickt, während die übrigen gerettet werden konnten.

Graz, 28. Juli. In dem Kohlenbergwerk Rosental bei Rößbach wütet ein großer Brand. Die in der Grube befindlichen Arbeiter konnten, trocken sie schon betäubt waren, gerettet werden.

Die Cholera auf dem Marsch.

Petersburg, 27. Juli. Seit gestern sinkt die Neuerkrankungen und 19 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 733.

Lemberg, 28. Juli. Ein hiesiger Fabrikarbeiter ist gestern unter choleraverdächtigen Symptomen gestorben.

Ein mißglückter Flug über den Kanal.

Calois, 28. Juli. Der Aviatiker Latham, der gestern einen neuen Kanalflug unternahm, ist mit seinem Aeroplano 500 Meter von der englischen Küste in das Meer gestürzt und von dem ihn begleitenden Torpedoboot aufgesucht worden. Der Aeroplano wurde beschädigt. Latham hat Verletzungen am Kopf davon getragen. Nach nicht offiziellen Berichten stieg Latham 5 Uhr 47 Minuten englischer Zeit in Sangatte auf und fiel 8 Uhr 18 Minuten englischer Zeit ins Meer, slog also mit seinem Apparat 20 Minuten.

Ein neuer Rekord Wright's.

Washington, 27. Juli. Orville Wright stellte einen neuen Rekord auf, indem er mit einem Offizier als Passagier 72 Minuten 40 Sekunden in der Luft blieb und eine Entfernung von 50 Meilen zurücklegte.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

Bibliothek Bestand 2000 Bände Merseburger Straße 45, Hof pt., geöffnet: Montag bis Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, außer dem Mittwoch u. Sonnabend, nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Ruhigste Benutzung ist erlaubt.

Ferien-Ausflüge.

Sammelort am Karl-Heine-Platz — Nachmittags 2 Uhr

Mittwoch, den 4. August, nach Connewitz, Goldene Krone

Mittwoch, den 11. August, nach Leutzsch, Burgaue

Mittwoch, den 18. August, nach Grosszschocher, Frohsburg

Mittwoch, den 25. August, nach dem Licht-, Luft- und Sonnenbad des Vereins für Volksaufklärung.

Wir erwarten rege Beteiligung.

[10849*] Der Vorstand.

NB. Freitag, den 6. August, im Felsenkeller: Grosse Versammlung mit Vortrag: Die Tätigkeit des Reichstages. — Das Kinderfest findet am 15. August im Schleußiger Park statt.

find alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge wie Milleser, Finken, Flechten, Pusteln, Bläschchen, rote Flecke sc. b. idat. Waschen mit Steckenpferd-Teerschwefelseife

■ Bergmann u. Co., Radebeul

Schuhmarke: Steckenpferd.

a. Stück 50 Pf. in Leipzig:

Engelapotheke, Markt 12,

Alberapotheke, Emilienstr. 1,

R. Hennelich, Meissnerstr. 80,

Kleinzschocher: Körnerapotheke.

Preis 30 Pf.

Volksbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Straße 19/21.

Religion Sozialismus

und von Dr. Pannhöck

Preis 30 Pf.

Volksbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Straße 19/21.

Geschäft: Volkshaus Zeltzer Str. 32

Portal rechts, I.

Büromerkel: vorm. 8—9 Uhr, mitt. 12—1, abends 5—8 Uhr.

Telephon 3784. [19801.

Gelbmetallarbeiter aller Branchen. Montag,

abends ½ Uhr, Versammlung im Volkshaus

(Café). Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Das Agitationskomitee.

Metallformer u. Hilfsarbeiter. Sonnabend,

abends ½ Uhr, Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Die drei Religionsfürster. Referent:

Genosse Wittig. [19874

Graveure u. Ziseleure. Die nächste Versamm-

lung findet Freitag, den

6. August, abends ½ Uhr, im Volkshaus statt.

Tagesordnung: 1. Darwinismus. Referent: Genosse

Müller. 2. Gewerkschaftliches. Die Agit.-Komm.

Während d. Jubiläumstage

täglich große Posten hochwertige

Gänse, Enten- u. Kübner-

Stein, Koch- und Bratwurst zu

sehr billigen Preisen. [19844

R. Günther, Markthalle 59-62

Gegenseitige Hilfe in der

Tier- u. Menschenwelt.

Von Fürst P. Kropotkin, 2 Mk.

Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Charlottenhof, Lindenau.

Vom 15. bis 20. Juli

Grosse Bayrische Gartenfeste.

Gebirgsdruschbahn, Karussell und viele andere Volksbelustigungen.

Tägl. von 4—11 Uhr Josef Aschenbrenner mit seinen Oberlandlern.

Löwenbräu direkt v. H. Entrée 10 Pf. Löwenbräu direkt v. H.

Donnerstag u. Sonntags mit erhöhtem

Entrée. "

Güldne Aue L. = Sellerhausen.

Morg. Donnerstag, abends 8 Uhr.

Grosses Konzert der Kapelle Bertram.

Gewähltes Programm. [10726*] Herm. Macke.

Gehrt. Vereinen u. Gesellschaft. steht mein Saal Sonntags a. Verfüg.

Bären-Schänke Empf. meine Lokalt. in. Gesellschaft.

ff. Viere u. Spießen (tägl. Spezialger.). Nikolaistr. 15. Tel. 2765. * Ergebenst Joseph Lippert.

„Bienenkönigin“

Echter Bienenhonig. — Zucker- und Kunsthonig. — Prima Qualitäten. Billigste Preise.

Peterssteinweg 15.

Musikwerke, Automaten, Sprechapparate, Schallplatten all. Fabrikats, Phonographenwalzen, Nadeln etc.

empfiehlt [3772

Alwin Dietrich L.-Lindenau

Drei-Linden-Strasse 18, II.

Verlangen Sie Preisverzeichnisse.

Familienanzeigen.

Nach langem Leiden verschied gestern mittag meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Frau Auguste Minna Bernau.

Dies zeigen tiefschläft an

L.-Neudörfel, den 28. Juli 1909

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend von der Kapelle

des Südfriedhofs aus statt. [19885]

Todes-Anzeige. Nach längerem Krankenlager starb am 26. Juli unser Verbandskollege, der Polterer

A. Weissgerber

im Alter von 69 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder

des Holzarbeiter-Verbandes.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied Dienstag früh unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater

Hermann Kührt

im Alter von 69 Jahren.

Dies zeigt tiefschläft an

Amalie Kührt.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 1/2 Uhr,

vom Trauerhause, Sellerh., Schützenhausstr. 14, aus statt.

Kauft Briketts bei

Benno Grimm

Tauchaer Strasse 41

Buchbinder

Montag, den 2. August, abends 7 Uhr

General-Versammlung

im großen Saale des Pantheon.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Mylan über: Verschiedene Rechtsfragen. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen. Der Bevollmächtigte.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Turnverein Wahren

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller

Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller

Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller

Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller

Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller

Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller

Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller

Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Freitag, den 30. Juli, abends ½ Uhr

Halbjährl. General-Versammlung

im Birkenschlösschen (Müller).

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller

Mitglieder.

[19848] Der Vorstand.

Politische Uebersicht.

Die ausländischen Arbeiter in Preußen.

Es ist bekannt, daß der Ausländer und namentlich der ausländische Arbeiter in Deutschland der Wille der Behörden ausgekehrt ist. Es liegt vollständig im Belieben der Polizeiorgane, einen Ausländer als „lästig“ zu bezeichnen, worauf seine Ausweisung erfolgt, ohne daß ihm irgendwelche Rechtsmittel dagegen zustehen. Ganz abgesehen von den Sozialisten, die von den Behörden auf alle Weise schikanieren werden, wird von diesem Ausweisungsrecht auch andern Personen gegenüber ausgiebig Gebrauch gemacht. So z. B. werden Juden aus Russland und Österreich in den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien nicht geduldet. Man weiß sie zwar nicht formell aus, aber man gibt ihnen einen Wink mit dem Jaunspahl, sie möchten machen, daß sie weiterkommen; da die Leute wissen, jede Weigerung würde die formelle Ausweisung nach sich ziehen, so gehen sie eben. In Posen darf sich kein Pole bilden lassen, der russischer oder österreichischer Staatsbürger ist und in seiner Heimat irgendwie eine Rolle im öffentlichen Leben spielt; er wird als „grobpolnischer Agitator“ betrachtet und ausgewiesen, auch wenn er in Posen selbst sich in keiner Weise betätigt. Lehnsich wird ja auch mit Dänen in Schleswig-Holstein und mit Franzosen im Elsaß umgesprungen. Das sind barbarische Anwendungen des Fremden-rechts, die schon zur Gewohnheit geworden sind und über die sich niemand mehr aufzuregen scheint.

Was nun speziell die ausländischen Arbeiter anbetrifft, so besteht hier bekanntlich ein ganz besonderes Verfahren. Die Großgrundbesitzer brauchen Arbeiter in Massen, besonders die Osterbier. Daher läßt die Regierung diese Arbeiter wohl ins Land, aber sie dürfen nicht das ganze Jahr dableiben, es muß der Aufenthalt mindestens auf sechs Wochen unterbrochen werden, selbst wenn der Arbeiter ständige Beschäftigung hat, z. B. als Kutscher oder sonst etwas.

Dieses fortwährende Wegheben der Leute führt dazu, daß sie ihren „Herren“ gegenüber zu willenslosen Sklaven werden. Dann kam ein weiterer Schritt: im Jahre 1907 wurde in Preußen eine Verordnung erlassen, die die ausländischen Arbeiter unter verschärften Kuratel stellt. Sie müssen beim Betreten preußischen Staatsgebietes sich eine besondere Legitimationskarte verschaffen, für die sie zwei Mark zu zahlen haben. Diese Karte dient dazu, eine scharfe Kontrolle durchzuführen. Gerät der Arbeiter in Streit mit dem Unternehmer, wobei die Ansprüche des Arbeiters noch so berechtigt sein mögen, so findet er nirgends anderswo Arbeit, wenn der Unternehmer ihm die Karte zurückbehält. Eingestandenermaßen wurden ja auch die Karten eingeführt, um den „Kontraktbruch“ der Arbeiter unmöglich zu machen. Kontraktbruch sehen aber die Agrarier darin, daß der Arbeiter nicht alles und jedes über sich ergehen läßt, und dieser Anschaug schließen sich die Organe der Staatsgewalt vom Gendarmen bis zum allmächtigen Landrat an. Das ein freier Arbeiter bei seiner Unkenntnis der deutschen Sprache und der Gesetze gegen ein ihm widerfahernes Unrecht und gegen den Missbrauch jener Kontrollkarten Schutz findet, ist so gut wie ausgeschlossen.

Gegen diese Behandlung der fremden Arbeiter erhebt endlich das Ausland Protest. In Österreich ist sie Gegenstand von Auseinandersetzungen im Parlament geworden. Die Regierung hat versprochen, bei der preußischen Regierung vorstellig zu werden, aber sie betreibt die Sache recht lau. Das ist erklärlich: den galizischen und tschechischen Agrariern geschieht ja nur ein Gefallen, wenn die Arbeiter in Preußen recht drangsaliert werden; sie bleiben dann gefügiger gegen die eigenen „Herren“. Aus demselben Grunde sieht auch die russische Regierung dieses preußische System nicht ungern. Anders aber ist es in Italien gekommen. Hier hat, wie bereits gemeldet, infolge eines Parlamentsbeschlusses die Regierung auf diplomatischem Wege Vorstellungen bei der preußischen Regierung gemacht und den Zwang zur Lösung der Kontrollkarten als eine Verleihung der Rechte der italienischen Staatsangehörigen bezeichnet. Es wurde angeregt, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten, worauf aber die deutsche Regierung nicht eingegangen ist. Was nun geschehen wird, bleibt abzuwarten. Man darf aber gespannt sein, welch Gescheit sich erheben würde, wenn die italienische Regierung nun ihrerseits deutsche Staatsangehörige, die nach Italien kommen, schikanieren würde. Inzwischen hat die preußische Regierung eine Verfügung erlassen, die offenbar den Übereifer der Polizeiorgane eindämmen soll. Es wird ihnen eingehäuft, nicht gar zu toll mit den Ausweisungsbefehlen zu wirtschaften.

Das Berliner Tageblatt bemerkt nun sonderbarweise dazu folgendes: „Vom Standpunkt des deutschen Volkes aus ist es bedauerlich, daß die Regierung diesen Rückzug antreten muß.“ Es muß am Montag in der Redaktionsschule des Berliner Tageblattes sehr heiz gewesen sein, sonst würde die Redaktion gemerkt haben, daß eine Verteidigung der Polizeipraxis sich schlecht mit freisinnigen Prinzipien verträgt. Im Interesse des deutschen Volkes kann es unmöglich liegen, daß die Polizeiorgane die ausländischen Arbeiter zu Sklaven der Agrarier machen, denn die gedrückte Lage der fremden Arbeiter kann nur bewirken, daß auch deutschen Arbeitern der Kampf um bessere Lebensbedingungen erschwert wird. Somit liegt es schließlich auch im Interesse der deutschen Arbeiter, wenn die ausländischen Parlamente eine Zurückziehung der skandalösen Kontrollkarten erzwingen. Freilich besser noch wäre es, wenn die deutschen Parlamente den Mut und die Macht hätten, diesen Auswuchs der Polizeiwirtschaft zu befehligen.

Deutsches Reich.

Zur Talonpost.

Nichts possierlicher, als das Bemühen des Bundesrats, den Streich zu parieren, den ihm das Börsenkapital durch die Umgehung der Talonsteuer gespielt hat. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt, daß die vom Bundes-

rat soeben beschlossenen Ausführungsbestimmungen auch die Talons umfassen, die jetzt noch vor dem 1. August zur Erneuerung ausgegeben werden sind. Als Zeitpunkt, an dem die Steuerpflicht eintritt, soll der Fälligkeitstag des letzten Jinscheines oder der Schluss des Geschäftsjahres gelten. Auch die Gesetzgebung soll sich mit der Materie noch einmal befassen und man will eine Liste aller Gesellschaften aufstellen, die in den letzten Tagen neue Talons vorzeitig ausgegeben haben.

Auf diese sauberer Pläne des Bundesrats gibt kein geringerer als Professor Vaband in der Kölnischen Zeitung die Antwort. Er erklärt direkt eine Besteuerung der vor dem 1. August ausgegebenen Bogen als rechtswidrig und rechtsvergänglich und als einen Verstoß gegen die Reichsverfassung.

Hier muß sich also der Bundesrat, dieser Hüter der Reichsverfassung, von einem konservativen Staatsrechtslehrer den Vorwurf machen lassen, die Reichsverfassung umstürzen zu wollen. Und das alles, weil die Herren gar zu dienstbereite Knechte der Junfer und Pfaffen gewesen sind.

Illusionen.

Dieser Tage wurde in Saarbrücken eine Ortsgruppe des Hansabundes gegründet. Die Hauptredner in der Gründungsversammlung waren bekannte Schriftsteller, unter andern sprach auch der berühmte Unternehmeranwalt Dr. Alexander Zille, der zusammen mit seinen Geistnadenkollegen unverblümmt forderte, der Hansabund habe Unternehmerinteressen zu vertreten und müsse vor allem auch in der Belegschaft der Sozialpolitik seine Hauptaufgabe sehen. Die Frankfurter Zeitung ist von dieser Distriktdiskussion des von ihr gehätschelten Bundes recht wenig erbaut und sie wendet sich an die führenden Personen der neuen Organisation mit der feindselichen Bitte, die allzu offenhändigen saarabischen Schleißfeindreher zu desavouieren:

Die Berliner Zeitung wird wohl nicht umhin können, diese Auffassung des Hansabundes aus entschieden zu desavouieren. Denn es handelt sich hier nicht um irgendeine beliebige Frage, bei der man den Ortsgruppen freien Spielraum lassen könnte, sondern um eine fundamentale Frage, von der unseres Erachtens Sich oder Nichtsein des Bundes abhängt. Am dem Tage, an dem der Hansabund aushobte, sich gegenüber der Sozialpolitik strikteste Neutralität auszurufen, würde er den Charakter einer gewöhnlichen Arbeitsgeberorganisation à la Zille bekommen, die von Freunden des sozialpolitischen Fortschritts nicht nur nicht unterstützt, sondern sehr entschieden bekämpft werden würde. Wir sind überzeugt, daß die leitenden Personen des Bundes unsere Aussicht teilen, aber es müßte ungewöhnlich klar gestellt werden, wenn nicht unter den Angestellten verhängnisvolles Misstrauen gesetzt werden soll.

Die führenden Bank- und Industriegrößen des Hansabundes werden sich schon halten, die von dem Frankfurter Blatt gewünschte Erklärung abzugeben. Eine solche Erwartung aussprechen, heißt denn doch die Naivität auf die Spitze treiben. Wer sind denn die Männer, die an der Spitze des Bundes stehen und die, abgesehen von den in den Bund hineingepreßten Angestellten, das Hauptkontingent seiner Mitglieder bilden? Es sind dieselben Leute, die in den großen Schriftstellerorganisationen des deutschen Unternehmertums die erste Reihe spielen oder die als Leiter der Großbanken all die Drähte der deutschen Großindustrie in den Händen haben. Gerade diese Elemente sind aber die wütendsten Feinde jeder Sozialpolitik, und Ihnen zumutet, sie sollten um des Prestiges des Hansabundes willen auf diese Feindschaft verzichten, kommt auf daselbe hinaus, als wenn man von dem Krookolb erwarten wollte, es sollte seine Raubtiernatur verleugnen. Die Ritter der Börse und der großen Industrie würden nicht eine Mark für den neuen Bund opfern, wenn sie nicht hofften, mit seiner Hilfe auf Parlament und Regierung einen größeren Einfluß zu erlangen, der dann vor allem als Pebel gegen die Sozialpolitik angezeigt werden wird. Die Bekämpfung des agrarischen Einflusses, die von seinen Gründern als Hauptziel des Bundes ausgegeben wurde, ist nichts als purer Schwachsinn. Die großen Kartellmagnaten verbinden mit den Börsen viel zu enge Interessen, als daß sie es auf einen ernstlichen Kampf mit ihnen ankommen lassen könnten. Sie werden, wenn es ihnen wirklich gelingt, eine anstrengende Organisation aufzustrebungen und, was noch mehr ist, sie auch zusammenzuhalten, sich bald mit der Dertelkolonne zusammenfinden zur gemeinsamen Plünderung des deutschen Volkes und zur Verhinderung jedes Fortschritts auf sozialpolitischem Gebiete. Das „verhängnisvolle Misstrauen“, das sie damit nach der Meinung der Frankfurterin, unter den Angestellten faßt, wird sie von der rücksichtslosen Verfolgung ihrer Klasseninteressen nicht abhalten.

Die Steuerpflichtarbeit.

Der Reichstag hat die Bölle auf Schaumwein, Kognak und Likör ganz erheblich in die Höhe geschraubt, gleichzeitig aber dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt, diese Bölle, wenn notwendig, herabzusetzen. Diese Notwendigkeit ist nun bereits eingetreten, ehe die höheren Bölle überhaupt in Kraft gesetzt werden konnten. Die Franzosen haben nämlich den Boykott der deutschen Biere angekündigt und allem Anschein nach wäre dieser Boykott auch noch auf andere Waren deutscher Herkunft ausgedehnt worden. Das hat den Bundesrat veranlaßt, den Zolltarif auf Schaumwein von 180 Ml. per 100 Flasche auf 180 Ml. herabzusetzen. Der seitliche Zolltarif betrug 120 Ml., so daß die ganze Erhöhung 10 Ml. beträgt, das macht pro Flasche 20 Pf. — Auch die Bölle auf ausländische Weine, Kognak und Likör müssen ermäßigt werden und zwar für Kognak und Spirituosen von 275 Ml. bzw. 300 Ml. auf 225 Ml. für Likör von 350 Ml. auf 300 Ml. pro 100 Milliliter. In welchen Unbilligkeiten die nachträgliche Zollherabsetzung führt, zeigt die Fußnote eines Weingrosshändlers an die Böllische Zeitung. Dieser weist darauf hin, daß nun für den vor dem 1. August d. J. eingeführten Schaumwein 240 Ml. Zoll und 50 Pf. Nachsteuer gleich 280 Ml. und für den am 1. August d. J. oder später eingeführten nur der Zoll von 200 Ml. für die Flasche zu entrichten ist. Es ist also der Nachversteiger, der größere Bestände ausländischer Schaumweine auf Lager hat, gegenüber dem Weinimporteur, der den Schaumwein erst am 1. August einführt, um 50 Pf. für jede Flasche im Nachteil, d. h. bei einem mittleren Bestand von 2000 Flaschen um 900 Ml. geschädigt. Den Schaden von dieser Steuerpflichtarbeit hat die teilweise mit höheren Steuern belastete deutsche Schaumwein- und Spirituosen-Industrie.

An ihren Frechten soll ihr sie erkennen.

In den Tagen, da die christlichen Hohenpriester des Zentrums nicht Lügen genug finden, um die große Lüge seiner volksfreudlichen Finanzreform zuzudecken, bemüht sich die Zentrums-presse, ihren weltuntadeligen Schädeln die Merkmale der wahren und falschen Propheten beizubringen. So

gibt denn unter obiger Überschrift das Christliche Familienblatt, eine Wochenzeitung der meisten Zentrumsblätter Badens, in seiner Nr. 20 vom 18. Juli d. J. folgende Definition:

„Nun aber sind falsche Propheten die, welche dem Unglauben huldigen, welche gegen Religion und Glauben reden, welche, wie die Socialdemokraten, die bürgerliche Ordnung über den Haushalten zerstören möchten, durchweg dem Innern ihres Wesens nach Menschen, die von der verlebten Natur und den bösen Neigungen beherrscht sind, nur zu leicht Sklaven der Sinnlichkeit, der Unzucht ergeben, unmäßig im Essen und Trinken, unrechlich im Handel und Wandel, ohne Liebe, voll Mitzug, Neid, Hass und Zovist usw.“

Verfasser und Herausgeber dieser Zeitschrift ist Pfarrer A. Mödel in Urklossen (Baden), einer der streitbarsten Agitatoren der sozialdemokratischen Partei. Zum Sonntagsschlag treibt, läßt der Generalstab des badischen Zentrums den Pfarrer Mödel bei der nächsten Landtagswahl unter die geistlichen Sterne der badischen Kammerjesuiten versetzen. Dort werden ihm dann die falschen Propheten als sozialdemokratische Kammerkollegen die einzige richtige Antwort erzielen.

Berlin, 28. Juli. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichskanzlers, wonach die aus Riga nach einem deutschen Hafen kommenden Schiffe und ihre Insassen vor der Zulassung zum freien Verkehr ärztlich zu untersuchen sind. Die Maßregel ist durch das Uebergreifen der Cholera nach Riga veranlaßt. —

Die Ausschüsse des Bundesrates für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen haben gestern ihre Beratungen über die Ausführungsbestimmungen zu den neuen Steuergesetzen vorläufig abgeschlossen. Die Veröffentlichung der bisherigen Beschlüsse soll heute stattfinden.

Die Steuer auf Beleuchtungsmittel. Der Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik hat auf eine Anfrage vom Reichsministerium die Mitteilung erhalten, daß nicht nur Hersteller und Wiederverkäufer von steuerpflichtigen Beleuchtungsmitteln die am 1. Oktober d. J. in ihrem Besitz befindlichen, außerhalb der Herstellungsbetriebe und Zoll-Lager vorhandenen Bestände von steuerpflichtigen Beleuchtungsmitteln nachzuversteuern haben, sondern daß auch die Bestände der Verbraucher nachzuversteuern seien, soweit sie nicht dem eigenen Haushalt des Besitzers dienen. Unter dem Begriff „eigener Haushalt des Besitzers“ sei lediglich der Privathaushalt zu verstehen, nicht auch etwa der dem Besitzer gehörige Gewerbebetrieb. Ebenso seien von der Nachsteuer nicht befreit die für öffentliche Zwecke, wie zum Beispiel für die Beleuchtung öffentlicher Straßen und Plätze bestimmten Beleuchtungsmittelvorräte von Gemeindeverwaltungen, staatlichen Behörden usw. Auch sie seien nicht unter den Begriff „eigener Haushalt des Besitzers“, auch wenn sie im „Haushaltsplan“ der Verwaltungen zur Verrechnung gelangten.

Zölle der Tabaksteuer. Der Bremer Zigarrenfabrikant Heinrich Büch hat den in seiner Fabrik in Holzhausen bei Bünde i. W. beschäftigten Arbeitern mitgeteilt, daß er infolge der neuen Tabaksteuer „Süddeutsche Löhne“ einführen müsse. Er wolle aber menschlich handeln und den Lohn nicht unter 8.50 Ml. pro tausend Stück Zigarren festsetzen. Diese menschliche Handlung entspricht einer Lohnreduktion von 15 bis 25 Prozent. Die bekannte Bremer Zigarrenfabrik Engelhardt & Biermann erläßt in der Tagesspreche Westfalen eine Bekanntmachung, wonach sie nicht beabsichtige, vor Weihnachten Betriebs einschränkungen vorzunehmen oder einzelne Betriebe ganz zu schließen. Eine ähnliche Bekanntmachung veröffentlicht auch eine Hamburger Zigarrenfirma, die in Westfalen arbeiten läßt.

Allso nicht vor, sondern erst nach Weihnachten wird diese Gruppe Arbeiter brotlos gemacht werden. Jedenfalls ein schlechter Trost für Leute, deren wirtschaftliche Existenz durch Mafnahmen des Staates mit der Vernichtung bedroht ist.

Die Biersteuer in Württemberg. Die der Norddeutschen Brauereigemeinschaft angehörenden Bundesstaaten sind genötigt, ihre Biersteuergesetze zu ändern. Die württembergische Regierung schlägt vor, die Steuer zu erhöhen auf 14.80 Ml. pro Doppelzentner verarbeiteten Maises für die ersten 550 Doppelzentner, auf 10.30 Ml. für die folgenden 1500 Doppelzentner, auf 20.90 Ml. für die folgenden 2000 Doppelzentner und auf 22 Ml. für den Rest. Das bedeutet eine Erhöhung der Biersteuer um 65 bis 100 Prozent.

Zur Stichwahl in Landau. Die Wahlparole des Zentrums lautet, wie nach den letzten Mitteilungen zu erwarten war, auf strikte Wahlfesthaltung. Der Bund der Landarbeiter, der in diesem Falle ausschlaggebend ist, wird natürlich für den national-liberalen Landarbeiter stimmen.

Ein freischafflicher Gesetzeshüter. In Coburg (Ostpr.) hatte der Stadtwachtmeister von Coburg, ein ehemaliger Afrikafreiwilliger und ehemaliger Sozialistenführer über einige junge Leute gesagt: „Die Bummel, die Bagabunden, die missen Prügel tragen bis sie toben.“ Die Beleidigten stellten Strafantrag und das Schöffengericht verurteilte den Wachtmeister zu sechs Mark Geldstrafe. Dabei ist der Mann bereits zweimal vorbestraft, in einem Falle wegen Verleumdung mit 20 Ml. und ein andermal wegen Vergehens im Amt — er hatte einen Kreisanten geprillt — ebenfalls mit 20 Ml. Geldstrafe. Das Sachs-Mark-Urteil fand der famose Gesetzeshüter aber noch zu hoch. Er wollte freigelassen werden und glaubte als Staatsstolze, Sozialistenführer und Stadtwachtmeister darauf Anspruch zu haben. Die Königsberger Strafammer, auf deren Anklagebank er in voller Uniform Platz nahm, konnte ihn jedoch den Gefangen nicht erweisen sondern mußte das erste Urteil bestätigen.

Die horrende „Strafe“ wird den berüsunten Gesetzeshüter genötigt nur anzusporren, die Einwohner der alten Stadt, die den Herrn Polizeiwachtmeister zu ihren Beamten zählt, noch öfter mit seinen ordnungsretterlichen Taten zu beglücken.

kleine politische Nachrichten. Im englischen Oberhause wurde die zweite Lesung der Vorlage über den Zusammenschluß der südafrikanischen Kolonien einstimmig angenommen. — Die französische Deputiertenkammer und der Senat haben die Marinekrediten bewilligt. Darauf wurde die Session geschlossen. — Die französischen Kolonialtruppen in Cochinchina hatten in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli einen Zusammenstoß mit einer Einwohnerbande. Ein Hauptmann und 10 Soldaten fielen, 20 wurden verwundet; die Einwohner hatten 40 Tote. — Bei den Straßenkämpfen in Guadalajara (Mexiko) wurden sechs Personen getötet. — Auf Crete wurde nach dem Abzug der internationalen Truppen die griechische Flagge gehisst und erst bei Sonnenuntergang wieder eingezogen.

Frankreich.

Ein Vertrauensvotum für das neue Kabinett.

Paris, 28. Juli. In der gestrigen Kammerfahrt wurde eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. Die Abstimmung ergab 304 Stimmen für und 46 gegen die Regierung.

Rußland.

Ein Gehetztektular Stolypins zur Hartung-Affäre.

Der russische Ministerpräsident Stolypin hat zur Hartung-Affäre ein Rundschreiben erlassen, das den Behörden vorstreckt, jegliche Auskunft, die in Verbindung mit dieser Affäre gegen die Regierung gerichtet werden sollte, auf das strengste zu unterdrücken. Diese Nachricht zeigt deutlich, wie sehr sich die Regierung durch die Enttäuschungen über das Treiben der Koschewnikow-Exzellenz im Auslande getroffen fühlt. Sie ist aber außerdem ein Beweis, daß die Regierung nun offen denselben Weg der Pressefreiheit beschreitet, der durch das Gesetz vollständig aufgeschoben worden ist.

Seine Exzellenz, der Herr Spitzelgeneral Hartung, haben übrigens jetzt die Blüte gehabt, sich von einem Reporter des Petersburger Arbeiterblattes Amtshaus interviewieren zu lassen. Dass er unter dem Namen Landes einen Mitglied der terroristischen Organisation war, leugnet er jetzt nicht mehr. Als dann seine untreuen politischen Ansichten sich änderten, trat er — wie er sagt — in den Dienst der Pariser russischen Botschaft und brachte es bald bis zum Chef der russischen Auslandspolizei. Dass er sich auch als Provokateur betrachtet habe, leugnet der niedere Herr einstweilen noch. Sein Gehilfe Vonomarev, von dem er in Berlin bei der Überwachung der russischen Revolutionäre eifrig unterstützt wurde, tritt jetzt in den Dienst der russischen Geheimpolizei zurück. Von seinem zweiten Helfer, dem sauberen Käff, sagt Hartung, er sei der russischen Regierung treu ergeben! Augenblicklich weile auch er (Käff) in Russland und — arbeite!

Über sich selber mache der Spitzelgeneral folgende Mitteilungen: Er sei mit einem Jahresgehalt von 10 000 M. pensioniert und werde die Blüte, in der er jetzt leben könne, dazu verwenden, alle gegen ihn geschleuderten Anschuldigungen zu widerlegen.

Auf diese „Memorien“ darf man in der Tat gespannt sein.

Übrigens scheint sich der General einstweilen noch in Petersburg ziemlich sicher zu fühlen. Ein Journalist begegnete ihm in einem Garten nahe der englischen Gesandtschaft. Ein anderer Journalist namens Semeroff glaubte jenen in einem Manne wiederzuerkennen, den er in einem der nobelsten Restaurants der Stadt schon sah. Er machte seinen Freunden davon Mittellung mit dem Esstisch, daß die Polizei ihn verhaftete und erst nach einigen Tagen wieder freiließ. In der Zwischenzeit hat der „General“ vermutlich seine Spuren verwischt.

Belgien.

Ein Sieg der Grubenbarone.

Brüssel, 27. Juli. Der Senat hat heute beschlossen, daß der Maximalarbeitsstag in Bergwerken, den die Kammer auf neun Stunden festgesetzt hatte, durch königlichen Erlass im Falle der Notwendigkeit um eine Stunde verlängert werden kann. Der Gesetzentwurf muß nunmehr an die Kammer zurückgehen.

Spanien.

Blutige Zusammenstöße.

Barcelona, 27. Juli. Der Protest des Volkes gegen den im Interesse einer einflussreichen Spekulantengruppe geführten Kolonialkrieg hat zu erneut blutigen Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht geführt. Bei einem dieser Zusammenstöße wurden 1 Gendarmereihauptmann, 3 Gendarmen und 8 Manifestanten getötet; die Zahl der Verwundeten beträgt etwa 20. Heute abend explodierte eine Bombe in der Nähe des Generalskapitäns, ohne jedoch diesen zu verletzen. In St. Pueblo wurde eine Kirche in Brand gestellt, desgleichen mehrere Klosterschulen. Eine Abteilung Bürgergarde ist nach Tarrasa abgegangen, wo es zwischen Polizei und Ausständigen wiederholt zu Zusammenstößen kam. Verschiedene Personen wurden verletzt. In Barcelona sind gestern 190 Personen verhaftet worden.

Madrid, 28. Juli. Arbeitersassen zündeten gestern die Holzbrücke in Tarrasa an und zerstörten eine andre Brücke mit Dynamit. Der Minister des Innern gibt bekannt, daß bisher infolge der Streitkämpfe drei Streikende getötet und 45 verwundet worden sind. Die Polizei hat bisher 20 Verwundete. Auf der Eisenbahnlinie Cardedeu-Barcelona sind in der Richtung nach Figueras die Eisenbahnschienen an mehreren Stellen ausgerissen worden. Die Ausständigen verhindern allen Eisenbahnverkehr und überwachen die Bahnen. Nach Nachrichten aus Barcelona herrscht dort in den Straßen wenig Verkehr. In einzelnen Stellen wurden Angriffe gegen die Gendarmerie verübt, die darauf von der Schußwaffe Gebrauch mache, wobei mehrere Personen verletzt wurden. In den Vororten San Andres und San Martin kam es ebenfalls mehrfach zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, wobei mehrere zufällig vorübergehende Personen verwundet wurden. Der Straßenbahnverkehr ist unterbrochen. Der Zivilgouverneur von Barcelona, der die Verhängung des Belagerungszustandes nicht billigt, hat seine Entlassung genommen. Der Ministerrat beschloß, auch über Tarragona und Gerona den Belagerungszustand zu verhängen.

Massenabschiebungen.

Paris, 28. Juli. An der französisch-spanischen Grenze gehen spanische Soldaten und Militärfreiwillige in großer Zahl auf französischen Boden über, um sich der Einberufung für Marokko zu entziehen. Die Deserteure erklären, der Krieg gegen die Riffsländer werde einzigt im Interesse einiger Spekulanten geführt, für die sie ihre Haut nicht zu Markte tragen wollen.

Sächsische Angelegenheiten.

Eine Gemeindewahl mit Hindernissen

In dem Eisenhüttendorf Cainsdorf bei Zwickau, alwo die Machthaber der bekannten Königin-Marienhütte glauben, unumstrukturiert herrschen zu können, hatte sich vor einiger Zeit der Gemeinderat mit der Wahl eines neuen Gemeindewerstandes zu befassen. Eine heile Sache! Um so mehr, als unsere Partei allein sechs Vertreter in die Gemeindewerftretung entendet und die Amtshauptmannschaft Zwickau bekanntlich nicht leicht zu bestredigen ist. Ein Polizeisekretär aus Lichtenstein fand zuerst keine Gnade vor dem strengsten Vertreter einer hohen königlichen Regierung. Weil der Cainsdorfer Gemeinderat genügend Zeit hatte, wählte er später den Sparklassenklassierer Lang aus Niederhalslau, der von einem bürgerlichen Vertreter vorgeschlagen und mit den Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter auch gewählt wurde. Anlaß genug für die Zwickauer Amtshauptmannschaft, den Mann einsatz nicht zu bestätigen, „weil er als anfangs der

30er Jahre stehender junger Mann noch nicht die zu einem so wichtigen Amt erforderlichen Eigenschaften besitzt.“

Und dabei ist über seine Tätigkeit als Niederhalslauer Gemeindebeamter nur allseitige Anerkennung zu hören, der auch die Amtshauptmannschaft keinen Abbruch tun kann. Der Gemeinderat von Cainsdorf, der in seiner Majorität von der Qualifikation des Mannes überzeugt war, vermochte sich den Amtshauptmannschaftlichen Einwänden nicht anzuschließen, sondern wählte Lang zum zweiten Male.

Diese gemeinderätliche Halsstarrigkeit fand man im Regierungshause in Zwickau denn doch zu unerhört und es erfolgte die — Versagung der Genehmigung schon etwas kategorischer mit dem Hinweis auf den bekannten Paragraphen, der von der zwangswise behördlichen Einsetzung eines Gemeindehauptes redet.

Man war nämlich der fürchterlichen Tatsache auf die Spur gelommen, daß Lang möglicherweise gar mit den ^{fft} Sozis konspirierte könne, oder mindestens mit ihnen sympathisiere. Und das genügte, um den Mann als unmöglich zu erklären. „Wie kann sonst auch die Sozialdemokraten dazu, gerade für diesen zu stimmen,“ faßtulierte man in der Amtshauptmannschaft. Und da die sozialdemokratische Gemeinderatsmajorität nicht gute Miene zu dem amtshauptmannschaftlichen Votum mache, wurde in der Person des Sekretärs Träger von der Amtshauptmannschaft Zwickau ein behördlicher Vertreter eingesetzt. Das „pflichtgemäße Ermessen“, die „Latitudine“ der sächsischen Behörden hat einen weiten Spielraum, wie man sieht. Vergangenen Sonnabend stand nun zum vierten Male die Gemeindewahl statt und in Wahl auf der Tagesordnung der Cainsdorfer Gemeinderatsitzung. Wie man nun in der Zwischenzeit „gut gearbeitet“ hatte, um die nochmalige Wahl Langs illoszu machen, geht daraus hervor, daß dasselbe bürgerrliche Gemeinderatsmitglied, das seinerzeit Lang in Vorschlag gebracht hatte, erklärte, „es könne nicht mehr für Lang stimmen, weil er sonst als Sozialdemokrat verschrien und in seinem Erwerb geschädigt werde!“

Damit war das amtshauptmannschaftliche Rätsel gelöst und die Wahl ging zum vierten Mal vor sich mit dem Resultat, daß diesmal Lang wiederum, aber nur mit 7 gegen 8 Stimmen als Gemeindeoberhaupt gewählt wurde. Der Sekretär Träger als amtshauptmannschaftlicher Gemeindeworstands-Vorsteher stimmte, ausgerüstet mit den weitgehenden Vollmachten, selbstverständlich auch mit.

Vorsichtshalber beschloß der Gemeinderat, im Falle einer nochmaligen Nichtgenehmigung seitens der Zwickauer Amtshauptmannschaft, den Refusweg bei vorgesehenen behördlichen Instanzen einzuschlagen.

Was geht wohl der Herr Amtshauptmann Dr. Schnorr v. Carolsfeld in dieser kritischen Sache tun wird?

Aus der sächsischen Parteibewegung. In der Generalversammlung für den 18. Reichstagwahlkreis (Chemnitz) wurde konstatiert, daß die Mitgliederzahl im abgelaufenen Geschäftsjahr von 6564 auf 7465 gestiegen ist. Unter den 800 neuen Mitgliedern befinden sich 100 Frauen. Die Zahl der Abonnenten auf die Volksstimme hat um 500 zugenommen. In das Agitationskomitee wurden die Genossen Wehnert, Frimser und M. Müller gewählt.

Aus dem Bericht über die Generalversammlung des 17. Wahlkreises (Glauchau-Meerane) ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl um 150 gestiegen, also auf 2040 angewachsen ist. In 80 Gemeinden fanden 70 organisierte Genossen als Gemeindevertreter. Als Delegierte zur Landesversammlung wurden gewählt die Genossen Bonig, Wintler und Unterricht. Lebhaft protestierten mehrere Redner dagegen, daß die Landesversammlung noch einmal die Landtagskandidaten bestätigen wolle. Der Kreis sei souverän. Vorsitzender Fanghänel erwiderte, daß die Landesversammlung schon von jeder dieser Rechte habe. Es sei allerdings auch stets mehr als Formalsache aufgefaßt worden; die Souveränität der Kreise werde dadurch nicht berührt. Ein Antrag, für Sachsen Stoffbeiträge von 20 bis 40 Pfennigen, je nach dem Einkommen, vorzuschlagen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Delegierten des Kreises sollen der Landesversammlung darlegen, welche wirtschaftlichen Gründe den 17. Kreis gezwungen haben, den 10-Pfennig-Wochenbeitrag noch nicht einzuführen. Zum Parteitag in Leipzig beantragten die Genossen aus Hohenstein-Ernstthal, im Ausschließungsparagraphen (§ 28 Abs. 1 des Statutenentwurfs) die Worte „In bewohnter Weile“ zu streichen. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Krause-Gesam, zum Organisationsentwurf zu fordern, daß der Schluss des Geschäftsjahres schon am 31. März eintreten soll. Genosse Hoffmann in Meerane rügte, daß die Tradition nicht schärfer gegen den Schnapsbloc vorzugehen sei und forderte Aufrechterhaltung des Maistergabbeschlusses (Antrag 90 des Altenberger Parteitages), doch sandte seine Ausführungen, namentlich über den Steuerkampf, Widerspruch. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Raumann-Gesau gewählt.

In der Generalversammlung für den 21. Reichstagwahlkreis (Annaberg-Schwarzenberg) konnte berichtet werden, daß die Bewegung kräftig vorwärts schreite. Verlangt wurde, daß Geschäftsfahrt vom 1. April zum 31. März einzurichten. Als Delegierte für die Landesversammlung wählte man die Genossen Timmer und Jungnickel. Zum Parteitag delegierte man den Genossen Grenz-Lipzig. Dann bestätigte die Versammlung die für unser Kreis in Frage kommenden aufgestellten Landtagskandidaten. Es sind dies die Genossen Parteisekretär Jungnickel für den 19. städtischen Kreis, Redakteur Max Müller-Chemnitz für den 34. ländlichen Kreis und Baldwin Schreiber für den 35. ländlichen Kreis, Verbandsbeamter Hirthe. Sie für den 20. städtischen Kreis und Geschäftsführer Otto Simmer-Johanngeorgenstadt für den 42. ländlichen Kreis.

Nach dem Bericht über die Generalversammlung für den 22. Reichstagwahlkreis (Leichenbach) sind im Kreise 1748 organisierte Genossen, darunter 196 weibliche, vorhanden. Die männlichen Mitglieder haben im Berichtsjahr durchschnittlich 5 Mark Beiträge bezahlt. Zur Landesversammlung wurden die Genossen Bindewirth und Mazzucco delegiert, zum Parteitag die Genossen Lubwig, Bindewirth und Männer. Zum Parteitag wurden nach längerer Aussprache zwei Anträge angenommen. Im § 4 Absatz 1 des Entwurfs des neuen Organisationsstatuts: „Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diese eine Vertretung im Vorstand gewähren“ soll das Wort „müssen“ durch „sollen diesen möglichst“ ersetzt werden. — Im § 5 soll der Beitrag für männliche Mitglieder auf wöchentlich 10 Pf. festgesetzt werden. Eine rege Aussprache, jedoch ohne einen Beschluss zu fassen, sandt noch statt über den Altenberger Parteitagsbeschuß: „Ablösung des Tagesverdienstes berüchtigen Parteigenossen, welche am 1. Mai feiern, ihren Gehalt oder Lohn für diesen Tag jedoch bezahlt erhalten haben.“

m. Dresden. Ein Ungeheuer stand jetzt in der Person des Biagfeldwels Schwarze vom Infanterieregiment Nr. 177 in Freiberg vor dem Oberkriegsgericht in Dresden. Der Angeklagte hatte sich an zwei lieben und nunne Jahre alten Mädchen eines Arbeiters in schamloser Weise vergangen und das jüngste Mädchen sogar noch mit einer ekelhaften Krankheit angesteckt. Das Kriegsgericht erkannte als erste Justiz auf 3 Jahre 6 Monate Bußgeld. Dagegen hatte der Gerichtsherr Berufung eingereicht, weil ihm die Strafe zu gelinde war. Das Oberkriegsgericht hob nach erneuter geheimer Verhandlung das erstinstanzliche Urteil auf und erkannte auf 5 Jahre 2 Wochen Bußgeld aus. Degradation, Ausstossung aus dem Heere und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. Der Angeklagte steht im 11. Dienstjahr, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Dresden. Die Dresdner Brauereien haben in einer am Montag abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Preis für das Heftröster Bier um 2.80 M. vom 15. August ab zu erhöhen. Das Klingt zwar schon etwas anders als 5 M., wie es erst in Aussicht genommen war — es langt aber noch sehr reichlich zu!

Pirna. Die rote Fahne vor Gericht. Am 1. Mai d. J. wehte auf der Esse einer Biegel eines Dorfes bei Pirna eine rote Fahne. Zur Herabholung dieses gefährlichen Stoffes bedurfte es großer Anstrengungen. Die Bühne war nun eifrig bemüht, den oder die Täter zu ermitteln, und hatte auch Glück. Wegen gemeinschaftlichen Haussiedensbruchs, Sachbeschädigung und groben Unsitts waren die Fabrikarbeiter A. und H. und der Zimmermann P. angeklagt. Die Angeklagten geben zu ihrer Verstülpung an, sie wollten sich nur einen Spaß machen. Das Urteil lautet für P. und H. auf je 40 M. Geldstrafe wegen gemeinschaftlichen Haussiedensbruchs, Sachbeschädigung und groben Unsitts.

Freiberg. Die Verteilung der Landtagswähler auf die einzelnen Kläfen ergibt hier folgendes Bild: Freiberg hat bei rund 38 000 Einwohnern 5055 Wähler mit zusammen 12 304 Stimmen. Von diesen haben 2504 Wähler eine Stimme, 1570 Wähler zwei Stimmen, 534 Wähler drei Stimmen und 1257 Wähler vier Stimmen. Demnach bringen die 4104 Wähler mit ein und zwei Stimmen zusammen 5794 Stimmen auf; die 1700 Wähler der beiden anderen Klassen 6000 Stimmen. Ein neuer schlagender Beweis dafür, wie ungerecht das neue Wahlsystem ist.

Zittau. Die Zittauer Gastwirte haben in einer Versammlung beschlossen, ab 1. August die Bierpreise wie folgt festzulegen: Für Einfach Bier: 0.2 Liter 5 Pf., 0.4 Liter 10 Pf. Für Böhmisches: 0.2 Liter 10 Pf., 1/4 Liter 12 Pf., 0.4 Liter 18 Pf., 0.5 Liter 20 Pf. Für eicht Bayrisch (Münchner und Kulmbacher): 0.3 Liter 20 Pf., 0.4 Liter 25 Pf., 0.5 Liter 30 Pf. Für eicht Pilsner Bier: 0.3 Liter 20 Pf., 0.4 Liter 25 Pf., 0.5 Liter 30 Pf. — Die Preise sollen jedoch für die Mitglieder nicht direkt bindend sein. Es bleibt dem einzelnen Mitglied viele überlassen, sich nach den Verhältnissen seines Lokales zu richten.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Im Adamsklostum umhergetrieben hat sich dieser Tage im Othenhäuser Busche bei Obercunnersdorf ein jüngerer, Ende der zwanziger Jahre stehender Mann. Er belästigte Verunsicher, insbesondere ein 18-jähriges Mädchen und eine jüngere Frau, die sich schleunigst zurückzogen. — Bei einer Wandern einer Berliner Hochschule durch die Sächsische Schweiz stürzte im Uettewalder Grund der Schüler S. aus Berlin circa 40 Meter in die Tiefe, nachdem er, trotz mehrfachen Verbois von Seiten des Lehrers, den Felsen durch einen Spalt erklettert hatte. Er schlug mit dem Kopf so heftig an einen Baum an, daß er eine große, klaffende Wunde davontrug und blutüberströmt lag. — An der Esse der Teurlens- und Stallstraße in Dresden wurde ein 4jähriger Knabe von einem Kraftfahrzeuge überfahren und dabei so schwer verletzt, daß er sogleich in das Friedrichstädtische Krankenhaus überführt werden mußte. An dem Auftreffen des Kleinen wird geweckt. — In Meißen ist eine weibliche Leiche aus der Elbe gezogen worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es die 28-jährige Schlosserstochter Ella Esslinger, die wegen Nervenleidens am 12. Juli mit ihrem dreijährigen Kinde von der Dampfschiffabfahrt in Ködelschenbroda in die Elbe sprang. Das Kind wurde vor einigen Tagen bei Baden gelandet. — Auf freier Strecke der Eisenbahnlinie Chemnitz-Kriebel wurde von einem Glitter zwischen den Stationen Staudach und Schönhauen ein unbekannter junger Mann überfahren und getötet. Vermutlich liegt Selbstmord vor. — Zwei Radfahrer belästigten ein Liebespaar auf der Geyerschlaatter Landstraße. Es entstanden heftige Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der eine Radfahrer dem jungen Mann einen Stich versetzte. Bewußtlos mußte der Getroffene in ärztliche Behandlung gegeben werden. Die Radfahrer ergriffen die Flucht, wurden aber von andern Fahrrern eingeholt und der Polizei übergeben. — Am Montag machten junge Burschen aus Plauen einen Ausflug nach Großenhain, um Beeren zu suchen. Während sie bei der Arbeit waren, bemerkte der etwa 15jährige Buchbinder Meier eine Kreuzotter, glaubte aber eine Blindschleie vor sich zu haben. Den Irrtum erkannte er erst, als er gebissen worden war. Die linke Hand schwoll sofort an. Kameraden verbanden sie, so gut sie vermochten und fuhren mit dem nächsten Zug nach Plauen. Hier war der junge Mann von dem Biss schon ziemlich bewußtlos. — In Kriebel ist in der Wulde ein Vogelzüchter mit Namen Schneider beim Baden ertrunken. Der Vater Schneider ist noch nicht gefunden worden. — Der Achtzehnjährige Klinger in Schönhauen wurde beim Betreten einer Kirchhofsbude von dem Kirchenspielder Kümmel durch einen Schuh verletzt. Der Kirchenspielder, der annahm, die Waffe ginge nicht los, hielt sie ihm sparschärfen vor das Gesicht. — Am Montag ereigneten sich in Mohlsdorf mehrere Unglücksfälle. Ein Mäher Möhle aus Geithain, der hier beschäftigt war, stürzte von der Leiter, wobei er einen Schädelbruch brach. — Der zehnjährige Sohn des Genossen G. Müller wollte seiner Schwester den Schirm entgegenbringen und kam dabei jedenfalls Pferden zu nahe, wovon das eine ausschlug und dem Kinde die eine Hand zerschmetterte. — Der sechsjährige Sohn des Genossen Müller wurde vom Geschirr der Drogerie von Hugo überfahren. Obwohl das Kind auf der Stelle liegen blieb und dem Geschirrführer zugesehen wurde, fuhr er im schnellen Tempo weiter, ohne sich um das Kind zu kümmern.

Aus den Nachbargebieten.

Neue Vereinbarungen zwischen Tabakarbeitern und Fabrikanten.

— Nordhausen.

In Nr. 100 vom 15. Juli brachten wir die Mitteilung, daß die Anlinnen der hiesigen Tabakfabrikanten — die Arbeiter sollten bekanntlich bis zum 15. August mit verlängerter Arbeitszeit arbeiten — infolge des einmütigen Zusammenseins der Tabakarbeiter abgeschlagen wurde. Die Situation hat sich jetzt anders gestaltet.

Auf Grund der eingelaufenen und kaum zu bewältigenden Aufträge treten die Fabrikanten erneut mit der Forderung der Überarbeit an die Arbeiter heran. Letztere seien sich deshalb mit der örtlichen Verbandsleitung in Verbindung, die mit Genehmigung des Hauptvorstandes in die Überarbeit willigte unter der Voraussetzung, daß die Fabrikanten das entsprechende Versprechen abgeben, nach dem 15. August keinen Tabakarbeiter zu entlassen. Sollte nach diesem Tage eine Veränderung der Produktion eintreten, was aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein wird, dann soll die Arbeitszeit verkürzt, im schlimmsten Falle die

Gaben auf kurze Zeit geschlossen werden. — Dieser Beschluss steht tonform mit der von den Vorständen des Deutschen Tabakarbeiter- und Sortiererverbandes soeben veröffentlichten Kundgebung.

Als zur Stunde haben zwei bedeutende Firmen dem neuen Beschlusse Rechnung getragen und das gewünschte Versprechen den Arbeitern gegeben.

Halle a. S. In der leichtesten Weise sein Leben einlebt hat der Arbeiter Karl Vosse. Er ging am Montag abend in animierter Stimmung mit mehreren Arbeitskollegen über die Gengenbrücke, als hier einer seiner Begleiter zu ihm äußerte: „Karl, spring mal hinunter in die Saale.“ V. zog sofort den Stock aus, schwang sich auf das Geländer und stürzte sich in die Flut. Er schwamm eine Streckestromab, dann aber versagten ihm die Kräfte und er rief laut: „Ein Boot, ein Boot.“ Ein Schutzmann, der die Gefahr sah, legte eilends Helm und Stock und Seilengewehr ab und sprang ins Wasser, den Ertrinkenden zu retten. Aber die Fluten hatten ihn bereits hinabgezogen.

Greiz. Die hiesigen Brauereien haben folgende Erhöhung der Bierpreise vorgenommen: Für Einschläfer 2 Mk., Weißbier 3 Mk. und Lagerbier 4 Mk. vom 1. August ab. Der Wirtverein hat beschlossen, von gleicher Höhe für 1/2, Lagerbier mit 10 Pf. und 1/2 für 10 Pf. zum Auschank zu bringen.

Nossau a. E. Eine Bluttat beging am Sonntag abend gegen 12 Uhr der ledige Arbeiter Paul Berger von hier in der Nähe der Haltestelle der Straßenbahn. Gelegentlich eines geringfügigen Wortwechsels zog Berger sein Messer und stach blindlings auf die Umstehenden los. Hierbei durchschlitzte er den 19jährigen Sohn des Arbeiters Friedrich Mahler die Schlagader. Der junge Mahler gab infolge Verblutung sofort seinen Geist auf. Ferner erhielt der 10jährige Sohn des Schmieds Wilhelm Böttcher mehrere Messerstiche in den Unterleib, die ihn schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzten. Berger ist flüchtig. Der verletzte Witze, dem der Bauch vollständig aufgeschnitten ward, wurde am Montag morgen nach dem Kreiskrankenhaus in Herbst gebracht. Die Mutter des erststochenen Mahler ist schwer erkrankt, daß ihr Tod jeden Augenblick erwartet werden kann.

Nossau a. E. Der Mörder, der den Arbeiter Mahler erschlagen ist ein übelbeleumundeter Mensch, der sich beim Militär bereits schwere Gefängnisstrafen zugezogen hat. Er wurde am Montag abend verhaftet. Der im evangelischen Vereinshause in der Lindenstraße wohnhafte Milchhändler Jochen entdeckte am Nachmittag auf seinem Hauseboden den Verleger. Er benachrichtigte sofort die Polizei von seiner Wahrnehmung, doch war Verleger, als Polizeibeamte erschienen, von dem Grundstück verschwunden. Es wurde darauf eine Durchsuchung des daneben liegenden Gehefts der Mutter Verleger vorgenommen, wo er durch Polizeihunde in einem Kleiderschrank versteckt gefunden und festgenommen wurde. Eine riesige Menschenmenge folgte dem Verhafteten auf seinem Wege nach dem Gerichtsgefängnis.

Noburg. An Stelle des verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Quark hat die nationalliberale Partei im Wahlkreis Noburg den Sohn des Verstorbenen, den Regierungsrat Quark, als Kandidaten aufgestellt. Von unserer Seite kandidiert genauso Pietzsch-Charlottenburg. Auch die Freiheitlichen werden wieder einen Kandidaten aufstellen, so daß in diesem seit langen Jahren heftig umstrittenen Wahlkreis sich wieder drei Parteien gegenüberstehen, die so ziemlich alle drei über die gleiche Stimmengabe verfügen.

Magdeburg. Hier wurde der Magistratsbeamte und vereligierte Wiegert der Ratswage am städtischen Packhof, F. Schmidt, wegen sorgfältiger Betriebsfeinde verhaftet. Gleichzeitig mit ihm wurde der Stadtwärter und Vorwärter Müller von der bekannten Kohlensirme B. Engel in Haft genommen. Schon seit einer Reihe von Jahren waren das Aufstellen der Rechnungen für Kohlenlieferungen an die Stadt und die ewigen Nachbewilligungen für den gleichen Zweck Gegenstand von Auseinandersetzungen im Stadtschultheißen. Vergeblich versuchte man, eine rationellere Verwendung der Kohlen herbeizuführen; auch die vor einigen Jahren erfolgte Anstellung eines besonderen Holzungsbürgers nützte nichts. Ein Vorschlag von sozialdemokratischer Seite, die Kohlen der Stadt direkt von den Gruben zu beziehen, fand keine Gegenliebe, weil dadurch die Kohlen noch teurer zu stehen kommen würden. Endlich kam man dahinter, daß der vereidigte Wiegert der Stadt das Gewicht der angelieferten Kohlen immer zu hoch angegeben hat. Die Stadt mußte infolgedessen der Firma Engel mehr Kohlen bezahlen, als sie geliefert bekam. Der Inhaber der Firma hat bereits erklärt, daß der verhaftete Schmidt von ihm keine Zuwendungen als Entgelt für das betrügerische Wiegen erhalten habe. Danach muß man annehmen, daß Schmidt ledig-

sich mit Müller unter einer Decke gestellt und sich mit ihm den Rebabbau geteilt hat. Die von Schmidt geführten Böcher wurden beschlagnahmt, ebenso wie seine „Ersparnisse“, die sich auf 40 000 Mark beliefen sollen. Schmidt wollte sich in nächster Zeit pensionieren lassen. Die falschen Eintragungen, behauptet er, seien aus Neugier oder verzerrte Vorstellungen zurückzuführen. Gegenwärtig werden die während der sejigen Ferienzeit an die Schulen gelieferten Kohlen wie der aus den Kesseln hervorholten und nachgewogen.

St. Ansachsen-Welmar. Der Aufmarsch der Parteien an der in den Monaten stattfindenden Landtagswahl hat sich nun vollzogen. Den Anfang machte die sozialdemokratische Partei, die sofort nach Annahme des neuen Landtagswahlgesetzes den Beschluss faßte, in allen 23 Wahlkreisen Kandidaten anzustellen. Kurz darauf fassten auch die vereinten Liberalen einen gleichen Beschluss. Interessant dabei war, daß man sich innerhalb der liberalen Gruppen zu einem Mindestprogramm verständigte, für das gemeinsam eingetreten werden soll. Auch die rechtsextremen Parteien, das heißt jene Kreise, die jetzt im Reichstag den verächtigten Schnapsblock durch ihre Angehörigen gebüßt haben, sind zu dem gleichen Entschluß gekommen, in allen 23 Wahlkreisen eigene Kandidaten anzustellen. Krookolstränen hat man dabei auch schon vergessen, daß die Liberalen durch ihren Beschluss es dahin gebracht haben, daß der Sozialdemokratie nicht die gesamte bürgerliche Gesellschaft gegenübersteht.

Der Tanz kann nun also beginnen. Die Regierung hat dazu das Signal zu geben, indem sie den Wahltermin ausschreibt. Ein erfreuliches Schauspiel bieten die Schnapsblockträger damit, daß sie für ein paar Wahlkreise bereits das Feld verteidigen. Offenbar ist man in jenen Kreisen bestrebt, den Landtag insofern auf ein „höheres“ peifstiges Niveau zu bringen, indem man der Meinung zu sein scheint, daß Kammerherrn dazu die geeigneten Personen sein könnten. Man muß das weimarsche Volk wirklich sehr vorbereitet und dummi halten, wenn man glaubt, daß es, soweit die allgemeinen Wahlen in Betracht kommen, Kammerherren und Schnapsblockträger als geeignete „Volkswerttreter“ erwähnt. Diese Geschmackswirtrung mag bei den privilegierten Wahlen eine Rolle spielen, bei den allgemeinen Wahlen wird dies aber ausgeschlossen sein.

Gerichtsraum.

Landgericht.

Ungetreuer Geschäftsführer. Der in einem Automatenrestaurant angestellte Geschäftsführer Stub. Schoop hatte 3200 Mk. unterschlagen. Es wurde ihm nun eine Frist gestellt, bis zu der er Deckung beschaffen sollte. Diese Zeit benötigte der saubere Herr dazu, noch weitere 1800 Mk. zu veruntreuen, so daß er das Geschäft im ganzen um 4500 Mk. geschädigt hat. Er floh nach London und machte das Geld alle, dann kam er zurück und stellte sich dem Gericht, das ihn zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilte.

Schöffengericht.

Möhlung. Auf 57 Vorstrafen hat es der Bauarbeiter Friederich Max Steiger aus Döllitz bereits gebracht. Freilich sind es meist Lappallen, es sind aber auch Roheitdelikte darunter. Für seine Familie sorgt er nicht, weshalb er in der Arbeitsanstalt untergebracht ist. Am 18. Juni kam er betrunknen nach Hause, machte, wie gewöhnlich, mit seiner armen Frau, die übrigens die Scheidungsakte eingeleitet hat, Krach, so daß die Nachbarn sich ins Mittel legten und ihn um Ruhe erachten, zumal über ihm eine Frau im Wochenbett lag. Über St. vergriff sich täglich an den Leuten und drohte dem einen ihm den Hals auszureißen. Der vermöchte sich seiner nicht zu erwehren und ließ ihn in die Hand. St. ließ nun von ihm ab und holte sich ein Stuhlbügel, um von neuem gegen die Leute vorzugehen. Für seine Roheit empfing der Mensch drei Monate Gefängnis.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Verhalten der Fabrikgesangvereine ist schon mehrmals gekennzeichnet worden. Was da gesagt wurde, gilt auch für den Meier- und Weichelschen Gesangverein in Leipzig-Vindau. Alle Jahre arrangieren die Leutchen ein Fest, das gerade auf den Tag des Gewerkschaftsfestes fällt. Dieses Jahr war es ein Ausflug. Ihnen ist es weniger um das Fest oder den Ausflug zu tun, sondern nur darum, ihren Vorgesetzten zu beweisen, daß sie von der organisierten Arbeiterschaft nichts wissen wollen. Wie überall, ist der Name Gesangverein nur der Deckmantel, in Wirklichkeit handelt sich um Gelbe.

Mehrere Formen der Firma Meier & Weichelt.

Neugebauer

ab. ges. (nicht approb.) Praktikant (fr. an Dr. W. Schwabes Pol. Bf. b. b. homöopath. u. Lichtb. Verf.). Geschlechts-, Haut-, Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsengeb., Influensa, Rheumat., Nekrose, Gicht, Wasserbrüche. — Neu! Speziell-Nichtbehändig. v. Frauenärzte, besond. Weißtug. Langjähr. Erfahrung, vor. Erfolge. Klostergasse 2/4, Fahrstuhl im Hause. Geschäftszeit 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1. Elektr. Lichtbäder, Sonnt. 9-1. Damen wochentags 10-12, 3-6.

Bürgerliches Gesetzbuch

nebst Einführungsgesetz mit Rechtsprechung des Reichsgerichts

vom Landgerichtsrat O. Riesebieter dauerhafter Einband, zirka 800 Seiten stark, mit Sachregister

wertvolles Nachschlagebuch statt. Mk. 7.— Mk. 1.90 jetzt nur

Volkbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Str. 19/21 und deren Filialgeschäften.

Da der Vorrat ein beschränkt ist, empfiehlt es sich, das Werk baldigst zu bestellen.

Möbel

kompl. Wohnung-Einricht.

mh. lackiert u. furniert.

1 Schrank	30.— 50.—
1 Vortiko	36.— 50.—
1 Sofa	40.— 60.—
1 Sofatisch	12.— 20.—
4 Stühle	14.— 24.—
1 Trum.-Spiegel	30.— 40.—
2 Bettstellen	24.— 44.—
2 Matratzen	36.— 36.—
1 Waschtisch	12.— 22.—
1 Wascht.-Spiegel	4.— 8.—
1 kompl. Küche	42.— 65.—
	Mk. 280.— 420.—

Zmaj. Gar., Transp. fr. Wöhrl. Rep. Gehr. v. 200—5000. K. f. Preis am Lager. Kataloge gratis.

Leipziger Möbelhallen

Carl Max Raschig

Tauchaer Str. 32 (Battenberg) part., I., II. u. III. Etage.

Aner. billigte Bezugssquelle für solide Möbel.

Eig. Tischler u. Polst.-Werft.

Pl., Karl-Heine-Str. 61.

wertvolles Nachschlagebuch statt. Mk. 7.— Mk. 1.90 jetzt nur

Volkbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Strasse 19/21 und deren Filialen.

Die Grundbegriffe

der Wirtschaftslehre

von Julian Borchardt.

Preis 40 Pf.

Volkbuchhandlung

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Gelegenheitsposten

Linoleum-Teppiche

m. Met. Fabrikationsfehlern

Unzählig, durchgehend

hochlegante Muster

200×150 Mk. 7.50

250×200 " 11.00

300×200 " 12.50

Linoleum-Läufer

Reste spottbillig

so lange der Vorrat reicht

Tapetenreste weit unter Preis

19 Windmühlenstr. 19

Tapeten-Kaufhausgesellschaft m. b. H.

Goethe, Faust I. und II. Teil, in.

Liebhaber-Bibl. 1 Mk.

Volkbuchh. Leipzig und Filialen

Die Grundbegriffe

der Wirtschaftslehre

von Julian Borchardt.

Preis 40 Pf.

Volkbuchhandlung

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

und deren Filialen.

Die Grundbegriffe

der Wirtschaftslehre

von Julian Borchardt.

Preis 40 Pf.

Volkbuchhandlung

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

und deren Filialen.

Die Grundbegriffe

der Wirtschaftslehre

von Julian Borchardt.

Preis 40 Pf.

Volkbuchhandlung

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

und deren Filialen.

Die Grundbegriffe

der Wirtschaftslehre

von Julian Borchardt.

Preis 40 Pf.

Volkbuchhandlung

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

und deren Filialen.

Die Grundbegriffe

der Wirtschaftslehre

von Julian Borchardt.

Preis 40 Pf.

Volkbuchhandlung

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

und deren Filialen.

Die Grundbegriffe

der Wirtschaftslehre

von Julian Borchardt.

Preis 40 Pf.

2. Beilage zu Nr. 171 der Leipziger Volkszeitung, Mittwoch, 28. Juli 1909.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. Juli.

Geschichtskalender. 28. Juli 1894: J. N. v. Schweizer gestorben. 1794: Nobelpierre, St. Just und 21 "Terroristen" geköpft. 1742: Der Friede zu Berlin beendet den ersten Schlesischen Krieg. 1750: Johann Sebastian Bach in Leipzig gestorben. 1804: Der Philosoph Ludwig Andreas Feuerbach in Landshut geboren. 1824: Der französische Schriftsteller Alexandre Dumas der Jüngere in Paris geboren. 1842: Der Dichter Clemens Brentano in Aschaffenburg gestorben.

Sonnenaufgang: 4,14, Sonnenuntergang: 7,57.
Mondaufgang: 4,23 nachm., Monduntergang: —.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. Juli:
Lebhafte südwestliche bis südöstliche Winde, veränderliche Bewölkung, Temperatur wenig geändert, Gewitterregen.

Zum Universitätsjubiläum.

Die Festtage haben heute begonnen. Die geladenen Ehrengäste werden heute abend zwischen 8 und 9 Uhr in der Universität empfangen und fahren alsdann nach dem Palmengarten, wo sie mit den übrigen Teilnehmern zusammenentreffen.

In der inneren Stadt herrschte bereits seit einigen Tagen ein geschäftiges Hin und Her. Die Zimmerleute reichten Ballen an Ballen zu den Tribünenbauten, Dekorateure, Maler, Gärtnere, alles in eifrigster Tätigkeit. Die Stadt hat ein buntes Festgewand angelegt. Tannenduft durchzieht die Straßen, Scharen von Fremden nehmen die Sehenswürdigkeiten in Augenschein.

In monarchischen Staaten ist es Usus, daß bei allen großen Festlichkeiten die Person des Monarchen im Vordergrunde steht. Der Monarch ist der rector magnificissimus, der Ehrentutor unserer Universität; ihm wird an allen Tagen und bei den einzelnen festlichen Gelegenheiten besonders gehuldigt. So wird Friedrich August am Donnerstag früh bereits auf dem Bahnhof bei seiner Ankunft feierlich eingeholt und durch berittene Chargierte ins Palais geleitet, während diejenigen und früheren Studenten Spalier bilden. Ohne höfischen Prunk kann man sich heutzutage ebenso wenig als ehemals eine bedeutsame Feier denken, die, wie die Universitätsjubiläfe, im Grunde mit dem Monarchismus gar nichts zu tun hat.

Lassen wir uns indes durch den äußerlichen höfischen Prunk nicht den Blick trüben für die innerliche Berechtigung der Jubelfeier. So gewiß das Studium an der Universität ein Privileg der bejähigten Klassen ist, so gewiß haben die Wissenschaften der Partei der Proletarier die Waffen für ihren Klassenkampf liefern müssen. Und darum dürfen an ihrem Teil und nach Maßgabe ihrer eigenen Interessen auch die Proletarier an der Feier teilnehmen. Sie werden dem höflichen Zeremoniell gegenüber sich äußerst zugänglich verhalten und werden sich dennoch freuen, daß vor fünfhundert Jahren bereits ein Fürst verurteilt war, eine Anstalt aus der Taufe zu heben, die durch ihr Wesen und Wirken die despottische Macht der Fürsten brechen mußte und die, ob mit oder ohne ihren Willen, dazu beitrug, die Erkenntnis zu befestigen, daß der Monarchismus nicht die legitime Staatsform ist.

So möge denn der Leser sich die weitere Entwicklung des Programms gefallen lassen: Donnerstag früh 9 Uhr: Festgottesdienst in der Paulinerkirche; 10 Uhr 30 Minuten: Festakt im Neuen Theater. Der Rektor wird die Versammlung begrüßen, der rector magnificissimus die Universität begrüßwünschen. Dann werden noch eine Mands Ansprüche gehalten werden, vor allem von den Vertretern der auswärtigen Universitäten. Abends 6 Uhr wird im Palmengarten die Staatsregierung ein Festmahl geben, woran sich ein Gartenfest schließt. Am Freitag früh 9 Uhr ist der intime Festakt in der Wandelhalle der Universität, bei dem Friedrich August der Universität sein Standbild überträgt; hierauf erfolgen die Immatrikulationen zweier Prinzen, eine Festrede und die Verkündigung der Ehrenpromotionen. Von 12 bis 2 Uhr werden die Feierlichkeiten ihren höchsten Glanzpunkt durch den Zug erreichet, der folgenden Weg nehmen wird: Die Zugteilnehmer stellen sich in der Linns-, Liebig- und Stephanstraße auf. Der Zug geht durch die Königstraße nach dem Augustusplatz, am Museum und Augusteum vorüber, durch die Grimmaische Straße, um den Markt herum, durch die Petersstraße, am Neuen Rathaus vorbei, in die Karl-Tauchnitz-Straße bis zum Bismarckdenkmal und zurück auf der Promenade längs des Thomastinges, Fleischersplatzes, Schulplatzes, Blücherplatzes, Georgiring durch den Grimmaischen Steinweg nach der Stephanstraße. Abends 7 Uhr findet im Neuen Theater die Festvorstellung statt, die die Stadt ihren Gästen gibt. Zur gleichen Stunde gibt die Direktion des Gewandhauses den Gästen der Universität ein Konzert. Abends 9½ Uhr steigt in der Festhalle auf dem Mehlsatz der große Festommers.

Damit ist für Leipzig der offizielle Teil des Festes beendet. Um Sonnabend findet noch auf der Albrechtsburg in Meilen königliche Tafel statt, an der nur die Ehrengäste und Mitglieder der Universität teilnehmen.

Die Festhalle auf dem Mehlsatz wird noch einige Tage für das große Publikum zugänglich gemacht. So wird am Sonntag, 8. August, der Arbeiter-Sänger-Bund laufende herbeiladen, um ihnen zu demonstrieren, welche Fortschritte die proletarische Kunst gemacht und anzudeuten, welche Perspektiven sich ihr eröffnen werden.

Bekämpfung der Tuberkulose.

Von den verschlebnerartigen Formen, in denen die Tuberkulose auftritt, ist der Lupus oder die "fressende Flechte" weitauß die entgleisteste. Gewöhnlich in freller Jugend, meist an der Nase beginnend, zieht er allmählich auf das Gesicht, die Lippen, Wangen, Augenlider und Ohren fort; in vielen Fällen nimmt er an einer anderen Körperstelle, besonders an den Händen, seinen Anfang. Nieberall erzeugt er Geschwüre, die sich mit Krusten bedecken und zur allgemeinen Verstürrung der ergrienen Teile führen. So geht oft die ganze Nase verloren. Augen und

Augenlider werden von Narben durchsetzt und können nicht mehr gehörig geöffnet und geschlossen werden; auch die Augen können ergriffen und zerstört werden, Fingerglieder verloren gehen, oder die Gelenke durch Vernarbung unbeweglich und die Hände gebrauchsunfähig werden, kurz, es kommt zu den schrecklichsten Verstümmelungen.

Vielleicht schwerer als die körperlichen sind die seelischen Leiden der Lupuskranken. Sie können ihr Gesicht nicht vergessen, sondern müssen ihre Geschwüre und Verstümmelungen offen zur Schau tragen und werden daher gemieden, wie die Ausläger. Ihre Versuche, Arbeit zu erhalten, scheitern. Sie ziehen sich daher schon von der Welt zurück und geraten so in bitterste Not. Dies, sowie die Tatsache, daß die Krankheit im Anfang nicht erkannt und beachtet wird, ist der Grund, weshalb zahlreiche Krankheitsfälle verborgen bleiben.

Der Lupus ist viel verbreiter, als man ahnt, und seine Bekämpfung dringend geboten; denn die Lupuskranken sind als Ansteckungsquelle nicht ohne Gefahr für ihre Umgebung. Eine Umfrage in Deutschland hat ergeben, daß die Zahl der in Behandlung befindlichen Lupuskranken über 11 000 beträgt; man darf annehmen, daß wohl die doppelte Zahl nicht in Behandlung steht; daß es also bei uns mehr als 20 000 Lupuskranken gibt.

Die früher üblichen Behandlungsmethoden zeitigten nur geringe Erfolge. Erst Niels N. Finsen hat in Dänemark 1893 die systematische Bekämpfung des Lupus mit der von ihm erfundenen Lichtbehandlungsmethode erfolgreich durchgeführt.

Durch die weitere Mobilisierung der Licht- und Strahlenbehandlung ist der Lupus in die Reihe der hellbaren Krankheiten getreten. Wie bei der Tuberkulose überhaupt, so kommt auch beim Lupus alles darauf an, sozeitig wie möglich die Behandlung einzuleiten, bevor die Krankheit zu großer Ausdehnung angenommen hat und zu tief in das Gewebe vorgedrungen ist. Die Behandlung ist schwierig und erfordert langjährige Erfahrung mit allen in Frage kommenden Mitteln. Sie wird daher am besten in besonders eingerichteten und mit geschultem Personal versehenen Heilstätten durchgeführt.

Hierfür sind erhebliche Mittel erforderlich. Allerdings ist die Aufnahme der Kranken in ein Krankenhaus nicht immer notwendig, weil die Mehrzahl von ihnen nicht bettlägerig ist. Ihre Unterbringung in Kleinstwohnungen stöhnt aber erfahrungsgemäß auf Schwierigkeiten, weil die Hauswirte sich vielfach weigern, so entstellt Kranken aufzunehmen. Daher müssen, zumal da die Kranken meist der ärmeren Bevölkerung angehören, die nicht selbst für Obdach und Versorgung sorgen kann, in der Nähe der Heilstätten Unterkunftsräume bereitgestellt werden, in denen sie während der langen Behandlungsdauer billig und liebevoll versorgt werden.

Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hat die wichtige und schwierige Aufgabe, den Lupuskranken Gelegenheit zur Heilung und Unterkunft zu schaffen, in die Hand genommen.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist beabsichtigt:

1. die Errichtung von Lupuskolonialstätten zu fördern;
2. die Anschaffung von Lichthilfsapparaten durch Gewährung von Beihilfen zu erleichtern;
3. die Bereitstellung von Unterkunftsräumen für Lupuskranken in der Nähe der Heilstätten zu fördern;
4. die unentgeltliche Behandlung und sonstige Unterstützung bedürftiger Lupuskranker zu übernehmen, soweit nicht Dritte zu Beiträgen hierfür verpflichtet oder bereit sind;
5. die Methoden der Behandlung und Pflege von Lupuskranken möglichst auszubauen.

Im Kampfe gegen diese entsetzliche Krankheit sollten vor allem die Gemeinden und weiteren Kommunalverbände sich in ihrem eigenen Interesse unseres Bestrebungen zur Fürsorge für die Lupuskranken anzuschließen. Darüber hinaus sollte aber bei der Schwere der Aufgabe dieser Kampf bei der gesamten Bevölkerung des Deutschen Reiches eine lebhafte Teilnahme und tatkräftige Unterstützung finden.

"Rückgang der Leipziger Sozialdemokratie" wird gegenwärtig in einem großen Teil der bürgerlichen Presse verklärt. Weil die Zahl der männlichen Mitglieder im 18. Wahlkreis von 20562 auf 20283 zurückgegangen ist, flunkert die bürgerliche Presse ihren Lesern einen Rückgang der Leipziger Sozialdemokratie vor. Daß die Zahl der weiblichen Mitglieder von 2040 auf 2495 gestiegen, die gesamte Mitgliederzahl also gewachsen ist, betonen natürlich die Herrschäften nicht. Die Freude über den "Rückgang der Leipziger Sozialdemokratie" ist umsonst.

Das Urteil im Ganter-Prozeß. Das große Sensationsstüchlein, mit dem der Schriftsteller Peter Ganter seinerzeit die deutschen Spieler erschreckte, hat seine Sügne gefunden. Das Mainzer Landgericht hat ihn wegen eines Verbrechens der Privatirkundensülfung in rechtlichem Zusammenhang mit Bezug zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von sieben Monaten auf die verbüßte Untersuchungshaft verurteilt. Wegen Vergleichs gegen das Postgesetz wurde Ganter zu einer Geldstrafe von 8144,80 M., im Nichtentreibungsfall zu 6 Wochen Haft verurteilt. — Der Angeklagte Kurt Hamburg wurde wegen Beihilfe zu einem Verbrechen der Privatirkundensülfung mit vierzehn Tagen Gefängnis bestraft. Der gegen Peter Ganter erlassene Haftbefehl wurde aufgehoben und die im Gewahrsam des Gerichts befindlichen Exemplare des Buches "Doppelte Moral" dem Angeklagten Ganter ausgehändigten. Die beschlagnahmten Briefmarken werden der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfügung überlassen.

Eine Festgabe. Der Rat der Stadt wird den Ehrengästen beim Universitätsjubiläum die Festnummern der Leipziger Illustrierten Zeitung als Festgabe überreichen. Die Titelseite des Festes wird das Stadttypen und die Aufschrift: Leipzig im Zeichen des 500jährigen Jubiläums der Universität und die Widmung: Überreicht vom Rote der Stadt Leipzig tragen.

Droschen am Festzug. Während des Festzuges dürfen sich Droschen mit Fahrgästen in den Nebenstraßen an den Fußsteinen anstellen, wenn nicht ihre Entfernung aus verkehrspolizeilichen Gründen notwendig werden sollte. Die Mitte der Straßen muß dabei freibleiben, auch dürfen die Zuschauer durch das Auftreten der Droschen nicht belästigt werden.

Ein Verein für Luftschiffbau ist gestern in Leipzig gegründet worden. Er bezweckt die Ausbildung von Ballonfahrern, meteorologische Beobachtungen und die Förderung des Interesses an lufttechnischen Fragen. Es wurde zugleich beschlossen, einen Ballon aus Gummißloss und eine Ballonhülle sofort zu bestellen. An dem Verein sind besonders militärische Kreise beteiligt.

Teure Zigarren. Die Berliner Zigarrenhändler haben beschlossen, am 16. August eine Erhöhung der Preise für Zigarren, Rauch-, Kau- und Schnupftabake einzutreten zu lassen. Die Preisdürsten sich in Zukunft wie folgt stellen: Die bisherige 5-Pfg.-Zigarre wird 8 Pfg. kosten, die 6-Pfg.-Zigarre 7 bis 8 Pfg., die 7-Pfg.-Zigarre 8 bis 9 Pfg., die 8-Pfg.-Zigarre 10 Pfg., die 10-Pfg.-Zigarre 12 Pfg., die 12-Pfg.-Zigarre 15 Pfg. usw.

Beerenobstausstellung. Der Schreiberverein Fortschritt Leipzig-Lindenau veranstaltet zum Besuch der Herren- und Milchkolonie am Sonntag, den 1. August, im Vereinshause eine Beerenobstausstellung. Der Eintritt ist frei.

Selbstmord. Mit Emanali vergiftete sich gestern in der Kolonnadenstraße vermutlich wegen Stellunglosigkeit ein 25 Jahre alter Detonateur aus Lindenau.

Überfahren. Vor dem Ausgang der Petersstraße wurde gestern ein 74 Jahre alter Privatmann aus der Herbergsstraße von einem einspännigen Kutschenschirr überfahren. Der Greis wurde nur leicht verletzt. Mittels Rettungswagen wurde er in seine Wohnung gefahren.

In der Nöhlgartenstraße wurde gestern abend ein Bankbeamter von einem Geschirr umgerissen und leicht am Hinterkopf verletzt. Der Geschirrführer ist, da er zu schnell um eine Straßenecke gefahren sein soll, zur Verantwortung gezogen worden.

Gestern nachmittag fiel im Bereich des Kohlenbahnhofs ein 29 Jahre alter Geschirrführer von seinem leeren zweispännigen Kutschenschirr, so daß dem Mann ein Hobel über die Brust ging. Der Verunglückte hat schwere innere Verlebungen davongetragen. Er wurde sofort in das Krankenhaus gebracht.

In der Mitterstraße lief gestern abend ein 8jähriger Knabe in ein Lastgeschirr. Ein Hobel des Wagens ging dem Knaben über den rechten Fuß. Dies hatte eine erhebliche Schenkelquetschung zur Folge.

Unfall auf der Straße. Auf der Dieskaustraße trat gestern nachmittag eine Frau auf eine Bananenschale. Sie glitt aus und brach den linken Unterarm.

Ein Zusammenstoß erfolgte gestern abend auf der Kreuzung Grenzstraße-Gerichtsweg zwischen einem Radfahrer und einem Kraftfahrzeug. Der Führer des Automobils wurde aus dem Wagen geschleudert, auch der Radfahrer, ein Handlungsschüler, kam zu Tode. Beide trugen Verlebungen davon.

Diebstähle. Mit Hilfe von Nachschlüsseln haben Diebe aus einer Wohnung in der Löderstraße zwei goldene Damensonnenuhren, eine lange und eine kurze Damenuhrkette und eine silberne Brosche in Pfeifenform gestohlen.

In der Nacht wurden aus einer Parterrewohnung in der Leydenstraße zwei Paar Schuhe und noch andre Sachen gestohlen. Der Dieb war durch das Fenster in die Wohnung eingestiegen.

Zahlreiche Taschendiebstähle sind in den belebten Straßen der Stadt und in einem Auktionslokal des Nordviertels verübt worden. Den Dieben fiel außer Portemonnaies mit Geld auch eine goldene Herren-Savonett-Memothalruhr mit goldner Panzerkette im Gesamtwerte von 400 Mark in die Hände. Die Uhr trägt das Monogramm E K und eine Widmung.

Fahrräder der Marken Solidaria, Schladitz, Presto und Distanzrad sind am Peterssteinweg, am Ranstädt Steinweg, in der Brüderstraße und in der Elbvorstadt gestohlen worden.

In einem Weinlokal der inneren Stadt wurde ein Portemonnaie mit 110 Mark gestohlen. Die Diebin war eine etwa 27 Jahre alte unbekannte Frau.

Von sogen. Leichenleidern wurde einem nachts auf einer Promenadebank in der Nähe des Rossmarktes eingeschlafenen jungen Manne das Portemonnaie mit einem größeren Geldbetrag und die Uhr gestohlen.

Hus der Umgebung.

Taucha. Landtagswahl. Wahlberechtigt ist nach § 9 des sächsischen Wahlgesetzes jeder Sächse männlichen Geschlechts, der eine direkte Staatssteuer im Königreich Sachsen entrichtet, bei Abschluß der Wählerliste, das ist am 12. Oktober dieses Jahres, das 25. Lebensjahr vollendet hat, seit mindestens zwei Jahren die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt und seit mindestens sechs Monaten seinen Wohnsitz in Taucha hat. Die Wahlberechtigten, die im Besitz des Bequusses für den einsjährig freiwilligen Dienst sind und ein Einkommen von 1000 M. oder weniger im Jahre 1908 versteuert haben, werden aufgefordert, dieses Bequus bis zum 8. August im Rathaus vorzulegen.

Markranstädt. Sonderzug. Bis den am Freitag, den 20. Juli wegen des Universitätsjubiläums zu erwartenden Verkehr werden folgende Züge eingehoben: Sonder-Zug 99 Markranstädt an 8,41 vorm., ab 8,42; Sonder-Personenzug 257 Markranstädt an 10,49, ab 10,51 vorm.; Sonder-Personenzug 278 Markranstädt an 7,58, ab 7,59 nachm.

Hohenleina. Hier wurde der Gutsbesitzer Friedrich Gerlach von dem Geschirr, das er lenkte, überfahren und so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat.

Eilenburg. Betriebsunfall. In der Montischen Fabrik platzte ein Schleissstein. Den 18-jährigen Gusshütter Wuschwitz traf ein Stück des Steines so schwer, daß Wuschwitz nach dem Krankenhaus überföhrt werden mußte.

Leutzsch. Geschlossen. Wegen des Leipziger Universitätsjubiläums bleibt die Expeditionsräume des Rathauses am 30. Juli von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags geschlossen.

Durch flüssiges Eisen verbrant. In einer Eisengießerei verbrannte sich ein 20 Jahre alter Arbeiter beim Herausheben einer Pfanne den linken Fuß mit flüssigem Eisen derart schwer, daß er sofort nach dem Leipziger Stadtkrankenhaus übergeführt werden mußte.

Prößl. Überfahren. Hier glitt ein 51 Jahre alter Geschirrführer aus Leipzig beim Aufsteigen auf seinen im Gang befindlichen Steinwagen ab und geriet unter die Räder des schweren Fuhrwerks. Der Mann, der einen schweren Steinbruch erlitt, mußte mittels Krankenwagen in das Leipziger Stadtkrankenhaus übergelebt werden.

VERSAMMLUNGEN im 13. REICHSTAGSWAHLKREIS.

Ortsverein Modau.

In der im Lindenau abgehaltenen Generalversammlung berichteten der Vorsitzende und die Kommissionen über die Vereinstätigkeit. Der Verein zählt 813 männliche und 16 weibliche Mitglieder. Es wurden eine öffentliche Versammlung und 12 Mitgliederversammlungen abgehalten. Der Verein hatte 1901 M. 86 Pfg. Einnahme und 1267 M. 35 Pfg. Ausgabe zu verzeichnen. An der Hauptstube wurden 704 M. 20 Pfg. = 55 Prozent der Einnahme abgeliefert. Der Bibliothekar berichtete, daß 300 Bücher ausgeliehen wurden. Die Sängervereinigung zählt 44 Mitglieder. Sie läßt in 40 Singestunden mit durchschnittlich 25 Sängern. Der Obmann der Agitationskommission berichtete, daß 21 männliche und 2 weibliche Mitglieder gewonnen worden sind. In den Vorstand wurden Moritz Söhre (Vorsitzender), Jurke (Stellvertreter), Paul Oertel (Stellvertreter), Siegel (Stellvertreter), Hermann Stolberg jun. (Schriftführer), Herbert (Stellvertreter), Max Meier (Bibliothekar) und Kuhls (Stellvertreter) und als Revisoren Kallweit, Henze und Hartung gewählt. Genosse Herbert wurde in das Landtagswahlkomitee delegiert. Unter Vereinsangelegenheiten entspann sich eine Debatte wegen einiger Unregelmäßigkeiten beim Kinderfest. Die Versammlung war von 70 Mitgliedern besucht.

Ortsverein Gohlis.

In einer am Freitag abend im Lindenau abgehaltenen Versammlung sprach Genosse Müller über die Verteilung der neuen Stimmen. Der Redner zeigte, daß die sogenannte Stimme

Reform nur ein neuer unerhörter Raubzug auf die Taschen der Minderbemittelten ist, während es die Besitzenden wieder verstanden haben, jede fühlbare Belastung von sich abzuwälzen. In der Hand statistischen Materials wies er im einzelnen nach, wie die Arbeitersfamilien durch die neuen Steuern belastet werden. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte der Redner auf, dem Treiben der Nationalliberalen und Freisinnigen, die jetzt verüben, die Schuld für die neue Belastung von sich abzuwälzen. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß gerade die sogenannten liberalen Parteien nichts dagegen einzubringen haben, daß der breiten Masse der Bevölkerung 400 Millionen Mark neuer indirekter Steuern auferlegt werden, daß sie die jetzigen Zustände durch ihre schwärmige Politik mitverschuldet haben, daß sie stets bereit waren, auf der einen Seite dem Volke neue Kosten aufzulegen und auf der anderen Seite wichtige Volksrechte zu verhümmern, und daß ihre jetzige Schöppenposition nichts ist als elende Deuschelci, darauf berechnet, den betrogenen Wählern Sand in die Augen zu streuen. Bei den nächsten Wahlen müsse ihnen für ihr volksabläßendes Treiben die Quittung ausgestellt werden. — An dem Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion.

Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende die Zusammenfassung des Vorstandes bekannt. Dazu berichtete er kurz über die Beschlüsse der Kreisgeneralsversammlung. Mit einem Hinweis auf das am 1. August stattfindende Sommer- und Kinderfest wurde die Versammlung geschlossen.

Der Kreisverein Hänichen-Lützhena

hielt am 17. Juli seine Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist von 74 auf 96 gestiegen, darunter sind 16 weibliche Mitglieder. Von den 80 männlichen Mitgliedern sind 68 gewerkschaftlich organisiert, 8 selbständige, 6 unorganisiert. Die sächsische Staatsangehörigkeit besteht aus 46 Mitgliedern, 59 sind Abponenten der Volkszeitung. Die Mitglieder verteilen sich auf folgende Orte: Hänichen 52, Quaden 13, Lützhena 31. Im laufenden Jahre sind 2 öffentliche und 23 Mitgliederversammlungen abgehalten worden. Der durchschnittliche Besuch war in den Mitgliederversammlungen 28 pro Abend. Die Benutzung der Bibliothek läuft zu wünschen übrig. Im letzten Halbjahr wurden, abgesehen von der Jugendbibliothek, an 14 Tagen 43 Bücher ausgeliehen. Der Kassenbericht ergibt 345,57 Mark Einnahmen und 315,90 Mark Ausgaben. Der Kassenbestand beträgt 20,64 Mark. An die Hauptkasse sind im Berichtsjahr 150 Mark abgeliefert worden, gleich 44 Prozent der Markeneinnahme. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. In den Vorstand wurden gewählt: O. Nebrig (Vorsitzender), F. Nahe (Stellvertreter), G. Peter (Kassierer), R. Nebrig (Stellvertreter), O. Uetz (Schriftführer), W. Krause (Stellvertreter). Bibliothekar ist W. Baum. Revisoren sind die Genossen Bräutigam, Grunewald und Engelmann; als Bevollmächtiger fungiert F. Osterburg. In die Kommission zur Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit wurden O. Nebrig, Uetz und Ohmich gewählt. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Ortsverein Süttwitz

Am 24. Juli hielt der Verein seine Generalversammlung ab. Nach dem Vorstandsbereiche wurden 17 Vereinsversammlungen, 2 öffentliche und eine Frauenversammlung abgehalten. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 18 Sitzungen. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt 1048. Gestorben sind im vergangenen Jahre 12 männliche und 4 weibliche Mitglieder. Die Verstorbenen wurden in üblicher Weise geehrt. Die Gesamtteilnahme betrug 5024,00 Mark, die Ausgabe 4587,07 Mark, der Kassenbestand 440,80 Mark. Der Kassierer wurde entlastet. Der Männerchor hat 140 Mitglieder, der gemischte Chor 43 Mitglieder. Die Agitationsskommission und die Bürgerrechtskommission haben eine rege Tätigkeit entfaltet, doch ließ der Erfolg zu wünschen übrig. Die Bibliothek hat 700 Bände. In den Vorstand wurde gewählt: Bruno Hinselmann als Vorsitzender, Emil Richter als Kassierer und Gustav Dunkau als Schriftführer, Robert Voigt, Albert Wieweg, Richard Dittrich, Emil Scheit, Max Brauny, Richard Sondermann und Georg Kapellmann als Beisitzer und Robert Hunger, Fritz Drubig, Paul Künn und Hugo Langer als Ersatzmänner. In die Agitationsskommission wurden gewählt: Richard Dittrich, Ernst Gröde, Hermann Baum, Ernst Lindner, Felix Handschuh, Hugo Lange, Max Wieweg, Karl Goßmann, Fritz Drubig und Heinrich Apfel. Die Naturisationskommission setzt sich zusammen aus: Albert Wolf, August Donath, Max Pöhlitz, Emil Huth, Bernhard Hegewald und Fritz Vand. In die Frauenkommission wurden gewählt: die Frauen Schurz, Niedeberger, Pöhlitz, Glitz, Schnorr und Minckwitz. Als Revisoren sind Emil Arnold, August Schönenfeld und Hermann Vink gewählt. Die Genossen wurden aufgefordert, von den Parteidrägen reichlichen Gebrauch zu machen. Von einem Sommerfest wurde Abstand genommen, dafür soll ein Herrenausflug unternommen werden. Ein Antrag wurde gestellt, der Herrenkolonie 50 Mark zu überweisen. Da aber Parteidräger nur zu Partizipen verwendet werden dürfen, wurde die Autz mit Mehrheit abgelehnt. Die Herrenkolonie soll jedoch auf andere Weise unterstützt werden. Zum Schluss wurde aufgefordert, sich an der Niedeübungsabteilung zahlreich zu beteiligen.

Vereine und Versammlungen.

Die Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeitersinnen hielten im Pantheon eine Versammlung ab. Kollege Schulze hat zunächst unter Mitteilungen über Verbandsangelegenheiten bekannt, daß sich der Hauptvorstand entschlossen habe, zu der Einführung einer Kartothek ½ der Kosten zu tragen. Die Kosten der Einführung sind auf 600 Mark veranschlagt. Da durch die Einführung der Kartothek einige Änderungen im Bureau getroffen werden müssen, werden der Verwaltung von der Versammlung für die Kosten der Kartothek und sonstigen damit verbundenen Ausgaben 300 Mark bewilligt. Zum Fall Philipp wurde berichtet, daß Philipp als ehemaliger Bevollmächtiger nicht in der Lage war, ordnungsgemäß abzurechnen, aber auch noch keine Erklärung abgegeben hat, trotz mehrmaliger Aufforderung. Es zu äußern, wie er seine Differenz zu begleichen gedenkt. Es wurde gegen 4 Stimmen beschlossen, den Fehlbetrag durch einen Rechtsanwalt einzuziehen und Philipp und dem Verbande auszuschließen. Ferner wurde der Hilfsarbeiter Schliemper bei Ernst Reits. Nachl. (Ang. Scherl) aufgeschlossen, da auch bei ihm Differenzen in Abrechnung vorlagen, die erst durch Eingreifen des Rechtsanwalts ihren Ausgleich fanden. Ferner glaubte sich Schliemper durch Verleugnen der Organisation bei der Geschäftsführung lieb Kind zu machen, was ihm auch gelungen ist. Wegen Resten wurde der Hilfsarbeiter Künne nach kurzer Diskussion nach § 5, Abs. c des Statuts ausgeschlossen. Die Kollegen Kunze und Heinicke, die in andern Berufen arbeiten, sollen von der Verwaltung an die Organisation ihres jeweiligen Berufs überwiesen werden. Der Abzieher Weinreich, der bis jetzt in der von den Chemigraphen gesperrten Firma von Mejo n. Springer mit Zustimmung der beiden Organisationen gearbeitet, hat in der ebensfalls gesperrten Firma Wittstock Arbeit genommen, trotzdem ihm von der Organisation Vorhaltungen gemacht worden sind und die Verhältnisse anders liegen als in der vorhergehenden Stelle. Weinreich wurde von der Versammlung ausgeschlossen. Es wurde hierauf in die Diskussion über den am 19. Juni vom Buchdrucker Bruchardt gehaltenen Vortrag über: Die Missbräuche mit der Tarifgemeinschaft eingetreten. Kollege Kirschmar gab in kurzen Zügen den Inhalt des Referats nochmals bekannt, worin zum Ausdruck kam, daß die weitere Entwicklung der Tarifgemeinschaft einer Krise bedürfe, da es nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegen kann, wenn die Gewerkschaften in der Tarifgemeinschaft das

Ziel erblieben, während der Tarif doch nur ein Mittel zum Zweck sein könne. Schon die Gebundenheit der Arbeiter durch den Tarif zwinge, den Tarif nur von dieser Seite anzusehen und überall für eine freie Entfaltung der freien Gewerkschaften einzutreten. Wenn eine Gewerkschaft dennoch an der Tarifgemeinschaft als höchstes Ziel festhält, so sei dies keine sozialistische oder neutrale, sondern müsse als rein konservative Gewerkschaft wirken. Kirschmar schließt sich den Ausführungen Bruchardts an. Der vom Gauvorstand der Buchdrucker beauftragte Kollege Hesselbarth vertritt die angeblich von Bruchardt gemachten Herausforderungen des Buchdruckerverbands aufzurütteln und behalte sich weiter mit der Person Bruchardts, ohne auf die Frage der Tarifgemeinschaft einzugehen. Hierauf versuchte Kollege Schulze die Missbräuche, die die Unternehmer mit unserer Tarifgemeinschaft treiben, der Bevölkerung vor Augen zu führen, um auf dieser Basis die Diskussion weiterzuführen. Doch durch die eingetretene Unruhe war es dem Redner unmöglich, seine Ausführungen zu Ende zu führen. Am Schlusse ging Bruchardt ausschließlich auf die Ausführungen des Kollegen Hesselbarth ein und wies die gegen ihn erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen zurück.

Die Maurer

hielten am 20. Juli im Sandouci eine Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer erstattete Bericht über die Kassenverhältnisse im 2. Quartal. Die Hauptkasse bilanzierte mit 40 000,80 Mark. Die Volkskasse hatte einschließlich des Kassenbestands vom 1. Quartal eine Einnahme von 98 120,96 Mark und eine Ausgabe von 8641,00 Mark, so daß ein Kassenbestand von 94 579,81 Mark bleibt. Die Abrechnung wurde richtig gesprochen. Unter Verbandsangelegenheiten erinnerte sich eine längere Debatte über die Auflösung eines Baukontrolleurs. Eine Resolution, die die Auflösung befürwortete, wurde abgelehnt. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde der Zweckvereinsvorstand beauftragt, bei einer eventuellen Arbeitsdanhäufung im Bureau eine Aushilfe anzustellen. Ferner wurde über die Überstundendarbeit bei den Baumeistern Max Müller und Steyer verhandelt. An dieser Sache war ein Schreiben vom Bauarbeiterverband eingegangen, worin um die Einberufung der Schlichtungskommission nachgesucht wird. Die Versammlung lehnte dieses Verlangen einstimmig ab, da sie der Meinung war, daß die Herren Unternehmer gar kein Recht haben, in unsre Organisationsverhältnisse hinzutreten. Wegen Leistung von Überstunden wurden die Kollegen Julius Kießling, Franz Schmidt, Angermann, Fedisch, Wald, Schönfeld, Augustin, Maunisch, Jemisch, Lübing, Leonhardt, Illigel, Taube, Weiß, Lukas, Ilenz aus Großth. Sähröder aus Belgern, Karl Stodmann, Franz Böhme und Löser mit dem doppelten Überstundendienst bestraft. Der Kollege Falke wurde mit 5 Mark bestraft. Weiter wurde beschlossen, daß sämtliche Arbeiten nach Feierabend als Überstunden zu betrachten sind, wenn die Arbeiten für dritte Personen, wie Hausbesitzer und Biegelschein, gegen Lohnabschöpfung ausgestrahlt werden. Die Kollegen Laatz und Lichtenstein sind fortgesetzt beschuldigt worden, im Alltag gearbeitet zu haben. Diese Sache wurde dem Vorstande zur nochmaligen Untersuchung überwiesen. Der Kollege Berthold protestierte unter Zustimmung der Versammlung gegen die von den Steinarbeitern in ihrer letzten Versammlung aufgestellte Behauptung, unter Kollegen hätten sich während des Steinarbeiterstreiks nicht solidarisch verhalten. Es wurde festgestellt, daß dem Vorstande nur eine Beschwerde zugegangen ist, daß aber nach der Untersuchung der Vertreter der Steinarbeiter erläutert muhte, daß keine Streitkraft vorliege. Da der Verwaltung kein Fall unsolidarischen Verhaltens bekannt ist, wurde der Vorwurf als unberechtigt zurückgewiesen. Wegen vorgörlicher Zeit wurde der Vortrag: Unternehmertum und Arbeitsvermittlung, zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Da in mehreren Städten schwere Kämpfe gegen die Einführung des Arbeitsnachweises entstanden sind, ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, in der nächsten Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Die Zigarettenarbeiter

hielten am 22. Juli im Volkshaus eine Versammlung ab. Kollege Panzner besprach die in letzter Zeit durchgesetzten Lohnbewegungen im Berufe. Besonders wurde hervorgehoben, daß die Schulung der Mitglieder zu wünschen übrig lasse. Die wirtschaftliche Krise hätten die Unternehmer vielfach benutzt, um Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis durchzuführen. Außerdem habe die wirtschaftliche Krise einen Mitgliedersturz gebracht. Eine längere Aussprache veranlaßte die Lohnbewegung der Spitäler in Plauen. Das Verhalten einiger Leipziger Kollegen hierzu war nicht ganz einwandfrei. In Zukunft müssen alle Kollegen beachten, daß Arbeitsangebote die durch Schiffreisefahrer von gegnerischen Zeitungen (Neueste Nachrichten) vermittelten werden, erst dann anzunehmen sind, wenn sich die Kollegen vorher bei der Ortsverwaltung erkundigt haben, ob gegen die Firma nichts vorliegt. Um die Interessen der Kollegen richtig zu wahren, sind alle Mitglieder auch verpflichtet, die im Verband geschaffenen Bestimmungen der Arbeitsnachweise strikt einzuhalten. Nur dann, wenn die Kollegen verstehen, in diesen Fragen mehr als bisher Solidarität und Disziplin zu üben, können die Interessen der Mitglieder gewahrt werden. Der Kassenbericht vom 2. Quartal verzeichnet eine Einnahme und Ausgabe von 15 124,04 Mark. Der Kassenbestand betrug am Quartalsende 8010,04 Mark. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Schließlich wurde die Nachwahl eines Revisors vorgenommen.

Stoffwaren.

In der Versammlung vom 22. Juli erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal. Da Bilder und Kasse in bester Ordnung waren, wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Bemängelt wurde, daß ausgedehnte Gelder teilweise sehr langsam eingehen. Die Erhebung eines Extrabeitrags wurde abgelehnt. Beim Gewerkschaftsschiff wurde die Klage eines jungen Kollegen gegen den Unternehmer Hermann Schöne gefreist. Dieser verwies den Unternehmer Hermann Schöne auf die Verhältnisse der Gewerkschaftsschiff. Der Vertrag ist nicht verbindlich, da gegen die Firma nichts vorliegt. Um die Interessen der Kollegen richtig zu wahren, sind alle Mitglieder auch verpflichtet, die im Verband geschaffenen Bestimmungen der Arbeitsnachweise strikt einzuhalten. Nur dann, wenn die Kollegen verstehen, in diesen Fragen mehr als bisher Solidarität und Disziplin zu üben, können die Interessen der Mitglieder gewahrt werden. Der Kassenbericht vom 2. Quartal verzeichnet eine Einnahme und Ausgabe von 15 124,04 Mark. Der Kassenbestand betrug am Quartalsende 8010,04 Mark. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Schließlich wurde die Nachwahl eines Revisors vorgenommen.

Hilfsarbeiter.

In einer zum 20. Juli von der Verwaltung des Holzarbeiterverbands einberufenen öffentlichen Hilfsarbeiterversammlung sprachen die Kollegen Bärner und Nuwert über den Wert der Organisation und die Lage der Hilfsarbeiter am Ende. In der Diskussion waren sich alle Redner darüber einig, daß die Lage der Hilfsarbeiter geradezu traurig ist. Die Hilfsarbeiter werden zum Saisonarbeiter herabgestuft. Aber die Entlohnung entspricht dem nicht, denn die Stundenlöhne schwanken zwischen 15 und 55 Pf. Die Arbeitszeit beträgt 9–13 Stunden. Die Montagesschulungen und Ausbildungsgelder sind ebenfalls viel zu gering. Velder und trog dieser erbärmlichen Zustände hat ein sehr großer Teil der Hilfsarbeiter den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation noch nicht gefunden. Um die Agitation und Organisationsarbeit intensiver zu gestalten, wurden Kollegen Müller zum Vertrauensmann

und Kollege Kirschmar zu seinem Stellvertreter gewählt. Schließlich wurden noch alle Halbstearbeiter aufgefordert, die Leipziger Volkszeitung, das einzige Blatt, das die Arbeiterinteressen vertreibt, zu abonnieren.

Gärtner.

Am 17. Juli tagte im Volkshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Der Stammanteil zum Volkshaus pro Mitglied ist um 1,50 Mark zu erhöhen. Es wurde beschlossen zwei Drittel dieses Betrages von den Mitgliedern durch Extramarke einzuziehen, ein Drittel soll aus der Volkskasse gezahlt werden. Die Extramarke werden auf vier Quartale verteilt. Der Kassenbericht vom zweiten Quartal weist eine Einnahme von 1773,04 Mark und eine Ausgabe von 952,88 Mark auf. Es bleibt ein Bestand von 820,21 Mark. Der Kassierer wurde entlastet. Für die außerordentliche Generalversammlung wurden vier Kandidaten bestellt. Die Wahl des Delegierten soll in einer allgemeinen Mitgliederversammlung vorgenommen werden. Darauf wurden die zur Generalversammlung gestellten Anträge eingehend diskutiert. Für die Regelung schwedender Streitigkeiten wurde ein Schiedsgericht gebildet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kiel, 28. Juli. Die Sozialdemokratie veranstaltete gestern abend eine gewaltige Protestversammlung gegen den Besuch des Zaren. 7000 Menschen waren anwesend, die unter freiem Himmel den Ausführungen des Genossen Liebknecht folgten. Liebknecht brandmarkte das Blitzen der russischen Reaktion und geheilte die deutsche Liebedienerei, die den russischen Spieß die ausgedehnteste Gastfreundschaft gewähre. Er schloß mit der Aufforderung zum unermüdlichen Kampfe gegen den preußischen Despotismus, der in der russischen Reaktion seine Spize findet. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die erklärt, daß der Besuch des Zaren von allen gesitteten Menschen abgelehnt werde. Zar Nikolaus ist der Vertreter eines Systems, das Hunderttausende von Menschen in die Gefängnis werfen ließ und Tausende dem Galgen überantwortete. Einem solchen geäußerten Empfen kann kein zivilisiertes Volk Gastfreundschaft gewähren. Die Kielser Bevölkerung, deren Nachbarschaft der gesunde Bluthund seit Dienstag morgen genießt, protestiert im Namen des deutschen Volkes gegen den Besuch und fordert die sofortige Entfernung dieses Untiers in Menschengestalt vom deutschen Boden.

Teheran, 27. Juli. Die Regierung geht gegen die Führer der Reaktion scharf vor. Soweit sie ihrer habhaft geworden ist, kommen sie vor das Kriegsgericht, sie sollen sämtlich erschossen werden. Zwischen der neuen Regierung und der Kosakenbrigade ist ein Konflikt ausgebrochen. Die russische Gefandtschaft soll das moderne Geschützmaterial der Brigade mit Beschlag belegt haben und verweigert seine Auslieferung an das persische Ministerium, da Russland die Zahlung für dieses Material garantiert hat. Man befürchtet neue Unruhen. Die Nationalisten sind der Ansicht, Russland werde einen Konflikt herbeiführen, um den Einmarsch russischer Truppen in Teheran zu ermöglichen. Um den Rückzug der russischen Truppen aus Persien zu verhindern, haben sich die Truppen des früheren Schahs außerhalb Teheran bei Sultanabad nicht ergeben, sie erwarten vielmehr einen Angriff, der aber nicht erfolgen kann, da die Nationalisten nicht stark genug sind. Im ganzen Lande scheint sich eine Gegenrevolution vorzubereiten. Aus Kasan wird gemeldet, daß 1200 russische Soldaten mit 6 Geschützen und vielem Gerät in der Richtung nach Teheran abmarschiert sind.

Karlsruhe, 28. Juli. Die badische Regierung hat die Nachtarbeit in Zigarettenfabriken verboten, soweit sie mit der Tabaksteuer zusammenhängt. Die badischen Fabrikanten ließen seit einiger Zeit Tag und Nacht arbeiten. Dem Verbot liegen fiskalische Rücksichten zugrunde.

Milhausen, 28. Juli. Eine Parteiversammlung, in der Genosse Emmerich referierte, protestierte gegen die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Erbschaftsteuer in zweiter Lesung im Hinblick auf den Verwendungszweck.

Hendaye (Dep. Basses Pyrenées), 27. Juli. Aus Melilla wird gemeldet: Der Kampf vom 23. Juli war der erbitterteste seit Beginn der Feindeligkeiten. Eine spanische Abteilung wurde in einem Hohlweg überrascht und auf den Höhen im Hinterhalt von Mauren dezimiert. Die Verluste betrugen mehr als 400 Tote und Verwundete. Ein Offizier erzählte, auch die Verluste in den Kämpfen vom 20. und 21. Juli seien viel höher, als der amtliche Bericht angab. Es erscheint unvermeidlich, 14 000 Mann Verstärkungen nach Melilla zu schicken, um sich des Gurugubergs zu bemächtigen, an dem die Mauren einen Stützpunkt haben. Die Leiche des vermissten Obersten ist aufgefunden worden. Wie es heißt, hatte der Oberst einem Sergeanten befohlen, ihm den Gnadenstoß zu geben, damit er nicht in die Hände der Einwohner falle.

Cerbère (Ostpyrenäen), 28. Juli. Der gestern um 6 Uhr morgens von Barcelona abgegangene Zug kam mit einer Schutzwache von 25 Mann erst 10 Uhr abends in Portbou (Provinz Gerona) an. Auf der Station Figueras war der Zug von der Menge angegriffen worden; die Wache hatte geschossen und zwei Personen verwundet. Die Verbindungen zwischen Gerona und Barcelona sind unterbrochen.

Paris, 28. Juli. Dem Matin wird aus Oran gemeldet, daß nach vertrauenswürdigen Nachrichten die Lage der Spanier in Melilla sehr gefährlich sei. An einem einzigen Tage, am 24. Juli, seien 800 Mann kampffähig geworden. General Marina sei sehr unbeliebt. Eine Kompanie hätte sich geweigert, zu marschieren.

Melilla, 28. Juli. Der Kampf begann neuerlich. General Pintos und mehrere Offiziere sind gefallen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Kufake Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhoe, Darmkatarrh, etc. Kindernahrung, Krankenkost.

feuilleton-Beilage

Celziger Volkszeitung 1909. Nr. 171

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Feststimmung.

Die Stadt steht nun im Zeichen der Universitätsfeier. Feststimmung geht um. Wer nicht von ihr erfasst wird, muß sie doch in diesen Tagen spüren, ihre verschiedenen Auswirkungen bemerkten. Jubiläumsausstellung, Zeitungen, Festartikel, Festreden, Straßen- und Häuserschmuck, Festzug, Festkonzert, Festvorstellung und Kommers — eine Kette von Veranstaltungen, die den Charakter des öffentlichen Lebens in diesen Tagen wesentlich bestimmen. Verschieden die Wirkung in den verschiedenen Bevölkerungsschichten und Individuen — aber ganz kann sich der Wirkung einer solchen Feier niemand entziehen.

Es ist etwas Eigenartiges um diese Feier. Die Gründung der Universität vor 500 Jahren erscheint nicht als historisch bedeutsame Tat, und ebensowenig vermag die Geschichte der Universität in den ersten vier Jahrhunderten zu imponieren. Wenn heute die Bedeutung der Universität anlässlich des Jubiläums dargelegt wird, eilt man rasch über die ersten Jahrhunderte hinweg, betont den Einfluß, den die Stadt, der berühmte Meßplatz, und ihr Hinterland auf die Entwicklung der Hochschule gehabt haben, verweilt bei einigen großen Namen, namentlich von Studenten, die vorübergehend hier sich aufzuhalten, neun Klopstock, Lessing, Goethe und Jean Paul, konstatiert beauernd, daß der Philosoph Leibniz hier nicht zu seinem Recht kommen konnte und Thomasius, der erste Professor, der in deutscher Sprache Vorlesungen hielt, weichen mußte, und wird erst froh, wenn der Ausbau der Hochschule seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu schildern ist, der rasche Aufschwung in den sechziger und siebziger Jahren, um dann etwas bedenklich zu konstatieren, daß Leipzig in der Reihe der deutschen Hochschulen in den letzten Jahren von der ersten an die dritte Stelle gerückt ist, überschritten von Berlin und von München.

Dadurch ist das Eigenartige, daß in diesem Falle von vornherein von der üblichen Betrachtungsweise, die Universitäten und Studenten ein Sonderleben führen läßt, abgewichen werden muß und die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Erklärung der Bedeutung der Universität hervorgehoben werden. Die Verführung, die Universität als losgelösten Organismus zu betrachten, ist allerdings in unserem Falle auch nicht groß. Denn die Leipziger Hochschule hat im geistigen Leben Deutschlands Jahrhundertlang offenkundig keine führende Rolle gespielt. In der Zeit der Reformation sperrte sie sich gegen das neue Bildungsideal, später fand die Auflösung schwer Eingang in der Hauptstadt des orthodoxen Protestantismus. Kein Wunder also, daß immer und immer wieder die Stadt, ihre Verfassung, ihr Leben herangezogen wird, um einesfalls die Mittelmäßigkeit der Leistungen zu erklären, anderseits den regen Zuspruch, den die Universität trotz allem fand. Der Auf der Stadt „als eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kulturmittelpunkts“ habe im achtzehnten Jahrhundert gewiß mehr Studenten an den Strand der Pleiße geführt, heißt es in der offiziellen Festchrift, als der wissenschaftliche Ruhm der Universität, die in der Zusammensetzung ihres Lehrkörpers und im Lehrbetrieb gleichermaßen unverändert und ständig geblieben war.

Um so stärker kann dann hervorgehoben werden, daß in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts gerade auf dem Gebiete des Lehrbetriebs, der Organisation des Universitätsunterrichts Leipzig bedeutsam vorangegangen ist und sich bis heute an der Spitze gehalten hat. Es handelt sich dabei um den Ausbau und die Umgestaltung des alten Vorlesungswesens, neben das zunächst in bescheidenem Maße der Arbeitsunterricht für kleinere Gruppen von Studenten in Instituten und Seminaren ergänzend tritt, um allmählich immer mehr Macht zu gewinnen und die alte Lehrform hart zu bedrängen. Der Aufschwung der Universität in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wird nicht zum wenigsten darauf zurückgeführt, daß in diesem Falle in Leipzig, im Gegensatz zu seiner Haltung in früheren Jahrhunderten, die Notwendigkeit der Neuerung rechtzeitig erkannt und durchgeführt worden ist! Wir stehen hier mitten drin in einer folgenschweren Reformation des gesamten Universitätsunterrichts, die bedeutsamen Einfluß auf die Gestaltung und Organisation des Lehrkörpers gehabt hat und weiter haben wird. Aber schon wird darauf hingewiesen, daß ausländische Universitäten uns hier vorangehen undreicheres Mittel zum weiteren Ausbau zur Verfügung haben.

Über nicht bloß auf dem Gebiet der Unterrichtsorganisation ist die Universität im letzten Jahrhundert vorangegangen, sie hat auch ihren Teil an dem Ausbau der Organisation der Studenten. Die alten Organisationsformen der Studentenschaft sind längst zerbrockt, neue, die ihrer veränderten Stellung im Leben der Gegenwart entsprechen, sind in der Bildung. Es gilt da, viel forgerichtete Romantik zu überwinden. Noch spult die Vorstellung von Burschenfreiheit weiter. Und dabei kennt die Studentenschaft, von der heutzutage bei der Verlängerung des Studiums fast die Hälfte in die Lage kommt, zum Reichstag zu wählen, die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit nur in den Anfangen. Ein großer Teil sieht das Bevormundungssystem, unter dem er steht, freilich noch nicht als hemmend und lastend. Aber die wirtschaftliche Entwicklung sorgt dafür, daß die Erkenntnis forschreitet. Immer mehr zwingt die kapitalistische Entwicklung die geistige Arbeit ebenso unter ihr Dach wie die Handarbeit; entsprechend sinkt der Glaube an die Burschenfreiheit, hinter der keine Macht steht, im Kurs, und die Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation bringt durch. Bei der politischen Rückläufigkeit des Studententums hat es lange gedauert, bis die Unhaltbarkeit der alten Studentenromantik dimidiert wurde, es wird noch lange dauern, bis sie völlig überwunden ist. Aber aufzuhalten ist die Entwicklung nicht. Auch in

Leipzig haben die neuen Bestrebungen, die sich in verschiedenster Form äußern, Wurzel gesetzt. Wünschen wir ihnen ein glückliches Gediehen, damit der Rastenstolz der Studierenden schwindet und die Einsicht zur Herrschaft kommt, daß geistige Arbeit und Lohnarbeit zusammengehören: dann ist die Grundbedingung für eine wirkliche Erneuerung des Universitätslebens geschaffen.

gm.

Völkerkundliche Führungen.

4) Der Schmuck des Menschen und seine Ursachen.

Die Kleidung des Menschen und der mit ihr vielfach verbundene Schmuck stellen der Forschung eine eigenartige Aufgabe. Es handelt sich hier um die Motive, die den Menschen zur Anlegung von Kleidung gefordert haben. Sie sind deshalb schwer zu erkennen, weil im Laufe der Entwicklung immer neue Zwecke mit der Kleidung verbunden sind, die in wachsendem Maße den ursprünglichen Sinn der Kleidung verhüllen. Die Folge ist, daß wir unwillkürlich die Entstehung der Kleidung aus Antrieben und Zwecken erklären, die wir mit der Kleidung verbinden, die aber dem primitiven Denken ganz fern liegen. Wir verknüpfen mit der Kleidung etwa den Zweck des Schmucks gegen klimatische Einflüsse oder bringen sie mit dem Schmagesfühl in Zusammenhang. Sicher ist, daß letzteres nicht zur Bekleidung geführt hat, sondern daß erst aus der Bekleidung und gewissen sozialen Ordnungen das Schmagesfühl erwachsen ist. Ebenso ist das Schmuckbedürfnis nicht der Antrieb zur Schöpfung der Kleidung, obwohl man sie leicht darauf zurückführen könnte, daß den Menschen die natürlichen Schuhhüllen des Tieres — die Pederhaut oder das behaarte Fell — schien. Natürlich ist das Schmuckbedürfnis dort hinzutreten, wo der Mensch in Gebieten harten Klimes, wie den Polarländern, oder auch nur in Gebieten mit ausgeprägtem Winter lebt. Wir finden aber auch bei Völkern, die der Kleidung als Schutz nicht bedürfen, eine reich entwickelte Tracht; und auf höheren Stufen tritt der Zweck des Körperschutzes in der Kleidung neben andern Zwecken oft sehr aus.

Die Beweggründe, die zur Anlegung des Schmucks führen, sind teils triebartige, unbewußte, teils bewußte, die erst später hinzutreten und meist auf Unbedeutung verhüllende Erklärungen sind. Das Streben nach Hervorhebung des eigenen Daseins ist ein unbewußt wirkender Grundtrieb, den wir „Eitelkeit“ nennen, wenn er zu bewußter Kunst wird. Aus dem Schmucktrieb erwachsen in gleicher Weise die komplizierten Frisuren mancher barbarischen Völker wie der modernen Damen. Einen bestimmten Beweggrund wissen Menschen, die alien Modevorheiten huldigen, das ist niemals anzugeben; denn wir sind dabei nicht im Bereich des verständigen Handelns, sondern des Trieblebens, und diesem genügt das Gefühl der Befriedigung über die Hervorhebung der eigenen Person. Zugleich bedarf das Werk des Schmucktriebes noch einer tiefen eindringenden, psychologischen Erklärung, die nur die Soziopsychologie, die Erklärung der Lebendäußerung aus dem Gemeinschaftsleben, in genügender Weise zu liefern vermag.

Am Schmuck befindet der Mensch zuerst ein Persönlichkeitsschmuck, ein Bewußtsein des eigenen Wertes. Er will durch den Schmuck nicht etwa für andre eine angenehme Erscheinung sein, sondern die Aufmerksamkeit auf sich lenken, sich von andern auszeichnen, womöglich Bewunderung und Achtung erregen. Im Uniform- und Ordenswesen der Kulturvölker, in den Toilettens und Hüten der „Damen“, der sogenannten „guten Gesellschaft“ zumal, sind diese barbarischen Motive — wie allbekannt — noch recht stark wirksam. Von andern benedict zu werden, scheint ein recht angenehmes Gefühl zu sein. Jedermann ist die eigentliche Bedeutung des Schmucks — und auch der Kleidung — keine andre, als den Eindruck der Person zu steigern und wirtschaftlich zu machen. Jeder Mensch ist Mittelpunkt für einen Wirkungsbereich von ihm ausstrahlender Kräfte, jeden umgibt eine große oder kleine Sphäre von Bedeutung, in der körperliche und geistige Kräfte zusammenwirken. Jeder, der in den Kreis einer Persönlichkeit tritt, empfindet unmittelbar ihren aus Eindrücken der äußeren Erscheinung und des geistigen Wesens zusammengefügten Einfluß. Im Schmuck strebt der Mensch danach, die sinnlichen Eindrücke, die von ihm auf seine Umgebung ausüben, zu steigern. Da aber Geistiges stets an körperliches gebunden erscheint, so vermag der Schmuck auch eine innere Bedeutung der Persönlichkeit zu suggerieren, ohne daß eine solche vorhanden zu sein braucht. Nebenbei bemerkt: auf dieser Tatsache beruht ein großer Teil der Schauspielskunst. Der Schauspieler hat die Aufgabe, die äußeren Mittel so zu vereinen, daß der seelische Eindruck einer Persönlichkeit funktiv und überzeugend zur Anschaumung gebracht wird. Die sinnliche Aufmerksamkeit, die der Schmuck erregt, erweitert stets die Bedeutung der Persönlichkeit, ja oft gewinnt erst die Persönlichkeit durch den Schmuck Anschein. Im Schmuck erscheint der Mensch mehr als er ist. „Leider machen Leute.“ Deshalb sind unbedeutende Menschen ettel, deshalb ist Sorgfalt der äußeren Erscheinung bei bedeutenden Geistern oft gering. Die Jugend ist ettel als das gereifte Alter, weil sie noch weniger inneren Gehalt hat und sich — nämlich auf Grundlage des oft unbewußt wirkenden Sexualtriebes — bemerkbar machen und hervortun will. Hier sind auch die Gründe zu suchen, weshalb Frauen durchweg mehr Sorgfalt und Kunst auf ihre Erscheinung verwenden als Männer, die selbst durch ein Wirken im Leben erfüllt sind. Deshalb befremdet es uns auch, wenn Männer von unbestreitbarer geistiger Bedeutung ettel und äußerlich geschniegelt sind. Eine widerliche Erscheinung vollends hat die sogenannte „Giglermode“, die bezeichnenderweise in der „Phalenstadt“ Wien ihren Ursprung hatte. Sie verbindet mit voller Schamlosigkeit die innere Hohlheit und die praktische Trägheit einer Geld beschäftigenden oder borgenden Männerwelt. Derartiger Unzug widerpricht den Pflichten des Mannes im Leben, er ist zum täglichen Dasein von der Natur aufgestattet und befreut. Der geistvolle Nesthüter Friedrich Blasius hat in einer kleinen Schrift: „Mode und Zynismus“ die moralische Faulheit einer „Gesellschaft“ gezeigt, die sich in solchen Moden äußert. Hier widersprechen die starken, scharlachenen Mittel der Selbstdarstellung in Kleidung und Schmuck dem wirklichen Wesen ihrer Träger. Die Mode wird zuletzt zur Lüge und zur Unsittelichkeit.

Es ist vor allem eine merkwürdige und sehr beachtenswerte Tatsache, daß zahlreiche Lebensformen der „barbarischen“ Völker sich in den obersten Gesellschaftsschichten höchst kulturen — natürlich in verfeinerten Formen — wiederholen. Der Grund dieser in zahlreichen Augen hervortretenden Erscheinung muss in Lebensbedingungen liegen, die der Barbarei und der Überkultur gemeinsam sind. Und gemeinsam ist beiden, daß sie keinen Sinn für den Wert der Welt haben, daß sie das Leben nicht mit wertvoller Arbeit ausfüllen, sondern bei aller „Belastung“ durch angebliche „Pflichten“ eigentlich nichts tun,

* Vergleiche Nr. 158, 161 und 166.

was als wirkliche Tat die menschliche Kraft fordert. Aber der Mensch hat bei seinem Selbstbewußtsein das Streben, irgendwie beachtet, hervorgehoben zu werden. Der primitive Mensch greift hier zum Schmuck des Körpers durch leuchtende Farben, große Federn, glänzende Metalle oder Steine. Er versucht seiner Kleidung auszeichnende Merkmale zu geben, oder bemalt seinen Körper. Setzt sich im Schmuck ein elementarer Trieb — im letzten Grunde der Willen zur Macht — ausdrückt, so sind Barbarei und höchste Kultur wohl in den Mitteln und Formen verflochten, nicht aber in Weise der Erscheinung.

Ob ein Mexikaner durch seinen Federschmuck bekannt, wie viele Feinde er erschlagen oder gefangen genommen hat, ob der Rang eines Kriegers durch die Farbe seiner Kleidung oder seine Waffenknöpfe bezeichnet wird oder ob bei und Knöpfe, Streifen und Schnüre einen militärischen Rang ausdrücken, das ist im Prinzip dasselbe. Die Kultur bewahrt hierin nur dasselbe Motiv, das den primitiven Menschen zum Schmuck treibt. Ja, die höchste Kultur wird in ihrem Schmuck weit zur Sinnlosigkeit. Bei Indianern und Negern verhindert der Schmuck, daß sein Träger wirkliche Taten — etwa als Krieger — vollbrach hat; ob unsere Orden immer ein wirkliches Verdienst bezeichnen, darf mehr als zweifelhaft sein, oft sollen sie sich nur infolge Anwesenheit bei einer passenden Gelegenheit einfinden. Auf höchsten Stufen fehlen sogar Erscheinungen wieder, die sonst nur auf die Barbarei beschränkt sind. Bei primitiven Völkern ist der Mann weit stärker durch Schmuck ausgezeichnet als das Weib; der Schmuck hängt mit seinem Charakter als Krieger zusammen. Es folgt eine Kulturstufe, die nicht auf Kampf, sondern auf Arbeit ruht und dadurch auch das Weib zu größerer Würde erhebt. Der Mann ist hier in der Hauptfache Arbeiter, von ihm fällt gewissermaßen der Schmuck ab, da er in seinem Dasein keinen rechten Sinn hat. Im Weibe aber steigt mit der gehobenen sozialen Stellung das Persönlichkeitsschmuck, es will sich demgemäß hervorheben. Es hängt das zugleich wohl mit der Handlung der Ehe zusammen. Der Frauenaufstand und der Frauenlauf, der den Ursprung für die der Familie verloren gehende Arbeitskraft bedeutet, verschwinden oder leben nur noch als Vorstufen — in Europa teilweise bis zur Gegenwart — noch. Im wesentlichen erscheint der Mann als der friedliche Verbende. So liegt es nahe, daß auch die Frau auszeichnende Merkmale annimmt. Begegnendeweise tritt reicher Schmuck der Frauen unter primitiven Völkern nur auf der höchsten Stufe auf, z. B. bei den Königen. Der Schmuck verknüpft sich jedenfalls sehr früh mit dem Sexualleben und spielt hier bis in die höchsten Kulturstufen eine gewaltige Rolle, was die großen Courtisanen aller Zeiten am besten gewußt haben. Der Mann tritt an Schmuckreichtum auf höheren Kulturstufen weit hinter der Frau zurück. Plötzlich aber tritt aus dem barbarischen Untergrunde der menschlichen Natur auch der Schmuck der Männer wieder hervor. Zuerst ist das in der ritterlichen Gesellschaft des Mittelalters geschehen, in der die Männer den Frauen an Kleiderpracht keineswegs nachstanden. Im Landesknechtswesen ist die männliche Eitelkeit völlig entartet. Hierbei ist entweder die Beobachtung, daß der männliche Schmuck, wie der barbarischen Völkern, wieder an die Tätigkeit des Mannes als Krieger anknüpft, an die am meisten kultusfeindliche Seite in der menschlichen Natur oder Gesellschaft. Wir haben damit auf unser Uniformwesen hingeführt. Es ist der Kriegerschmuck des modernen Menschen. Sehr charakteristisch ist, daß in einem Handelsstaate wie England — solche Staaten sind im Prinzip Friedensmächte — die Uniform aus dem Leben der guten Gesellschaft verbannt ist. Andernfalls verdient es Beachtung, daß bei und die Uniform einen gesellschaftlichen Vorzug bedeutet, der nicht nur auf ästhetischer Wirkung beruht. Es ist doch sehr merkwürdig, daß die Uniform nahezu die ausschließliche Tracht der deutschen Fürsten ist. Einen König im Fack können wir uns nicht einmal recht vorstellen. In der Tat — hier stehen wir vor einer sehr merkwürdigen Erscheinung, die dieser eindringenden Betrachtung fordert. Es gibt auch in der höchsten Kultur stets ein Stück von Barbarei, und es verrät sein Dasein und Wirken im Schmuck der Männer. Nicht minder barbarisch ist es, wenn Männer sich, wie es einmal Mode war, mit Armbändern und zahlreichen Ringen schmücken. Sie treten damit psychologisch wieder auf die Stufe eines Negerhäuptlings, mögen sie auch zu den „nach Besitz und Bildung Mahagabenden“ gehören.

Wir glauben damit das innere Wesen des Schmucks, der überall in der Welt dem Menschen anhaftet, weil er, in seinem Wesen wurzelt, verständlich gemacht zu haben. Seine Formen werden uns das im einzelnen beweisen. Doch muß ihre Erörterung mit der Kleidung verbunden werden.

Fabeln.

Von Theodor Ebel.*

Der Star.

Ein Schafhirt schenkte der jungen Tochter seines Gutsherrn einen gezähmten Star.

Das drollige Gebaren und Geschwäg des Vogels ergötzte das liebliche Mädchen sehr. Wo sie ging und stand, mußte er bei ihr sein. Er sah auf ihrer Hand, auf ihrer Schulter, am Fleisch aber auf ihrem Kopf; und dort zirpte er mit seinem Schnabel so eifrig in den wundervollen goldblonden Haaren, als müßte er diesen ganzen Thron der Schönheit auf Millimeter genau vermessen.

Von Tag zu Tag liebte die kleine Herrin ihren Gespielen mehr und mehr; der aber wurde von Tag zu Tag unlustiger und stiller.

„Was fehlt dir nur?“ fragte ihn endlich das holde Mädchen.

„Was macht dich traurig?“

„Ich sehne mich nach den Schafen zurück,“ sagte aufrichtig der Star.

Das verdroß die kleine Herrin, und sie zürnte ihm ein wenig. „Wie, mein Liebling, von mir hinweg sehnst du dich nach den Schafen zurück? Stehe ich nicht wie eine anbetungswürdige Göttin hoch über den blöden Wolltieren?“

„Keineswegs!“ sagte der Star. „Du hast nicht einmal Läuse im Pelz.“

* Aus: Von Löwen und Landschaben. Fabeln und Fabelsatz von Theodor Ebel. Mit humoristischer Umschlagzeichnung von C. O. Petersen. München, Verlag von Georg Müller. Preis 2 Mk., gebunden 3 Mk. — Theodor Ebel hat sich bereits als Spezialist der Fabel bewährt, schriftstellerisch als Fabeldichter, kritisch als Herausgeber einer Anthologie von Fabeln und Parabeln der Weltliteratur (Leipzig, Max Hesse). Sein neuestes Buch bringt Fabeln im eigentlichen Sinne, in Reimen und in Prosa, in denen er die Relativität der Begriffe und Werturteile mit viel Behagen und schlagendem Witz nachweist, ferner alterhand lanniges und satyrisches Kleinzeug, das ihn als routinierten Geschichtenerzähler erweist.

Der Löwe.

In grauen Zeiten galt im Reich der Tiere das Recht der Freiheit und Gleichheit: jede Kreatur war frei und keine war einer andern untertan.

Aber schon damals fraßen die Tiere; und der Löwe war stärker und gefährlicher als alle anderen und verschlang jegliche Kreatur, die er erlegen konnte; da war keine Sippe, die er nicht in Trauer brachte.

Gewöhnlich traten die Verfolgten zusammen und berieten über Mittel und Wege, wie man diesem trostlosen Zustand ein Ende machen könnte.

"Der Löwe ist ein Freuler und Verbrecher," sagte der Frosch.

"Der Löwe ist ein Räuber und Mörder," sagte die Giraffe.

"Der Löwe ist ein Verächter unsres heiligsten Rechtes," sagte der Hirsch, "und darum verdient er den Tod."

"Ja," riefen alle Tiere, "hundertfach hat er den Tod verdient!" Und sie verurteilten ihn zum Tode.

Aber wer wagte es, das Urteil an dem Schrecklichen zu vollziehen? —

Und wiederum berieten die Tiere.

Und das Kamel ergriff das Wort und sprach: "Genossen! Wir wollen großmütig sein. Wir wollen Gnade üben. Wir wollen dem Löwen nicht sein verruchtes Leben schenken, aber wir müssen ihn unshädlich machen, und darum lasst uns ihm verbannen."

"Ja," riefen alle Tiere; und sie verbannten ihn.

Aber wer vermochte es, den Fürchterlichen zu vertreiben? —

Und zum drittenmal berieten die Tiere. Sie wußten keine Rettung.

Da sprach zuletzt das Pferd: "Genossen! Es ist gewiß, daß der Löwe ein Schandfleck in unserer Gesellschaft ist, den wir auslöschen müssen. Da wir den Freuler aber weder umbringen noch vertreiben können, so rate ich ihm über das Gesetz zu stellen, indem wir ihn zu unserm König machen . . ."

Das Pferd überzeugte die Tiere, und sie verliehen dem Löwen die erbliche Königtüre.

Und sie waren wieder aufzuden und glücklich, denn wer stürztehin dem Löwen unter die Klauen kam, der hatte die tödliche Bewußtsein, nicht einem sträflichen Verbrechen zum Opfer zu fallen, sondern für eine große Idee verbüten zu dürfen.

Das Denkmal.

Ein genialer Pavian namens Babuin hatte sich um das Wohl des Tierwolfs so große Verdienste erworben, daß die dankbare Nachwelt beschloß, ihn durch ein Denkmal unsterblich zu machen. Man gab dem kunstvollen Über den Auftrag, den Ehren lebensgroß in Holz zu schnitzen und in den Sockel die Worte einzugraben: Babuin, der Vater des Volkes.

Der Künstler erfüllte seine Aufgabe so vortrefflich, daß die noch lebende Gattin des Verblichenen der Statue schluchzend um den Hals klagte und unter Klänen ausrief: "Wie geht es dir, mein Liebling?"

Vor der Ausstellung des Denkmals bedurfte es nach altem Brauch der Zustimmung des Löwen. So stellte also der Über sein Werk dem Löwen vor. Dieser bestätigte es eingehend und sagte:

"Ich vermitte die ideale Aussöhnung. Der hundische Gesichtsausdruck ist in den erhobenen Stolz, der ein Anhänger des edlen Rahengeschlechtes auszeichnet, umzuwandeln, und vom Raden muß eine prächtige Mähne wallen. Die ganze Gestalt muß größer, kräftiger, gedrungener sein. Die nackten Geschwosse sind mit Fell zu bekleiden, und der Schwanz hat eine solze Quaste zu tragen. Auch sind den Gleibmächen statt der schwachen Hinger starke Krallenklauen zu geben. Als Inschrift genügt: 'Dem Vater des Volkes'."

Das Gesetze des Löwen brach in Nase der Begeisterung aus über die feinfühlige Belehrung, die der König dem Künstler gab. Der Über aber stand beschämmt und verlegen, bis ihm der Löwe gnädig zusprach: "Ich führe die Mängel deiner Arbeit darauf zurück, daß dir das lebendige Modell eines Großen fehlt. Nun, ich will, daß das Gefühl meines Volkes für seinen Wohltäter ehrend, mich herablassen, höchstselbst eine Sitzung zu gewähren, damit du bei neuer Arbeit nicht wieder schläfst."

Und als das neugeschaffene Denkmal mit der Inschrift "Dem Vater des Volkes" in Anwesenheit des Hohen feierlich enthüllt wurde, rief die ganze Versammlung: "Welch ein mäestatisches Bild! Man sieht die Klauen des Löwen!"

Explodierende Pflanzen.

In den mitteleuropäischen Wäldern gedeiht ein unscheinbares gelbbliches Gewächs, das der Volksmund als „Mährschilf“ bezeichnet hat, weil seine kleinen feinen Fruchtzapfen zwischen den berührenden Fingern mit Heftigkeit zerstören. Diese grünen Miniaturtorpedos sind nur ein Beispiel für viele Fälle plötzlicher und oft wirklich explosionsartig verlaufender Bewegungen von Pflanzenteilen. Am häufigsten und härflichsten finden sich solche Vorgänge bei den Kindern der Tropenflora, die eben in jeder Hinsicht eine Steigerung und Erhöhung unseres Pflanzenlebens darbietet. Wenn das Blad davon singt, daß „alle Knospen sprangen“, so bedeutet das für unsre Pflanzwelt nur eine dichterische Übertriebung. Dem Blick des Naturforschers stellt sich im Allgemeinen das Aufblühen der Knospen in unseren Zonen als ein langsamer, mit dem Auge nicht zu verfolgender Vorgang dar, der mit einem eigentlichen „Springen“ nichts zu tun hat. Aber wenn in unseren Landen auch nicht alle Knospen springen, so gibt es doch einzelne, die es wirklich tun. So besteht zum Beispiel eine Nachkerzenart, die den botanischen Namen *Oenothera grandiflora* führt, die Eigentümlichkeit, daß ihre Blumenblätter sich ganz plötzlich mit einem Knopf auseinanderziehen und sich binnnen etwa einer halben Minute ausbreiten, so daß man in diesem Falle der Bewegung wirklich mit den Augen folgen kann. Noch aussalender und wichtiger vollziehen sich diese Bewegungen bei einer Art tropischer Orchideen. Nach einer Abbildung von Eduard Boebe in der Zeitschrift Natur und Offenbarung vollzieht sich bei den prächtigen Blüten der Stanhopea tigrina das Aufblühen in der Weise, daß die äußeren Blumenblätter zunächst mit einer einzigen Bewegung fünf Zentimeter weit auseinander-schwellen und danach noch mehrere ruckartige Rückungen ausführen, so daß sie nach einer halben Minute im Halbbogen weit zurückgeklammert sind. Dann öffnen sich die inneren Blumenblätter in ganz ähnlicher Weise und in etwa drei Minuten hat sich die ganze Blume entfaltet. Das Ganze ist von einem klatschenden Geräusch begleitet, so daß mit Recht von „explodierenden Blüten“ gesprochen werden kann. Explosionsartig vollziehen sich auch die Gefechtsnisse, die bei einer großen Anzahl von Pflanzen ein wolkenartiges Auseinanderstoßen des Blütenstaub zum Zweck der Bestäubung bewirken. Ein interessantes Beispiel ist eine in Nordpersien heimische, zu den Sternkräutern gehörende Pflanze *Crucianella stylosa*. Die rosenroten, nach Bouqzuständen Blüten weisen im Knospenzustand eine seltsame Kurzung auf. Der lange dünne Griffel liegt in spiralförmigen Windungen in der Knospe, und zwar derart, daß seine dicke Narbe zwischen die Staubbeutel geklemmt wird. Diese entleeren ihren Inhalt auf die rauhe Fläche der Narbe, die dann von den sich allmählich streckenden Griffel bis unter die Kappe kehr noch geschlossenen Blumenkrone gepreßt wird. Der Griffel federt dann scharf gegen die Hille. Wenn nun der Blüten-

staum auseinanderzuweichen beginnt, wird der Griffel plötzlich vorgestreckt und schleudert den Blütenstaub in Gestalt eines Wölkchens umher. Der Vorgang kann oft durch einen leichten äußeren Reiz, wie die Berührung der Knospe durch ein Insekt hervorgerufen werden. Besonders merkwürdig ist die Explosionsfähigkeit, sofern sie dazu bestimmt ist, die Bestäubung durch Insekten zu erleichtern. Ein gutes Beispiel dafür sind die in Chile und Peru heimischen Schizanthus-Arten, die zum Teil als Pflanzen nach Europa eingeführt worden sind. Ihre Blüte ist durch einen unpaarigen, nach außen gerichteten geöffneten Kapfen ausgezeichnet, der gleichsam ein Wirtschaftsschild für honigsuchende Insekten darstellt. Eine weitere Bequemlichkeit bietet ihnen ein zweites Paar kleiner Kapfen, die sich unterhalb des eben erwähnten Honigplakats an einem schiffchenförmigen Gebilde vereinigen und dem honiglüsternen Insekt einen bequemen Sitz zu seiner Mahlzeit bieten. Dieser Sitz verbirgt aber eine tödliche Attrappe, die einen wirklichen Schuh gegen das „Rassauern“ der Insektenwelt darstellt. Der Honig wird nicht unsonst verabsagt, sondern muß durch eine entsprechende Gegenleistung bezahlt werden. In dem einladenden Huhschiffchen liegen schlendernd zwei Staubfäden verborgen, wie die Spiralfedern in einem Gefäßpolster. Sobald ein geistiges Kerbtier Platz nimmt, schnellen die Federn — im Gegensatz zu denen eines Fauleis — mit einem Knopf in die Höhe und hält den Gast in eine Wolke von Blütenstaub. Es liegt sogar eine gewisse Ironie darin, daß die „Bindung“ der Mine dadurch erfolgt, daß der Honigfischer seinen Knopf unter den anlockenden Blumenkapfen einschiebt. Honig geben derartige Blüten allerdings her, so daß die ganze Sache als ein lediglich chälischer Kaufshandel erscheint. Nur daß mancher hierher gehörige Pflanzenarten auch über Humor verfügen und nach Art der „groben Witze“ in gewissen großstädtischen Unterhaltungstheatern sich den kleinen Scherz erlauben, den Gästen mit plötzlicher Derbheit zu begegnen, indem sie sie mittin in der Wahlzeit mit einem plötzlichen Hagel von Pollen regalisieren. Auch andre Pflanzen zeigen ähnliche Einrichtungen. Es ist hier z. B. der gelbe Lerchensporn zu nennen, der einen förmlichen Sattel als Sitz bietet. Auch bei dem gewöhnlichen Ginster findet ein Emporschleudern des Blütenstaubes statt, und ebenso bei seinen Verwandten wie dem am Mittelmeer weitverbreiteten Befenstrauch (*Spartium junceum*). Ebenso lästlich und unfreundlich gegen die zu Besuch kommenden Insekten ist die Blüte des Sauerborns oder der Berberie. Ihre nach unten gewendete, blendend gelbe Blütenkrone ist ein gutes Aushängeschild, das Blumen, Hummeln und Schwebesteggen in Massen anzieht. Die Tiere, die nach dem Honig im Blütengrunde drücken, klammern sich an die Fruchtknoten und taufen mit dem Knopf nach der Ansatzstelle der Staubfäden. In dieser Gegend hat die Blüte jedoch eine ähnliche Stelle, von der aus ein plötzliches Abschwellen der Staubfäden ausgelöst wird, die dann wie Hämmer auf Kopf und Knopf des Kersch losfahren und sie mit Blütenstaub überpudern. Dieser unfreundliche Empfang, der auch noch von andern mit Blütenstaubregen verbundenen Hammelschlägen gegen die Weine verbunden zu sein pflegt, veranlaßt das betroffene Tier zur Flucht nach einer Nachbarsblüte, wo es dann seine unfreimäßige Fracht an der Narbe zum Teil wieder abstreift. Neben den geschilderten finden sich noch zahlreiche andre Formen von Schlenderwerken und „Minen“ im Pflanzenreich, die der Bestäubung und Verteilung der Samen dienen.

Kunstchronik.

Elliencron und die Arbeiterpresse. Wie wenig sich Elliencron trotz seiner grundverschiedenen Aushaunungen gegen die Sozialdemokratie mißbrauchen ließ, zeigt eine lästliche Geschichte, die das Harburger Volksblatt erzählt. Nach den Reichstagswahlen von 1907 eröffnete die Stader Staatsanwaltschaft gegen das Volksblatt eine sehr lebhafte Kampagne. Anklage folgte auf Anklage; in den harmlosesten Presstitzen sah der juristische Scharfrinn der Stader Staatsanwalte den Tatbestand einer Beleidigung oder irgend eines andern Verbrechens. So lenkte sich auch die Auskunftskommission des Staatsanwalts auf eine von Laufbüro versuchte Skizze über Mittelalterlichen Humor. Der Artikel, der bereits unbekannt durch mehrere Gewerkschaftsblätter gegangen war, schilderte den in Volksbräuchen und Geschichtsbüchern des Mittelalters zum Ausdruck kommenden Humor und illustrierte auf zahlreichen Beispielen und Anelobten den urwüchsigen, harmlosen Volksgeist der mittelalterlichen Zeit. Das strenge Sittlichkeitsgeföhrl des Stader Staatsanwalts erblieb aber in dem Artikel eine „unzulässige Schrift“, weil sich einige der mitgeteilten Anelobten und Sprichwörter über das Geschlechtsleben und über die Heilheit der mittelalterlichen Pfaffen verbreiteten. Gegen den verantwortlichen Redakteur wurde daher die Anklage wegen Herstellung und Verbreitung einer unzulässigen Schrift erhoben. Die Anklage war zwar nicht nur für den gesuchten, sondern auch für den juristischen Menschenverstand völlig hallös. Aber bei der scharf ausgeprägten konservativen Richtung der Stader Rechtsprechung, die mit sozialdemokratischen Presstrukturen wenig glimpflich zu verfahren pflegt, war eine Bekämpfung nicht ausgeschlossen. Die Darlegung des Angellagten, daß er mit dem Artikel seinen Lefern lediglich einen Einblick in das Volksleben vergangener Zeiten habe geben wollen, hätte auf die Richter kaum einen bestimmenden Eindruck gemacht. Der Angellagte und sein Vertreter mußten sich also nach einem literarischen Sachverständigen umsehen, der beschleicht, daß der Artikel nach Form und Inhalt unverträglich sei. Wen aber sollte man dazu nehmen? Ein Journalist oder Literatur ohne Titel oder anstliche Würde war nicht brauchbar. In dieser Situation beschlossen sie, neben einem Hamburger Gymnasialprofessor auch Elliencron um Erstattung eines Gutachtens zu bitten. Der war nicht allein ein bekannter Dichter, er war auch Freiherr und preußischer Offizier und mußte also selbst dem konservativen Sinn der Stader Richter unverdächtig sein. Der Verteidiger schrieb also an Elliencron und erhielt sofort in einem liebenswürdigen Briefe seine bereitwillige Aufage.

Die Verhandlung fand unmittelbar nach dem Harden-Moltke-Prozeß statt. Elliencron knüpfte in seiner Aussage daran mit folgenden Worten an: "Meine Herren, es sind jetzt genau vierundzwanzig Stunden her, daß ein Prozeß in Berlin zu Ende geführt ist, der solche Scheuhärtigkeiten enthält, daß man beim Lesen der Zeitung mit Elan erfüllt wird. Es wäre gar nicht so übel, wenn dieser Artikel des Herrn Laufbüro in die Hände aller derjenigen käme, die diese Scheuhärtigkeiten haben lesen müssen. Wenn ich den Artikel im Eisenbahngut gelesen hätte, ich hätte ihn nicht nur einmal, sondern mehr als 10 mal gelesen, hätte fröhlich aufgelacht, mich an dem köstlichen Humor des Mittelalters erfreut und hätte dann den Artikel ohne jeden Schaden für meine Sittlichkeit weggelegt." Und nun gab Elliencron mit jener farbenfrohen Frische, die aus seinen Gedichten hervorleuchtet, die köstlichen Anelobten wieder, die in der „unzulässigen Schrift“ enthalten waren. Mit einem unverkennbaren Schlag erzählte er namentlich die stadtigen Volkswitze über das Vieleschen der mittelalterlichen Pfaffen.

In dem Gerichtssaal erzeugten die humorvollen Ausführungen Elliencrons eine Stimmung, die sich selbst von dem gleichförmigen bureaukratischen Ernst sonstiger Gerichtsverhandlungen abhob. Die jungen Referendare hinter dem Richtertisch jubelten hell auf, die Richter konnten das Lachen nicht unterdrücken und der Angellagte sah frohlockend auf seinem Armeniusdrücklein und fühlte sich ganz als Herr der Situation. Nur der Staatsanwalt war mißgestimmt; er sah, daß die Anklage nicht mehr zu halten war. Da kam ihm plötzlich ein rettender Gedanke. Er richtete an Elliencron die Frage, ob ein derartiger Artikel nicht

kreis eines sozialdemokratischen Blattes gefährlich wäre. Die Frage sollte natürlich nach Absicht des Staatsanwalts die konserватiven Aushaunungen Elliencrons auslösen. Doch dieser wies die Bummung, die sozialdemokratische Presse unter ein literarisches Ausnahmegesetz zu stellen, sehr entschieden zurück. „Ob der Artikel in der Kreiszeitung oder in einem Arbeiterblatt erschien, ist gleichgültig. Der Angeklagte hat sich durch Ausnahme des Artikels ein Verdienst erworben und ich kann nur wünschen, daß unsern Arbeitern immer eine so gefundene literarische Rost vorgesetzt wird.“ Der Hieb sah, der Staatsanwalt beantragte nunmehr selbst die Freisprechung. Das Gericht ging noch darüber hinaus und legten der Staatsklasse sogar die Kosten der Verteidigung auf, ein in der politischen Rechtsprechung der Stader Strafkammer unerhörter Fall. Elliencron aber war hocherfreut über die Freisprechung und über seine Wirkung hierbei, mißbilligte im Gespräch sehr lebhaft die Anklage und sonnte gar nicht genug bedauern, daß er mit dem Angeklagten und dem Verteidiger infolge Zeitmangels den Sieg nicht bei einer guten Flasche Wein feiern konnte. —

Philharmonischer Chor zu Leipzig. Unter diesem Namen gründeten die aus Veranlassung der durch die Tagessitzungen bereits gemeldeten Vorgänge bei dem Dirigentenwechsel aus dem Klebevereine ausgeschiedenen Mitglieder einen neuen Chor. Der Philharmonische Chor verbindet sich mit dem Widerstein-Orchester zwecks Veranstellung zweier großer Chorauflösungen innerhalb des Rahmens der Philharmonischen Konzerte des Widerstein-Orchesters. Im August sind genommen u. a.: Max Reger: Gesang der Verklärten; Elgar: Der Traum des Geronius; Verlag: Romeo und Julia. Außer diesen Aufführungen veranstaltet der Philharmonische Chor noch jährlich zwei A-cappella-Konzerte im Saale des Hauses, und zwar in der Art, wie sie die Chorvereine des Rheinlands in ihren A-cappella-Konzerten bieten: er wird die wunderbaren Schäfe wertlicher Vocalmusik sowohl alter als auch neuer Meister pflegen und damit eine längst sichtbare gewesene Blöße im Musikleben Leipzig ausfüllen. Sämtliche Konzerte unterstehen der Leitung des Dirigenten des Philharmonischen Chors, des Herrn Kapellmeisters Hagel. Der Philharmonische Chor nimmt singende und nichtsingende Mitglieder auf, mit einem Jahresbeitrag von 12 M. Außerdem ist für die beiden A-cappella-Konzerte ein Abonnement zu den Preisen 6, 4, 3 und 1,50 M. eingerichtet.

Neues Theater. Donnerstag, 1/8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Freitag: Festvorstellung zum Universitätsjubiläum (Philotas); Die Laune des Verliebten; Die Huldigung der Künste. Montag: Ein Billettverkauf. Sonnabend: Die Journalisten. Sonntag: Mignon. Montag: Die Braut von Messina. — Altes Theater. Donnerstag geschlossen. Freitag: Der Wildschütz. Sonnabend: Die Fleidermäuse (Opernbeschluß). Sonntag: Husarenliebe. Montag geschlossen.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/8 Uhr.

Bereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Donnerstag: Der Geppeller (ermächtigte Preise). Freitag: Charlys Tanze. Sonnabend: Die Schmetterlingschlacht (leichtes Lustspiel Robert Kochs). Sonntag, 1/8 Uhr: Hasemanns Töchter. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomaskirchhof). Donnerstag: Gasparone. Freitag: Die Millionäraut. Sonnabend: Der lustige Krieg (Erstaufführung). Sonntag, 1/8 Uhr: Der lustige Krieg.

Im Schauspielhaus und im Neuen Operetten-Theater beginnen die Vorstellungen während der Sommerpielzeit, wenn nichts andres angegeben ist, wochentags 8 Uhr, Sonntags 1/8 Uhr.

Leipziger Sommertheater (Drei Linden). Donnerstag: Der Kammerjäger; Die Neuwähln. Die Vorstellungen beginnen im Sommertheater wochentags 8 Uhr, Sonntags 1/8 Uhr.

Wittenberg-Theater. Donnerstag: Dorf und Stadt. Freitag: Pension Schöller. Sonnabend: Unser Doktor.

Kristallpalast (Theatersaal). Abend für Abend: Das ist der Gipsel.

Notizen.

Die Gefährlichkeit der Röntgenstrahlen. Wenige neue Fortschritte haben so viele Opfer unter den Männern der Wissenschaft gefordert wie das Gebiet der Röntgenstrahlen. Die große Teilnahme, die in weiten Kreisen diesen heldenmütigen Männern gespendet wird, ist sicherlich wohlverdient, und ihr Mut ist nicht geringer anzuschlagen als der lässigen Forschungskreis, die sich zum erstenmal in ein unbekanntes Land wagen. Jeder Röntgen-Kongress zeigt eine reiche Menge Stolzer, in mutigem Kampf erworbener Narben, die nicht selten eine bleibende Erinnerung mit sich bringen; denn die medizinische Wissenschaft war machtlos, diese Schädigungen der Anfangsarbeit, bei der sich die Arbeiten gleichsam im Dunkel weiter töten mußten, zu verhindern. Nicht selten geschah es, daß für den Patienten alle möglichen Vorsorge erfolgreich getroffen wurde, während die ihm beschäftigten Ärzte und ihr Personal schweren Verlebungen erlitten. Gleichwohl ist zu hoffen, daß dies nicht umsonst geschehen ist, und daß bei dem heutigen Stand der Röntgen-Therapie jede Gefahr ausgeschlossen ist. Auch der Techniker, der sich mit der Herstellung der Apparate beschäftigt, kann bei entsprechender Vorsicht alles Schlimme vermeiden. Eine gefährliche Tätigkeit bleibt die Handhabung von Röntgen-Apparaten immerhin. In den Krankenhäusern und öffentlichen Kliniken sollten die Gegenstände, die für Röntgenbehandlungen zur Verfügung gestellt werden, scharf umgrenzt und durch Aufwendung aller erdenklichen Vorsichtsmärgeln gesahrtet für die Nutzenden gestaltet werden. In England hat sich, wie das Archiv für Röntgenstrahlen mitteilt, ein Ausschuß der Königlichen Medizinischen Gesellschaft gebildet, der sich speziell mit der Röntgen-Therapie zu beschäftigen hat. So groß die Rolle der Röntgenstrahlen zu diagnostischen Zwecken war, so werden sie voraussichtlich doch noch eine größere Rolle als Heilmittel spielen. Gerade jetzt kommt die Radium-Therapie immer mehr und mehr in Aufnahme, und eine Radiumkapsel ist ja leichter nichts andres als eine Röntgenröhre im Kleinen. Über den Wert der Röntgenstrahlen läßt sich nur mit geringerer Sicherheit sprechen als über deren diagnostischen. Jedes Heilverfahren bedarf der Möglichkeit, es in bestimmter Dosierung anzuwenden. Aber die Mittel zur Messung der Röntgenstrahlen sind sehr unvollkommen. Der Arzt befindet sich bei ihrer Anwendung in derselben Lage, wie wenn er ein neues Medikament geben sollte, ohne Kenntnis von seiner Stärke zu besitzen oder die tödliche Dosis zu kennen. Wollte man ein neues Morphinpräparat verwenden, ohne seine Dosis in einer Beherrschungsgrenze von 20 v. H. bestimmen zu können, so befände man sich in einer übeln Lage. Dazu kommt noch, daß neben der Gefahr der zu großen Dosis auch noch die der schädlichen Wirkung der Röntgenstrahlen auf das Nervensystem und das Wachstum des Patienten im Auge zu behalten ist.